

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Kriegsbremse dringend benötigt

Zu den zentralen Aufgaben bürgerlicher Regierungen gehört, Unmutsäußerungen der Bevölkerung zu vermeiden, sie zu dämpfen oder – wenn es nicht anders geht – zu unterdrücken. Instrumente dafür sind Polizei, Geheimdienste und Medien. Wer in der BRD die soziale Frage stellt, weil er Mieten und Lebensmittel kaum noch bezahlen oder seinen kleinen Betrieb nicht mehr halten kann, jammert aus der Sicht der etablierten Parteien „auf hohem Niveau“, also unberechtigt. Robert Habeck löste im September 2022 eine Wutwelle aus, als er bei „Maischberger“ erklärte: Es könne wegen der hohen Energiepreise durchaus passieren, daß Blumenläden, Bioläden und Bäckereien „erst mal aufhören zu produzieren“. Sein Trost: „Dann sind die nicht insolvent automatisch, aber sie hören vielleicht auf zu verkaufen.“

Ende 2023 brachte die Bundesregierung mit ihren Beschlüssen zum Stopfen des Haushaltsloches erneut das Faß zum Überlaufen. Anfang Januar begannen Bauern in allen Landesteilen mit Straßenblockaden und Demonstrationen, ihnen folgten Lkw-Fahrer, weitere Streiks der Lokführer können folgen. Alles, was die Scholz-Regierung unternimmt, heizt die Inflation wieder an und fördert die Umverteilung von unten nach oben.

Letzteres ist der Sinn der sogenannten Schuldenbremse, die im Sommer 2009 ins Grundgesetz aufgenommen wurde: An die Stelle von staatlichen Investitionen zum Beispiel im Bildungs-, Gesundheits- und Verkehrswesen sollten „private“ treten, d. h. die von Finanz- und Industriekonzernen. Das erste, das Zurückfahren der staatlichen Vorsorge für die Zukunft der Gesellschaft, wurde erreicht, die großen Kapitalzuflüsse aber blieben aus. Die Infrastruktur der Bundesrepublik ist daher so heruntergekommen wie in kaum einem anderen führenden Industrieland – es genügen die Stichworte Bürgerämter, Bahn, Zustand der Fernstraßen, Digitalisierung oder die Ruinen des Schulwesens. Beispiele: In Marburg stürzte am 3. Dezember 2023 das Dach eines Hörsaalgebäudes der Universität ein, zum Glück kam niemand zu Schaden. In Duisburg fehlen schätzungsweise rund 1000 Unterrichtsstellen für schulpflichtige Kinder

und Jugendliche. Im internationalen Vergleich ist die BRD laut einem Bericht der „FAZ“ vom 20. Juni 2023 bei der Infrastruktur auf Platz 14 gesackt.

Ein Experimentierfeld für diesen neusten Kahlschlag im Interesse des Großkapitals war die DDR. Dort war es nach dem Anschluß in

parlamentarische Republik legal aus den Angeln zu heben. Prantl fragte angesichts des AfD-Aufstiegs, ob nicht „eine wirksame Neonazi-Bremse viel, viel wichtiger“ sei als die Schuldenbremse.

Die Frage ist berechtigt. Allerdings sind die Politik der Schuldenbremse und ihre Folgen

Hauptursachen des Aufstiegs der Neonazis. Hinzu kommt: Der reaktionär-militaristische Staatsumbau wird (noch) nicht von der AfD, sondern von den anderen bürgerlichen Parteien vorangetrieben. Sie alle folgen dem „Zeitenwende“-Wahn des Großmachtchauvinismus gegenüber Rußland und China und dem Bestreben der Bundesregierung, führend bei allen westlichen Kriegen dabeizusein. Nötiger als alles andere ist daher

eine Kriegsbremse und eine Rücknahme des 100-Mrd.-„Sondervermögens“ für Rüstung.

Arnold Schölzel



Berlin, 15. Januar 2024: Bauernprotest in Berlin

den 90er und 2000er Jahren gelungen, Tausende Betriebe zu schließen, ohne daß es zum Aufstand kam. Bis zu zwei Drittel der Beschäftigten wurden in die Arbeitslosigkeit geschickt und rund fünf Millionen zu Wirtschaftsflüchtlingen gemacht, die sich vor allem in der alten BRD Arbeit suchten. Davon hat sich die Region bis heute nicht erholt. Die Partei Die Linke, die sich zunächst als Interessenvertretung der DDR-Bürger verstand, warf dies über Bord. Sie wird heute von Leuten geführt, die jeden Krieg des Westens unterstützen und der Friedensbewegung in den Rücken fallen. Die sozial verheerende Politik der Schuldenbremse und dieser Schwenk der Linkspartei bildeten den Nährboden, auf dem die AfD, die bewußt Faschisten Platz gewährt, an Stärke gewann. Auch die vom Exgeheimdienstchef Hans-Georg Maaßen angekündigte konservative Partei will auf dieser Grundlage am Erfolg der Rechten teilhaben. Ausdruck des verbreiteten Unmuts über die Lage des Landes, aber auch über den Vormarsch der Neonazis, ist zudem die Gründung der Partei um Sahara Wagenknecht.

Am 7. Januar zitierte der Publizist Heribert Prantl aus einem Artikel, den Josef Goebbels 1935 unter dem Titel „Die Dummheit der Demokratie“ veröffentlicht hatte. Der Propagandachef der Nazis freute sich zwei Jahre nach der Machtübergabe an den Faschismus immer noch darüber, daß es gelungen war, die

Aus dem Inhalt



Sozialkürzungen	2
Deutsche Wandlungen	3
Gegen die Rechtsentwicklung	4
Die Rolle der RF in einer Welt voller Konflikte	6
Die Kriegssüchtigen und ihr Wertekanon	8
Frieden mit Rußland!	10
Friedensinitiativen – weltweit	12
Russisch-chinesische Karawane zieht weiter	14
Reise nach Xinjiang	16
Brief jüdischer Schriftsteller	18
Ethnische Säuberung	19
Zionismus – Staatsdoktrin Israels	19
Die große Chance des Aufbruchs	20
Bangladesch – Historie und Gegenwart	22
Eine Wahl, die Lateinamerika veränderte (Teil 2)	24
Vor 90 Jahren wurde Sandino ermordet	26
Niger: Nachlassender Sanktionsdruck	28
Das Gift des Nationalismus	29
Zur Rosa-Luxemburg-Legende (WWA)	30
Darf ein Limerick politisch sein?	32

Regierung will Haushaltslöcher mit weiteren Kürzungen bei den Ärmsten stopfen

Die „Ampel“ hat sich darauf geeinigt, zusätzlich zu drastischen Mittelkürzungen bei sozialen Trägern weitere 1,5 Milliarden Euro beim Bürgergeld einzusparen. Das ist nicht einmal ein Fünftel der für nächstes Jahr bereits vorgesehenen Kriegshilfen für die Ukraine in Höhe von acht Milliarden Euro, die vor allem in die Taschen beauftragter Rüstungskonzerne wie Rheinmetall fließen. Auch der Militärhaushalt hat nicht zu leiden. Er wird weiter aufgebläht, die Ausgaben dafür wurden seit 2015 von gut 38 auf mehr als 71 Milliarden Euro für 2024 nahezu verdoppelt.

Weniger Weiterbildung, härtere Sanktionen

Angedacht ist, einen winzigen „Bonus“ für jene Bürgergeld-Bezieher zu streichen, die sich für einen künftigen Arbeitsplatz mehr als acht Wochen lang weiterbilden. Seit Mitte 2023 bekamen Menschen, die solche Maßnahmen wahrnahmen, nämlich 75 Euro pro Monat zusätzlich zu ihrem Regelsatz. Dieses Mini-Plus war für dadurch entstehende Mehrausgaben gedacht, die der Regelsatz nicht deckt.

Außerdem will die Bundesregierung die Sanktionen gegen Menschen, die aus verschiedenen Gründen ein Arbeits- oder Maßnahmenangebot ablehnen, wieder verschärfen. Schon jetzt dürfen Jobcenter „ungehorsamen“ Klienten für drei Monate den Regelsatz kürzen: Zehn Prozent Abzug gibt es bei einem verpaßten Termin, 30 Prozent bei abgelehnten Zuweisungen von Maßnahmen oder Jobs.

Die Kürzungswilligen der „Ampel“ liegen damit auf einer Linie mit CDU und AfD. Die Regierenden konnten dafür ein Hintertürchen nutzen, das das BVerfG vor vier Jahren offenließ: Das Existenzminimum müsse der Gesetzgeber nur dann wahren, „wenn Menschen ihre Existenz vorrangig nicht selbst sichern können“.

Wer wie arbeitsfähig ist, sollen weiterhin die Jobcenter trotz fehlender Fachexpertise im eigenen Ermessen entscheiden. Vor 2019 waren monatlich bis zu 12 000 vor allem unter 25-Jährige vom kompletten Entzug des Regelsatzes betroffen, was zu enormen Verwerfungen führte, von Obdachlosigkeit über Zunahme psychischer Erkrankungen bis hin zum Verlust der Krankenversicherung und sogar Hungern.

Ukrainer: Ohne Sprachkenntnisse schneller in Arbeit?

Bekannt ist, daß etwa zwei Drittel der 1,1 Millionen ukrainischen Geflüchteten in Deutschland Bürgergeld beziehen, da ihnen ein Sonderstatus unter allen Asylsuchenden eingeräumt wurde. Denn alle anderen erhalten zunächst die noch geringeren Asylbewerberleistungen.

Es heißt nun, die Jobcenter sollen Menschen aus der Ukraine „schneller in Arbeit bringen“. Ohne deutsche Sprachkenntnisse dürfte das

allerdings schwierig werden, zumal die Jobcenter und sozialen Träger zugleich weniger Geld für solche Maßnahmen bekommen sollen. Davon sind ebenso Sozialverbände wie die Kinder- und Jugendhilfe, Schuldner- und Suchtberatung betroffen.

Weitere Explosion der Energiekosten?

Zu allem Überfluß schraubt die „Ampel“ weiter an der Preisspirale für das Grundbedürfnis Energieversorgung. Während sie die Preisbremsen zum Jahresende auslaufen ließ, erhöht sie die sogenannte CO₂-Abgabe weiter. Diese geben Konzerne aber bekanntlich eins zu eins an die Verbraucher weiter. Weiter steigende Strom- und Heizkosten sind also vorprogrammiert.

Das trifft Bürgergeld-Bezieher genauso wie lohnabhängig Beschäftigte. Denn keineswegs übernehmen Jobcenter jede Erhöhung der Heiz- und sonstigen Wohnkosten. Die Obergrenzen dafür sind niedrig, sie entspringen vielerorts noch immer den Berechnungen von 2021. In Niedersachsen müssen laut dem Sozialverband bereits rund 15 Prozent der Betroffenen teils hohe Summen aus dem Regelsatz hinzuzahlen. Die Stromrechnung ist ohnehin schon immer in die Bürgergeldsätze eingepreist, für Alleinstehende derzeit mit rund 40 Euro. Damit kommt man heute kaum noch aus.

Soziale Einschnitte drücken Löhne und Konjunktur

Jede Kürzung der Grundsicherung betrifft nicht nur erwerbslose Bezieher von Bürgergeld. **Erstens** sind Millionen Bürgergeld-Bezieher gar nicht arbeitslos, wie der Sozialrechtler Harald Thomè vom Erwerbslosenverband Tacheles in einer Presse-E-Mail erläuterte.

Demnach befinden sich unter den rund 5,6 Millionen Betroffenen rund 1,8 Millionen Kinder sowie weitere zwei Millionen Menschen, die aus verschiedenen Gründen die meisten Tätigkeiten nicht ausüben können, in Vollzeit Angehörige pflegen, kleine Kinder betreuen oder bereits Maßnahmen absolvieren. Rund 800 000 weitere davon Betroffene seien sogenannte Aufstocker. Das bedeutet laut Thomè: „Sie verdienen so wenig, daß sie ergänzend Bürgergeld benötigen.“

Zweitens trifft jede Kürzung bei der Grundsicherung auch alte oder kranke Menschen, die ihre Rente mit Sozialhilfe aufstocken müssen. **Drittens** sind diese Leistungen direkt an den steuerlichen Grundfreibetrag gekoppelt. Sind sie niedrig und repressiv, bleibt der steuerliche Freibetrag dies auch. Entsprechend höher ist die Last für Normalverdiener.

Viertens ist eine niedrige und repressive Grundsicherung ein Motor für den Niedriglohnsektor. So macht die Koalition Erwerbstätige erpreßbarer, zu schlechten Bedingungen zu arbeiten. Das senkt wiederum die Steuereinnahmen des Staates. Und **fünftens** drückt mangelhafter sozialer

Ausgleich letztlich die Kaufkraft insgesamt immer weiter in den Keller. Vor allem mittelständische Betriebe sind aber auf zahlungskräftige Kunden angewiesen. Bleiben diese aus, besiegelt das den Niedergang des Mittelstandes.

Millionen Euro leistungsloser Vermögen bleiben verschont

Nur an eines traut sich die „Ampel“ nicht heran: Die wachsenden Vermögen der Superreichen, oft seit Generationen angehäuft, sind streng tabu. Laut Hans-Böckler-Stiftung betragen die 200 höchsten Familienvermögen in Deutschland insgesamt mindestens 1,4 Billionen Euro. Das viele Geld verteilt sich demnach auf gerade einmal 4 300 der reichsten Haushalte in der Bundesrepublik.

Der erst kürzlich veröffentlichten Untersuchung zufolge haben sich die Milliardenvermögen sogar viel rasanter, und zwar ganz oben, konzentriert als bisher angenommen. Denn bisherige Studien beliefen sich auf vage, eher vorsichtige Schätzungen. Der Grund: Seit Aussetzung der Vermögenssteuer 1997 wird Privatvermögen in Deutschland nicht mehr konkret erfaßt. Zudem hat die deutsche Regierungspolitik Ertrags- und Reichensteuersätze seit Mitte der 90er Jahre immer weiter abgesenkt.

Mit „fleißigem Unternehmertum“, wie es neo-liberale Propagandisten gern verkünden, sei dieser Exklusivvermögen äußerst selten verbunden, führen die Autoren weiter aus. Oft beruhen die Vermögen aus früheren Verkäufen großer Unternehmen. Der Reichtum sei fast immer ererbt. Einige Milliardenfamilien saßen lediglich in Konzerngremien oder hielten stille Teilhaberschaften.

Sozialabbau ohne Ende: CDU plant vor für Politikwechsel

Doch Geld ist Macht, das zu sichern, ist Auftrag der Regierung. Das Schröpfen der „kleinen Leute“ geht also weiter. Die CDU hat – für den Fall, daß sie den nächsten Bundeskanzler stellt, was wegen des „Ampel“-Frusts in der Bevölkerung nicht unwahrscheinlich ist, weitere Sozialeinschnitte schon mal vorgeplant: Rentenkürzungen.

Jetzt ist die „Rente mit 67“, die 2007 im Bundestag beschlossen wurde, noch nicht einmal vollständig umgesetzt, da soll es mit der CDU bald mit dem Eintrittsalter weiter rauf-, aber mit den Bezügen runtergehen für die, die schon vorher nicht mehr können. Da hat dann eben Pech gehabt, wer als Dachdecker mit 70 nicht mehr die Leiter hochkommt.

Um mehr und noch mehr Reichtum geht es immer nur für Vermögende – dank grenzenloser politischer Rückendeckung von ganz oben.

Susan Bonath

Redaktionell gekürzt

Quelle: RTDE, 16.12.2023

Deutsche Wandlungen

Die derzeitige Ampelregierung erklärte sich bei ihrem Antreten 2021 zu einem „Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“. Nicht lange dauerte es, da entpuppte sie sich als „schlechteste Regierung, die die Bundesrepublik je hatte“ (Sahra Wagenknecht). Ressorts sind mit Ministern besetzt, denen eine entsprechende Fachkompetenz fehlt, etlichen auch die Kenntnis der juristischen Voraussetzungen für ein Regierungshandeln; der Regierung ermangelt es an Verständnis für die Lage und die Nöte der Bevölkerung. Ein Mangel an politischem Stil kommt hinzu, Moralpredigten und verbohrte Besserwisserei sollen das politische Argument ersetzen. Die gleichzeitigen Proteste der Bauern, der Streiks der Lokführer, Streiks von Haus- und Fachärzten, die weiterhin offenen Auseinandersetzungen um die Bezahlung von Krankenhaus- und Pflegepersonal weisen darauf hin, daß wir auf eine Destabilisierung der inneren Verhältnisse des Landes zulaufen. Die Außenpolitik ist die Fortsetzung der verkorksten Innenpolitik mit anderen Mitteln: dem großmäuligen Belehren von China, der Türkei, Ungarn und anderen sowie der „wertegeleiteten“ Verurteilung des russischen Krieges in der Ukraine steht ein monatelanges auffälliges Schweigen zu den israelischen Kriegsverbrechen im Gaza-Streifen gegenüber. Das wurde erst spät durch verdruckste Ermahnungen an die rechte Netanjahu-Regierung ergänzt, die sich jedoch praktisch einen Teufel darum schert. (...)

Die Ampel-Regierung hatte zu ihrem Antritt vollmundig erklärt, daß hunderttausende Wohnungen errichtet werden sollten.

Tatsächlich ist das Baugewerbe weitgehend eingebrochen, und zwar seit 2021. Die „Bundesanstalt für Immobilienaufgaben“ (BImA) teilte kürzlich mit, daß sie 3000 Wohnungen in Berlin baut, die in erster Linie den Bedarf von Bundesbediensteten decken sollen. Ziel sei es, günstig Wohnungen zur Verfügung zu stellen; der Mietpreis soll unter zehn Euro je Quadratmeter liegen – was bereits jetzt unter dem Niveau frei finanzierter Neubauwohnungen in Berlin liegt, Renditeerwartung sei nicht Ziel der BImA. Aber auch diese kritisiert die sich „beständig ändernden Anforderungen an den Wohnungsbau und die Stadtentwicklung“, die zu immer aufwendigeren, zeitintensiveren Planungs- und Abstimmungsprozessen führen und Realisierungsprozesse verzögern. Der zeitliche und personelle Aufwand, um Baugenehmigungen und Planungsrecht zu erhalten, belastet Kosten und Zeitpläne „in einer nicht vorhersehbaren und einschätzbaren Weise“, zudem würden sich die ökologischen Standards und politischen Vorgaben auch während des Geschehens immer wieder ändern. Insofern handelt es sich bei Habecks Heizungsgesetz, bei der Situation in der Bauwirtschaft und bei der Lage der Bauern überall um dasselbe Problem: Inkompetenz gepaart mit ideologischem Eifer. Die Bauern reagieren mit massiven Protesten auf der Straße, die Bauwirtschaft, indem sie das Bauen weitgehend eingestellt hat, obwohl Wohnungen dringend nötig sind, und die Bürger, die Opfer der Heizungsrestriktionen und anderer Einschränkungen sind, werden spätestens an den Wahlurnen antworten. Die tiefe

Kluft zwischen der Regierung und der Bevölkerung zeigt sich auch in den Umfragen zu außenpolitischen Themen. Das Berliner Civey-Institut, (das digitale Meinungs- und Marktforschung betreibt, d.R.) fragte am 7. Januar, sehr vorsichtig formuliert: „Wie zufrieden sind Sie ganz allgemein mit den aktuellen Maßnahmen der Bundesregierung bezüglich Ukraine-Krieg und dessen Auswirkungen (z.B. Energieknappheit)?“ Hier antworteten: sehr zufrieden 7,2 %, eher zufrieden 16,5 %; unentschieden 11,2 %; weniger zufrieden 13,8 % und gar nicht zufrieden 51,3 %. Das heißt 65,1 % oder zwei Drittel der Befragten kritisieren diese Maßnahmen, obwohl doch Politik und Medien seit fast zwei Jahren der Bevölkerung einzuwimmern versuchen, die Verteuerung der Energie sei alternativlos, um Rußland in die Knie zu zwingen. Noch interessanter ist eine Umfrage vom 8. Januar. Die Frage lautete, ob Deutschland „eine Führungsrolle bei der militärischen Unterstützung der Ukraine übernehmen“ sollte. Ja, auf jeden Fall antworteten 25,9 %, eher ja 8 %; unentschieden 5,2 %; eher nein 8,8 % und „nein, auf keinen Fall“ 52,1 %. Auch nach zwei Jahren Krieg ist die Mehrheit der Bevölkerung, über 60 %, gegen ein stärkeres militärisches Agieren Deutschlands an der Ostfront. Trotz aller Propaganda der vergangenen zwei Jahre.

Bernhard Romeike

Redaktionell gekürzt

Aus: „Das Blättchen, Zweiwochenschrift für Politik, Kunst und Wirtschaft“, Nr. 2., 15.1.2024



AUFMISCHWESEN IN AKTION

Politik als Hauptberuf
Ist nichts für Amateure.
Schnell trifft Laien dort der Huf
In Dilettantenschwere.

Lust auf den Gefährdungspreis
Des Trickgebiets „Chimäre“?
Hütet Euch vor diesem Gleis:
Es führt schnurstracks ins Leere.

Lutz Jahoda
7.1.2024

Presseerklärung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)

Gegen die Rechtsentwicklung – Für Heizung, Brot und Frieden!

In den vergangenen Tagen sind mehrere Hunderttausend Menschen auf die Straße gegangen, um gegen die AfD zu protestieren. Die AfD ist eine reaktionäre Partei mit einem faschistischen Flügel. Sie streut Spaltung und Rassismus, hetzt gegen Arbeitslose und Geflüchtete, verfolgt in ihrem Programm eine neoliberale Wirtschaftspolitik und verknüpft diese mit nationalistischer Ideologie. Diese Partei und ihre Politik haben Protest verdient. Viele Menschen fürchten sich vor einer Rechtsregierung von CDU und AfD, vor einem beschleunigten Sozialabbau und der weiteren Abschaffung demokratischer Rechte. Dagegen gehen sie zurecht auf die Straße. Die DKP wehrt sich jedoch entschieden gegen die Instrumentalisierung dieser Ängste durch die Ampelregierung. Die Beteiligung von SPD, Grünen und zum Teil auch FDP an den Protesten ist Heuchelei. Denn auch die Ampel ist eine Rechtsregierung. Im Schatten der Proteste hat sie den Sparhaushalt auf Kosten der Armen und unter anderem der protestierenden Bauern beschlossen. Ebenso die neuerliche Verschärfung des Asylrechts. Die Ampelregierung ist eine Kriegsregierung, die Milliarden in Hochrüstung und Kriegsvorbereitung steckt und die Kosten auf die Bevölkerung, auf die Arbeiter, Angestellten, Handwerker und Bauern, abwälzt. Dabei kann sie sich auf die Zustimmung von CDU und AfD verlassen. Bundeskanzler Olaf Scholz will „endlich im großen Stil abschieben“, gibt sich aber empört

über die seit langem bekannten „Remigrationspläne“ der AfD. In Potsdam demonstrierte er an der Seite von Annalena Baerbock „gegen rechts“. Ihr Außenministerium forciert nicht



Polizeigewalt auf der LL-Demo am 14. Januar in Berlin (Foto: Jens Schulze)

nur den Krieg gegen Rußland, sondern unterstützt auch offensiv den Völkermord der rechten israelischen Regierung in Gaza. In Osnabrück reiht sich Kriegsminister Pistorius in eine Demonstration „gegen Faschismus“ ein. Als hauptamtlicher Waffenschieber versorgt er ukrainische Bandera-Faschisten mit Kriegsmaterial, um das Sterben in der Ukraine zu verlängern. Finanzminister Christian Lindner hetzte auf der großen Demonstration

der Bauern in Berlin gegen Asylbewerber und Bürgergeldbezieher.

Diese Kriegsregierung muß weg! Sie führt Krieg nach außen und bringt Deutschland mit jedem Tag näher an den Rand eines dritten Weltkrieges. Sie führt Krieg nach innen, setzt auf Spaltung und den Abbau von demokratischen Rechten. Daß dies auch eine rassistische Komponente hat, wurde nicht zuletzt bei Diskussionen zur Verknüpfung des Staatsbürgerrechtes mit dem „Bekenntnis zu Israel“ deutlich. Zugleich führt ihre Politik zu einer massenhaften Verarmung und bereitet damit den Nährboden für Wahlerfolge der AfD.

Es ist deshalb absurd, daß nun ausgerechnet die Ampelparteien „gegen rechts“ demonstrieren. Dadurch werden die berechtigten Anliegen der Demonstranten diskreditiert und der Antifaschismus zur Stabilisierung einer schwankenden, rechten Regierung vereinbart.

Die DKP lehnt diese Vereinnahmung ab. Wirklicher Antifaschismus kann nicht von der Friedensfrage gelöst werden. Er bedarf eines breiten Widerstandes gegen die Kriegs- und Krisenpolitik der Bundesregierung und eines Zusammenwirkens von fortschrittlichen Kräften und Gewerkschaften im Kampf gegen das Abwälzen der Kosten auf die Bevölkerung. Dafür muß er sich gegen die große Kriegscoalition von Ampel bis AfD richten. Kämpfen wir gemeinsam für Heizung, Brot und Frieden!

21. Januar 2024

Wer kennt die Schaumweinsteuer?

Ja, die gibt es, und zwar seit 1902. Die Beschlußfassung zum Schaumweinsteuergesetz erfolgte am 26. April 1902. Das Gesetz trat am 1. Juli 1902 in Kraft. Angeblich wurde diese Steuer zur Finanzierung der deutschen kaiserlichen Kriegsflotte eingeführt. Tatsächlich waren die Einnahmen dieser Steuer gering und hätten nie für den Kriegsschiffbau gereicht. Die Schaumweinsteuer diente einfach den allgemeinen Steuererhöhungen im Kaiserreich. Die kaiserlichen Kriegsschiffe sind längst versenkt, aber die Steuer blieb – in der Weimarer Republik, in der Hitler-Diktatur und in der Bundesrepublik. Ob Schaumweinsteuer oder Solidaritätszuschlag – sie werden erhoben, um Staatsausgaben zu decken. Der Trick ist nur, eine neue Steuer oder Steuererhöhung propagandistisch geschickt zu vermarkten, damit das Volk sie schluckt.

Der „Solidaritätszuschlag“ (seit 1991) – eine Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer – sollte ursprünglich auf nur ein Jahr befristet sein. Er wurde eingeführt, „um die verschiedenen Mehrbelastungen aus dem Zweiten Golfkrieg sowie auch für die Unterstützung der Länder in

Mittel-, Ost- und Südeuropa und die zusätzlichen Aufgaben in den neuen Bundesländern zu finanzieren.“

Das sind drei schöne Narrative bzw. Begründungen, um die Bürger zu täuschen. Die Golfkriege z.B. waren nicht „unsere“ Kriege, sondern Kriege der USA. Und „Aufbau Ost“ ist doch gelaufen, recht und schlecht. Oder finanziert die „Ampel“ immer noch den „wirtschaftlichen Aufschwung“ und die „Politiker-Kollegen“ in heruntergekommenen Ländern Osteuropas? Kurz gesagt: Auch der „Solizuschlag“ war und ist eine allgemeine Steuererhöhung wie die Schaumweinsteuer. Er besteht nun fast 33 Jahre und wird auch in den nächsten 30 Jahren seine „Daseinsberechtigung“ feiern.

Ein Wort zur Autobahn-Maut-Erhöpfung: Im Internet nachlesbar: „Die Lkw-Maut wird um eine weitere Komponente ergänzt, pro Tonne CO₂ fallen künftig 200 Euro an.“ Oder: „Zum 1. Juli 2024 wird die Mautpflicht auf Lkw mit mehr als 3,5 Tonnen tzGm ausgedehnt.“ Und: „Die für 2024 geplante Erhöhung des CO₂-Preises auf 45 Euro pro Tonne bedeutet bei Benzin einen Preisanstieg von rund 4 Cent pro Liter, bei Diesel und Heizöl 5 Cent pro

Liter und bei Erdgas 0,3 Cent pro Kilowattstunde.“

Diese Veränderungen haben zwei Wirkungen. Erstens wachsen die Einnahmen für den Staat und zweitens werden die Zusatzkosten über die Preise auf den kleinen Mann abgewälzt. Außerdem steigen die Kosten der Bürger für das normale Leben – für Konsumgüter, für Fortbewegung usw. Die Preisspirale heizt die Inflation weiter an. Eine sofortige Wirkung auf die Umwelt mittels der CO₂-Steuer wird es kaum geben.

Die „Ampel“-Regierung gibt offen zu, daß es um Mehreinnahmen in den Haushalt geht, weil Investitionen in Schulen, Gesundheitswesen, Straßen, Brücken, Schienen, Wasserstraßen und andere Infrastruktur zugunsten von Krieg, Rüstung und Subventionierung der Konzerne vernachlässigt wurden und werden. Jede Steuererhöhung dient der allgemeinen Erhöhung von Einnahmen des Staates. Egal, wie sie deklariert wird. Steuererhöhungen sind immer gegen die Existenz- und Lebensbedingung des „kleinen Mannes“ in diesem Land gerichtet, nie gegen Konzerne und Reiche.

Dr. Ulrich Sommerfeld

Die künftige Ostfront

In einer Reihe vernetzter Manöver probt die NATO ab dem Frühjahr den Krieg gegen Rußland. Deutschland beteiligt sich unter anderem mit dem Großmanöver Quadriga 2024.

Quadriga 2024

Die Bundesrepublik steht, wie die Bundeswehr auf ihrer Internetseite mitteilt, „im Mittelpunkt“ des von der NATO durchgeführten Großmanövers Quadriga 2024. Der Name der Kriegsübung verweise, so heißt es weiter, auf den Streitwagen, die Quadriga, auf dem Brandenburger Tor, die ein Symbol für Deutschlands „Freiheit, Einigung und Stärke“ sei. Insgesamt 12 000 Soldaten werden nach Angaben der Bundeswehr die „Verlegung von nationalen und multinationalen Landstreitkräften“ trainieren; dies soll „insbesondere in der deutschen Öffentlichkeit für alle Bürgerinnen und Bürger sichtbar“ sein. Wieviele von den 12 000 Militärs deutsche Soldaten sein werden, ist bislang nicht öffentlich bekannt. Neben dem deutschen Heer wird sich die Bundeswehr auch mit allen anderen Teilstreitkräften an dem Manöver beteiligen. Den offiziellen Start der Übung kündigt die Bundeswehr für den kommenden Februar an. Die militärischen Aktivitäten sollen bis in den Mai 2024 andauern.

Militärdrehscheibe Deutschland

Mit der ungewöhnlich langen Dauer von Quadriga 2024 will die Bundeswehr den „Einsatz und das Führen von Truppen über einen längeren Zeitraum“ trainieren. Damit hoffen die deutschen Militärs, ihre „Fähigkeiten zur schnellen Verlegung eigener Kräfte an die NATO-Ostflanke nach Norwegen, Litauen, Rumänien oder Ungarn“ zu verbessern – von der „Alarmierung“ über den „Aufmarsch“ „bis zum multinationalen Gefecht“ an einer künftigen Ostfront. Die deutsche Armee will beispielsweise das Absichern von „Marschwegen“ trainieren – auch für den „Transfer

von Partner-Streitkräften“ und deren Waffen durch die Bundesrepublik. Mit Quadriga 2024 unterstreicht Deutschland seinen Anspruch, eine „riesige Drehscheibe“ für die „Truppenaufmärsche“ des NATO-Blocks an seiner Ostflanke zu sein. Damit demonstriere die Bundesrepublik ihre „Leistungsfähigkeit“ als NATO-Partner und übernehme „Führungsverantwortung“, heißt es. Von der Funktion als Drehscheibe und logistische Schaltzentrale für die transatlantischen Truppenbewegungen in Richtung Ukraine und Rußland erhofft Berlin sich einen Bedeutungszuwachs innerhalb der NATO.

Manöverring um Rußland

Quadriga 2024 ist nicht das einzige Manöver, das die NATO im nächsten Frühjahr abhalten wird. Es ist in ein sogenanntes Übungscluster eingeflochten – ein Netz ineinandergreifender Manöver, das sich zeitlich über fünf Monate und räumlich von Norwegen bis nach Rumänien entlang der gesamten russischen Westgrenze erstreckt. Quadriga selbst setzt sich zusammen aus vier Teilübungen. Von Mitte bis Ende Februar wird die 1. Panzerdivision der Bundeswehr in dem Grand Center genannten ersten Teil der Kriegsübung in Deutschland, Polen und Litauen trainieren. In die 1. Panzerdivision hatten Berlin und Den Haag erst im März dieses Jahres die letzte niederländische Heeresbrigade eingegliedert. Von Mitte Februar bis Mitte März trainieren die Division Schnelle Kräfte und die Gebirgsjägerbrigade 23 in der Teilübung Grand North in Norwegen die Kriegsführung unter extremen Wetterbedingungen. Von Ende April bis Ende Mai werden deutsche Fallschirmjäger der Division Schnelle Kräfte „die schnelle Verlegung und den Einsatz“ in Ungarn und Rumänien proben. Als „Höhepunkt“ von Quadriga 2024 gilt laut Angaben der Bundeswehr die Teilübung Grand Quadriga im Mai. Dabei trainiert die 10. Panzerdivision „die Verlegung und den

geschlossenen mechanisierten Einsatz mit Kampf- und Schützenpanzern“ in Litauen.

Ein „Schlachtfeldnetzwerk“

Die Teilübungen von Quadriga 2024 münden wiederum in Manöver anderer NATO-Staaten. Von Grand Center werden deutsche Soldaten weiterziehen, um an dem polnischen Manöver Dragon und an der US-amerikanischen Übung Saber Strike teilzunehmen. Grand North wird übergehen in das Manöver Nordic Response, Grand South in Swift Response. Mit diesem Cluster simuliert die NATO ein „Schlachtfeldnetzwerk“ entlang der russischen Westgrenze. Die Gleichzeitigkeit der unterschiedlichen Manöver und die Staffellung der eingesetzten Truppen seien eine „enorme Herausforderung“, erklärt die Bundeswehr. Die Verschachtelung der Truppenbewegungen in teilweise nahtlos ineinander übergehende oder sich überlappende Einzelmanöver erschwert eine realistische Einschätzung über das tatsächliche Ausmaß des Aufmarsches.

„Bereit zu kämpfen“

Quadriga 2024 ist der deutsche Beitrag zum NATO-Großmanöver Steadfast Defender. Dabei werden die USA Truppen nach Europa verlegen und dann gemeinsam mit sämtlichen NATO-Mitgliedern an der Ostflanke den „Einsatz von Landstreitkräften“ in einem Krieg gegen Rußland proben. Mehr als 41 000 NATO-Soldaten trainieren dabei einen Waffengang gegen „einen Feind, der einer von Russland geführten Koalition nachempfunden ist“, berichtet die Financial Times. Dabei verwendet die NATO nach eigenen Angaben zum ersten Mal echte geografische Daten aus Osteuropa, um ihren Truppen „ein realistischeres Szenario“ vom potenziellen zukünftigen Einsatzgebiet zu bieten. NATO-Mitarbeiter äußerten gegenüber der US-amerikanischen Presse, mit dem Manöver wolle das Kriegsbündnis Moskau zeigen, daß es „bereit“ sei „zu kämpfen“.

german-foreign-policy.com, 19.12.23

„Leuchtturm der Zeitenwende“ – Pistorius in Litauen

Das Baltikum war historisch ein Schwerpunkt deutscher dynastischer Interessen und steht heute im Zentrum imperialistischer Interessen. Im Ersten Weltkrieg waren es die in Deutschland lebenden Deutschbalten, die für ein „Vereinigtes Baltisches Herzogtum“ kämpften, das auch tatsächlich kurzzeitig existierte. Der extrem reaktionäre deutsch-baltische Vertrauensrat berief sich auf die alte mittelalterliche Herrschaft des „Deutschen Ordens“. Vorrangiges Ziel der deutschen Militärverwaltung war, das Land durch geplante Massenansiedlung deutscher Bauern sowie durch zielbewußte Schulpolitik „dem Deutschtum zu gewinnen“, womit die Grundlagen für ein künftiges deutsches Staatswesen gelegt werden sollten. Mit dem Zweiten Weltkrieg verfolgten die Nazis den Plan, im Osten im Zuge einer Schaffung eines slawenfreien Osteuropas ein deutsches Herrenvolk zu etablieren, das auf Kosten versklavter Untermenschen schmarotzen sollte.

Am 18. Dezember 2023 sicherte der sozialdemokratische Kriegsminister Pistorius in Vilnius durch die Unterschrift unter ein dreiseitiges Papier Litauen eine Brigade Bundeswehrsoldaten zu. Die Unterzeichnungszereemonie zusammen mit dem litauischen Kriegsminister Anusauskas wurde als ein Akt psychologischer Kriegsführung im litauischen Fernsehen live übertragen. In Litauen werden auf einem abgelegenen Hof der um Diskretion äußerst bemühten Firma „Lituania Defence Service“ robuste deutsche Leopard-2-Panzer, auch die der modernen Version 2A6, die im Krieg um die Ukraine kriegsuntauglich beschädigt wurden, wieder flottgemacht. Leo-Panzer bekam und bekommt die ukrainische Armee besonders vom Panzerbataillon 203 in Augustdorf, das nun auch den Kern der bis 2027 zu stationierenden litauischen Brigade mit zirka 5 000 Soldaten, zusammen mit dem Panzergrenadierbataillon 122 aus Oberviechtach mit

seinen modernisierten Puma-Schützenpanzern, stellt. Diese Stationierung geht zurück auf das auch NATO-Kreise überraschende Versprechen des kriegsgierig vorpreschenden Sozialdemokraten Scholz an den litauischen Präsidenten Nauseda vom Juni 2022.

Die Finanzierung dieses Projektes ist noch unklar, aber eines ist sicher, es wird das darbenende deutsche Volk Milliarden an Steuern kosten. Schätzungen schwanken zwischen fünf und sieben Milliarden Euro, dazu kommen 30 Millionen Euro pro Monat für den laufenden Brigadebetrieb, dazu Auslandsverwendungszuschläge und Stationierungsaufwandsentschädigungen für den Dauereinsatz. Pistorius ging auf Dummenfang und verkündete im litauischen Fernsehen das Abkommen als ein „Leuchtturm der Zeitenwende“. Doch es ist nichts anderes als Größenwahn imperialistischer Großmannssucht.

Heinz Ahlreip, Hannover

Die Rolle der Russischen Föderation in einer Welt voller Konflikte

Am 6. Januar verkündete der Verteidigungsminister Boris Pistorius: „Die Europäische Union muß bis zum Ende des Jahrzehnts kriegsbereit sein.“ Damit hat Berlin begonnen, eine direkte Konfrontation mit Moskau zu planen. Aus Polen u. a. EU-Ländern kommen ähnliche Aussagen.

Wie kommt es zu der bedrohlichen Aktivierung eines aggressiven Militarismus in EU-Europa? Dazu Sergei Karaganow, ein bekannter russischer Experte für internationale Beziehungen in der Zeitung *Rossijskaja Gaseta*.

Europa hat seine 500-jährige Überlegenheit auf ökonomischem und militärischem Gebiet sowie die kolonialen und anderen Ausbeutungsmöglichkeiten der Welt verloren. Das erklärt die wachsende Aggressivität der westlichen Seite. Deren Angst und Zurückhaltung vor bewaffneten Konflikten gibt es nicht mehr. Deshalb kämpft Rußland in der Ukraine nicht nur für seine Interessen, sondern auch für die Verhinderung einer zunehmenden globalen Konfrontation. Es handelt überlegt, um die westlichen Eliten zu ernüchtern, damit Letztere nicht aus Verzweiflung einen weiteren globalen Konflikt, wie es ihre Vorfahren mit der Entfesselung von zwei Weltkriegen taten, auslösen.

2023 wurden eingefrorene Konflikte wieder aufgetaut und Voraussetzungen für neue Konflikte geschaffen. Dazu gehören die vorhersehbare Explosion der palästinensisch-israelischen Konfrontation, eine Reihe von Krisen und Konflikten in Afrika und anderen Regionen. Diese Konflikte werden zunehmen, weil sich die tektonischen Platten unter dem globalen System verschoben haben. Die Militäroperation, die in der Ukraine stattfindet, zielt aus russischer Sicht darauf ab, die Russische Föderation (RF) auf das Leben in einer sehr gefährlichen zukünftigen Welt vorzubereiten. Die Spezialoperation (SO) hilft Rußland, sich von westlichen Einflüssen zu befreien und seinen neuen Platz in der Geschichte zu finden. Der Westen sieht in diesem Konflikt die einzige Möglichkeit, seinen moralischen Zusammenbruch zu vermeiden. Deshalb ist davon auszugehen, daß er die Unterstützung der Ukraine noch lange fortsetzen wird. Das bedeutet, daß Rußland sowohl vor Ort als auch im Bereich der strategischen Abschreckung entschlossen handeln muß, um seine Ziele so schnell wie möglich zu erreichen.

Rußland geht davon aus, daß es mit dem Kurs der Eindämmung des Westens und des Aufbaus intensiver Beziehungen zu China (und den BRICS-Plus-Staaten, d. A.) zu einer Achse in der Welt wird, die verhindern kann, daß alle in eine globale Katastrophe abrutschen. Da der Vertrag über strategische Offensivwaffen (Kernwaffen) 2026 ausläuft, ist die Menschheit zu einem unkontrollierbaren Wettrüsten verdammt, bis eine neue Weltordnung und damit ein neuer Status quo etabliert ist.

Zur Bewältigung dieser und anderer Bedrohungen forscht Rußland an dem neuen

„Institut für Internationale Militärökonomie und -strategie“ und wird dies mit den intellektuellen Eliten der Länder der Weltmehrheit tun (vor allem aber mit China und Indien). Auch für den Westen hält Rußland seine Türen offen. Leider scheint es in absehbarer Zeit nicht zu Rüstungsbegrenzungsabkommen zu kommen, da die Seiten nicht einmal wissen, was sie wie begrenzen sollen. Deshalb ist es für Rußland notwendig, ein neues Konzept der Abschreckung zu entwickeln, mit dem es gelingen sollte – abseits des Ukraine-Konflikts – eine die Existenz der Welt bedrohende Politik des Westens abzuwenden.

Rußland ist aufgrund seiner kulturellen Offenheit gut auf die sich bildende multipolare Welt vorbereitet. Das sind die Dinge, die es jetzt zu erkämpfen oder zu verteidigen gilt.

Rußland geht gestärkt aus der militärischen Spezialoperation hervor

Rußland gehört zu den Gewinnern im Ukraine-Konflikt. Es hat mit einer konzentrierten Leistung den Sanktionen des Westens nicht nur widerstanden, sondern eine funktionierende und zukunftsfähige Wirtschaft aufgebaut, eingeschlossen einen immer effektiver arbeitenden militär-industriellen Komplex (MIK). Heute kämpft das Land mit Japan bereits um Platz 4 des preisbereinigten BIP in der Welt. Seine Armee hat Dank der umfassenden Modernisierung seiner konventionellen Waffen, darunter auch Hyperschall-, Laser- und elektronische Waffen sowie gut ausgerüsteter und ausgebildeter Soldaten, russischsprachige Territorien der Ukraine aus den neonazistischen Klauen befreit. Das Land hat während seiner Spezialoperation in der Ukraine mehrere Großprojekte und viele Großbetriebe (darunter die Autobahn Moskau – Kasan über 750 km) nach neuen Technologien und in nur drei Jahren errichtet. Rußland hat die hybriden Angriffe des kollektiven Westens, die seiner Vernichtung dienen sollten, erfolgreich abgewehrt und ist wirtschaftlich und militärisch stärker als vor der Spezialoperation.

Putin äußerte dazu am 19.12.23 auf der Sitzung des Verteidigungsministeriums: „Die militärische Sonderoperation Rußlands in der Ukraine tritt in eine neue Phase ein, denn Rußland hat in diesem Stellvertreterkrieg die Oberhand gewonnen.“

Die russische Wirtschaft beschleunigte sich bis zum Jahresende auf eine Wachstumsrate von 3,5 %, wodurch Einkommen und Kaufkraft für Millionen stieg und sich der Lebensstandard erhöhte. Die Arbeitslosigkeit ist auf einem historischen Tiefstand. Das Land hat auch die Isolationsbestrebungen des Westens erfolgreich überwunden.

Seine Botschaft für den Ukraine-Konflikt lautet, daß jede neue westliche Eskalation des Krieges dazu verdammt ist, das gleiche Schicksal zu erleiden wie bei den vorherigen, wenn nicht die Einsicht einkehrt, daß Rußland

militärisch nicht besiegt werden kann und seine legitimen Interessen anerkannt werden. Selbst angesichts der drohenden Niederlage liegt die Priorität des Westens darin, so Putin, Rußland zu zwingen, einem Waffenstillstand zuzustimmen, ohne daß Washington politische oder strategische Verpflichtungen eingeht, wodurch eine Hintertür für die Wiederaufrüstung des angeschlagenen ukrainischen Militärs und für den Beitritt Kiews zur NATO aufgemacht würde.

Putin schenkt der Wiederbelebung der russischen Verteidigungsindustrie große Aufmerksamkeit, um für etwaige militärische Erfordernisse gerüstet zu sein und ging auf die politisch-militärischen Optionen Rußlands unter den gegebenen Umständen ein:

- Rußland wird (wenn es nicht zu einer außerordentlichen Kapitulation der Ukraine und des Westens kommt, d. A.), den Zermürbungskrieg bis zu seinem logischen Ende weiterführen und seinen MIK in einen Zustand versetzen, der das Kräfteverhältnis so verändert, daß es jegliche militärische Abenteuer von USA und NATO verhindert.
- Das Land ist entschlossen, die historischen russischen Gebiete (nebst Bevölkerung), die die Bolschewiki an die Ukraine abgetreten hatten, zurückzufordern. Er stellte jedoch auch fest, daß Polen, Ungarn und Rumänien berechnete Gebietsansprüche erheben könnten. Die Geschichte wird alles an seinen Platz setzen. Rußland ist bereit, über alles zu verhandeln, aber nur unter Berücksichtigung russischer Interessen.
- In Ermangelung einer Verhandlungslösung könnte sich Rußland dafür entscheiden, die südlichen Regionen der Ukraine, die historisch zu Rußland gehörten, zu befreien, wozu Odessa, die gesamte Schwarzmeerküste sowie Charkow und die Donbass-Region gehören.
- Rußlands jüngste Erfolge z.B. in Soledar, Artjomowsk (Bachmut), Awdejewka, Maryinka u. a. zeugen von einer Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen den beiden Armeen. Diese Verschiebung wird sich weiter beschleunigen, da Rußland neue Waffenarten und -systeme produziert und daher einsetzen kann, z.B. selbstlenkende Gleitflugbomben, die die Effektivität der russischen Luftstreitkräfte in der SO bedeutend gesteigert haben.

Unter Berücksichtigung all dieser Faktoren ist Ende dieses Jahres eine entscheidende Verschiebung des Kräfteverhältnisses gegen die Ukraine realistisch, was zu einem Ende des Konflikts zu Rußlands Bedingungen führen kann.

Zu den bisherigen militärischen Resultaten des Ukraine-Konflikts

Die Ukraine, so der bekannte Analyst Gilbert Doktorow, hat in diesem Konflikt in jeder Hinsicht verloren: ca. 20 % ihres Territoriums,

mehr als 500 000 tote und verstümmelte Soldaten, mehrfach die materielle Ausrüstung der gesamten Armee, einschließlich der „Wunderwaffen“, Millionen Geflüchtete, große Teile der lebensnotwendigen und kritischen Infrastruktur sowie der Wirtschaft, was auch durch immer mehr Mainstreammedien festgestellt wird.

Allein bei ihrer mißlungenen Großoffensive verlor die Ukraine (lt. Putin im Dezember 2023) 160 000 Soldaten, 121 Flugzeuge, 766 Panzer (darunter 37 Leopard-Pz), mehrere Tausend gepanzerte Fahrzeuge, erreichte aber kaum Geländegewinne, die derzeit wieder von den russischen Streitkräften (RF-SK) zurückerobert werden. Kriegswichtige Militärbasen (darunter auch solche der USA und NATO) wurden vernichtet. Der oft gescholtene russische Generalstab hatte die Lage richtig beurteilt und rechtzeitig wirksame Verteidigungsmaßnahmen eingeleitet. Die hohen personellen Verluste zwingen die Ukraine, eine weitere Mobilisierung von 500 000 Soldaten durchzuführen, wobei sie wegen Mangel an Wehrfähigen im Land auch auf geflüchtete Bürger zurückgreifen muß und will. Viele EU-Staaten sind der Ukraine dabei zu Willen und geben sogar die Schutzrechte für Flüchtlinge aus Kriegsgebieten auf. Für die Unwilligen sollen (ohne EU-Widerspruch) in der Ukraine Konzentrationslager eingerichtet werden. Das Ganze dient bereits der Vorbereitung einer neuen Offensive, was viel Geld kosten wird, welches die Ukraine nicht hat und der Westen weniger bereitstellt.

Zu den letzten russischen Luftschlägen

Diese wurden Anfang des Jahres als Antwortschläge auf die ukrainischen Raketen- und Drohnenangriffe auf die Krim (nebst Krimbrücke), die Schwarzmeerflotte, Moskau und vor allem auf das bewohnte Zentrum von Belgorod – wobei viele zivile russische Opfer zu beklagen waren – ausgeführt. Zum Einsatz kamen in 50 Gruppenschlägen und einem massierten strategischen Luftschlag Hyperschall- und andere Raketen, Gleitbomben sowie Kampfdrohnen auf militärisch relevante Ziele in der gesamten Ukraine. Der Ukraine wurde dadurch mitgeteilt, daß es derzeit kein Patt gibt, daß die RF gewillt ist, ihre Ziele – Entmilitarisierung, Entnazifizierung und keine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine – weiter zu verfolgen und dazu über modernste Waffen verfügt, aber auch, daß die Ukraine und der Westen keine Chance haben, Rußland zu besiegen. Hauptziele waren dabei die Schwächung der Luftverteidigung (darunter Patriot-, Iris- u. a. Komplexe), der militärischen Infrastruktur, neue Verteidigungsbetriebe, ukrainische und ausländische Militärs, Lager für Waffen (z. B. Storm-, Shadow- u. a. Raketen), Munition und Treibstoffe sowie Kommandostäbe. Diese katastrophalen Ergebnisse führten zur beschleunigten Bereitstellung eines

deutschen „Hilfspakets“ an die Ukraine mit zusätzlich 40 Marder-Schützenpanzern sowie 18 Leopard 2A6 Panzern, 14 Haubitzen PzH 2000, 500 Stinger-Flugabwehrraketen, 2 Patriot-Komplexen und 60 Gepard-Flugabwehrsystemen. Derzeit finanziert Deutschland auch die Renten und die Gehälter der Beamten der Ukraine.

Die USA hingegen stoppen oder verzögern die Finanzierung der Ukraine-Hilfe. Sie liefern erst nach mehreren Monaten weitere F16-Flugzeuge und ziehen die bereits in geringen Stückzahlen gelieferten Abrams-Panzer wieder aus der Ukraine ab, um bei deren



Wer in der BRD für Solidarität mit Palästina eintritt, wird mit Polizeiaufgebot konfrontiert

Vernichtung Imageverluste und gegnerische Technologieeroberung, so das Pentagon, zu vermeiden.

Die Ukraine will dem Waffen- und Munitionsmangel durch die Waffenproduktion im Lande begegnen (Rheinmetall will 2024 eine Waffenproduktionsstätte, die Türkei ein Drohnenwerk und weitere NATO-Länder Reparaturbasen aufbauen). Bisher wurde aber keines der Vorhaben realisiert.

Welche Entwicklungen löst der Gaza-Israel-Krieg aus?

Israel führt seine unverhältnismäßige und völkerrechtswidrige Kampfführung in Gaza weiterhin fort, indem es ohne Berücksichtigung des Vorhandenseins von Zivilisten Wohnkomplexe und Flüchtlingslager angreift, wodurch die Anzahl der toten Zivilisten auf über 25 000 (ohne die Toten unter den Trümmerbergen) anstieg. Tausende Palästinenser sind verletzt und erhalten wegen der zerstörten Krankenhäuser keine medizinische Behandlung. Durch die starke israelische Begrenzung der ausländischen Hilfslieferungen gibt es kaum Lebensmittel und andere notwendige Versorgungsmittel, so daß sich die Palästinenser in einer humanitären Katastrophe befinden.

Einen vom Westen geforderten Waffenstillstand, einen besseren Schutz sowie eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung Gazas und eine Zweistaatenlösung lehnt Israel weiterhin ab. Es provoziert die die Hamas unterstützenden Kräfte (Ermordung des Hamas-Führers Saleh al-Aroui) und dehnt diesen Krieg mit Raketen- und Luftschlägen auf Iran, Libanon, Syrien und den Irak aus,

wodurch dieser zu einem regionalen Krieg wird.

Israel, welches in Gaza auch große personelle Verluste hinnehmen mußte, zog deshalb seine Reservisten aus Gaza ab. Es gab iranische Angriffe auf das Nordkommando der israelischen Armee, und die Hisbollah (die über 200 000 Raketen verschiedener Reichweiten und Stärke verfügen soll) nahm den Norden des Landes unter Raketenbeschuß. Auch der Jemen setzt gegen Israel ballistische Raketen ein, die aber von Saudi-Arabien abgeschossen wurden. Jemens militärische Aktivitäten im Roten Meer behindern die Nutzung des Suez-Kanals durch Israelunterstützer so wirkungsvoll, daß die USA und GB die Huthi-Militzen mit Raketenanschlägen angriffen, worauf Letztere wirksam antworteten. Durch diese Eskalation erweitern sich die militärischen Konflikte in der Region gefährlich. Mehrere arabische Länder, wie Jordanien, Ägypten, Katar und andere, nehmen nicht an militärischen Aktionen gegen Israel teil und belassen es bei begrenzter humanitärer Hilfe und Lippenbekenntnissen, wie man von Sharmine Narvi, einer Analystin der westasiatischen Geopolitik, am 4.1.24 erfahren konnte. Sie führte weiter aus, daß die Widersprüche zwischen den Führern der „gemäßigten arabischen Staaten“ und deren Bevölkerung immer größer

werden, weil Letztere immer mehr erkennen, daß der Aufstand der Gaza-Palästinenser auch für sie die Möglichkeit einräumt, sich aus dem mit ihren Staaten praktizierten westlichen Narrativ „Teilen, Herrschen und Unterdrücken“ zu befreien. Immer mehr Bürger der arabischen Staaten sehen deshalb den Aufstand vom 7. Oktober 2023 und auch die Haltung der gesamten Widerstandsachse als richtig an und unterstützen diese. Während der Einfluß des kollektiven Westens rapide abnimmt, nimmt dieser für Rußland und China zu. Beide Länder unterstützen die arabischen Staaten im Kampf um deren Unabhängigkeit und Entwicklung in der UNO und außerhalb. Die alten Hegemonen werden nicht kampfflos abtreten. Wichtige Veränderungen können nur durch das einheitliche Handeln aller Araber erreicht und verteidigt werden.

Im Dezember 2023 kamen zu den bisher praktizierten Kampfformen auch noch juristische. Chilenische Juristen und Parlamentsabgeordnete haben beim Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag eine Klage gegen den Ministerpräsidenten Israels Netanjahu u. a. Politiker sowie Militärs wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingereicht und auch die Ausstellung eines internationalen Haftbefehls gegen Netanjahu und andere Politiker und Militärs gefordert. Gleichzeitig beginnen an dem IStGH auch die Anhörungen zu einem von Südafrika wegen Völkermords an der palästinensischen Bevölkerung beantragten Prozeß gegen Israel. Es ist zu hoffen, daß es gelingt, das Recht der UN-Charta wieder zum alleinigen Recht für alle Staaten zu machen.

Oberst a.D. Gerhard Giese

Die Kriegssüchtigen und ihr Wertekanon

In der letzten Märzwoche und der ersten Aprilwoche vor zwei Jahren vollzog sich keine „Zeitenwende“ – nein, es vollzog sich eine nachhaltige Gesinnungswende! Blicken wir zurück: Vom 28. bis zum 30. März 2022 fand der großräumige Rückzug der russischen Truppen aus der Region Kiew/Butscha statt. Mit einer Rückeroberung hatte das allerdings nichts zu tun. Es war eine freiwillige Vorleistung Rußlands als Teil des Verhandlungsprozesses in Istanbul. Putin persönlich hatte sich bei Selenskij für seine Kompromißbereitschaft bedankt. Beginnend mit dem Vollzug des russischen Abzugs am 30. April rückten ukrainische nationalistische Bataillone in die ukrainische Stadt mit

am 9. April ins Rennen geschickt. Und ihm gelang es, Selenskij umzustimmen. Vermutlich hat er ihn unter Vorzeigen der „Instrumente“ und möglicherweise mit Hilfe der Bilder aus Butscha dazu gezwungen. Jetzt kam die Butscha-Inszenierung so richtig ins Spiel. Butscha diente dazu, alle NATO-Staaten auf Kurs zu bringen, um eine bedingungslose Unterstützung für das Selenskij-Regime in Kiew durchzusetzen. Das funktionierte. Die These vom „brutalen russischen Angriffskrieg“ wurde seitdem rauf- und runterdekliniert. Empörungsjournalisten im Einklang mit „wertorientierten“ Kriegsfurien wie Baerbock, Strack-Zimmermann, Hofreiter u. a. warben fortan und immer kategorischer

Januar ausgedrückt: „Der eigentliche Feind ist nicht die Ukraine. Sie ist lediglich ein Werkzeug in den Händen des kollektiven Westens, der sie zum Kampf gegen Rußland benutzt.“ Im Verlauf der Jahre haben die „Qualitätsmedien“ immer ungenierter den Kurs der jeweiligen Regierung übernommen. Mehr noch, sie sind zu deren Propagandisten degeneriert. Fast könnte man sagen, daß sie sich mit der politischen Elite verschmolzen haben. Anhand dreier Beispiele läßt sich diese These belegen:

Am 5. Dezember 2023 füllte ein Interview mit dem ehemaligen NATO-Oberbefehlshaber Philip Breedlove eine ganze Seite in der „Berliner Zeitung“. Daß ein hochdekoriertes Betonkopf-Militär seine Hintertreppenanalysen vermarkten will, verstehe ich. Aber daß die das Interview führenden Vertreter der „Berliner Zeitung“, Nathan Gierzew und Maximilian Both, die mehr als fragwürdigen Fehldeutungen (um nicht zu sagen Lügen) unwidersprochen hingenommen und sogar Breedloves Satz „Viele haben Angst vor einem Sieg der Ukraine“ als Überschrift geduldet haben, ist angesichts der täglich verkündeten Durchhalteparolen der Baerbocks, Strack-Zimmermanns und Kiese wetters ein Hintertreppenwitz. Breedlove bringt in der neunten Zeile von unten einen einzigen richtigen Satz zustande: „Wir hätten den russischen Einmarsch verhindern ... können.“ Richtig. Aber für einen hochdekorierten NATO-Strategen gibt es nur eine Erklärung, nämlich die, daß man rechtzeitig westliche Truppen hätte in die Ukraine abkommandieren müssen. Seine Interviewpartner vermieden es, nach Minsk 2 und der nahezu unterschrittsreifen Vereinbarung (mit dem Städtenamen Istanbul verbunden) zu fragen. In beiden Fällen waren es die USA mit ihren europäischen Vasallen, die Minsk 2 lediglich genutzt haben, um die Ukraine mit Waffen aller Art zu füttern – sie haben ein mögliches Friedensabkommen im Frühjahr des letzten Jahres planmäßig scheitern lassen. Der Ex-NATO-Oberbefehlshaber verbreitet eine handfeste und von seinen Interviewpartnern unwidersprochen hingenommene These, in der er behauptet, daß die Friedensverhandlungen nicht daran gescheitert seien, daß der Westen „angeblich die Ukraine zum Weiterkämpfen gedrängt“ habe. Aber genau das war die Mission, mit der Boris Johnson im Auftrag der USA angemeldet nach Kiew gereist ist: Weiterkämpfen, bis Rußland besiegt sein wird, oder bis zum letzten Ukrainer. Erinnerung sei an den kurzzeitigen Präsidenten Georgiens Saakaschwili. Der glaubte, sich mit Unterstützung der USA die autonomen Republiken Südossetien und Abchasien unter den Nagel reißen zu können. Nun sind beide Republiken unabhängige Staaten. Breedloves Behauptung, Rußland habe sich 20 Prozent des georgischen Staatsgebiets einverleibt, sind grober Unfug und hätten nicht unwidersprochen gedruckt werden dürfen. Fast noch



Washington, 7. Februar 2022: Joseph Biden klärt Olaf Scholz bei dessen Antrittsbesuch als Kanzler auf. Beseitigung von Nord Stream 2? „Ich verspreche Ihnen: Das werden wir schaffen.“

etwa 30 000 Einwohnern ein. Am 31. März veröffentlichte der Bürgermeister Butschas ein Video, in dem er seine Freude über den Abzug der Russen mitteilte. Er verlor dabei kein einziges Wort über irgendwelche Verbrechen. Erst am zweiten April tauchten die Bilder der Toten auf den Straßen der Stadt auf, ohne sichtbare Zeichen davon, daß sie dort schon mehrere Tage gelegen hätten. Butscha ist eine Kleinstadt. Die dort lebenden Tiere, u. a. Füchse, Hunde, Krähen, haben vor Toten keinen Respekt. Das wechselhafte Wetter und nächtlicher Frost hätten auch Spuren hinterlassen müssen. Es war eine Inszenierung für einen einzigen Zweck: die laufenden Verhandlungen zwischen Rußland und der Ukraine zu sabotieren. Bereits auf dem NATO-Treffen am 24. März, also vier Tage bevor sich die russischen Truppen im Glauben auf ein positives Verhandlungsergebnis zurückgezogen haben, versuchte der auch anwesende Joe Biden seine Verbündeten auf einen Abbruch der Verhandlungen einzuschwören. Da aber die Verhandlungen bereits sehr weit fortgeschritten waren und auch Selenskij explizit einen Abbruch der Verhandlungen abgelehnt hatte, wurde der damalige Premier Boris Johnson

für die Fortsetzung des Krieges bis zum letzten Ukrainer.

Nur mit Waffen Frieden schaffen?

„Wir führen Krieg gegen Rußland“, verkündete vor einigen Monaten die deutsche Außenministerin. Die verhalten gesprochene und geschriebene Kritik beschränkte sich vornehmlich auf die Mahnung, die Chefdiplomatin möge doch dafür sorgen, das Wahrnehmungsmanagement ihrer Mitarbeiter und Redenschreiber besser in den Griff zu bekommen. Man dürfe einen Befund denken, aber bitte nicht in alle Welt hinausposaunen. Indes, wo Deutschlands Chefdiplomatin recht hat, hat sie recht. Der gezielte Abbruch der Istanbul Verhandlungen und die blitzschnelle Umerziehung Selenskij hätte allen Menschen, die des Lesens, Hörens und Sehens mächtig sind, endgültig davon überzeugen müssen, daß die USA einen gegen Rußland gerichteten Krieg führen, den sie – sollen wir sagen seit 1990, seit 1945 oder gar seit 1917 – geplant hatten und in dem die Ukraine heute als Verbrauchsprodukt mißbraucht wird. Noch direkter hat es Wladimir Putin am ersten

kläglich und bar jeder Vernunft und Sachkenntnis ist seine Auslassung, Rußland sei in Syrien eingefallen. Breedlove sollte sich über die Grundregeln des Völkerrechts belehren lassen. Aber mit solchen Bagatellen hat er sich wohl noch nie beschäftigt.

Ein zweites Beispiel: Was tun, wenn der Russe uns den Gashahn zudreht? Das war über Jahrzehnte hinweg allenfalls eine nur am Rande hypothetisch gestellte Frage. Warum? Weil die Sowjetunion und danach Rußland in puncto Zuverlässigkeit als Lieferanten russischer Energie nicht zu überbieten waren. Aber schon einige Jahre vor dem Maidan-Putsch haben vor allem die Grünen die Frage mit der Forderung verknüpft, daß man sich von Rußland unabhängig machen müsse. Der Wunsch als Vater ihrer Gedanken ging mit US-amerikanischer Hilfe (Nordstream-2-Zerstörung) in Erfüllung. Als Bundeskanzler Scholz in seiner Neujahrsansprache vermeldete, daß es Rußland war, das „uns“ den „Gashahn abgedreht hat“, gab es meines Wissens keinen „Qualitätsjournalisten“, der diese offenkundige Lüge mit dem bestens dokumentierten Sachverhalt zu konfrontieren versucht hat. Es war die Bundesregierung, die der mit Gas gefüllten Pipeline Nordstream 2 am 22. Februar, also noch vor Beginn der russischen Militärmission in der Ukraine, die Inbetriebnahme verweigert hat. Hinzu kommen die Sanktionen der westlichen Länder, welche die vertraglich gestützte Wartung der Turbinen von Nordstream 1 verhindert haben, was letztendlich zur Einstellung des Gasflusses geführt hat. Generell läßt sich sagen, daß alle Probleme, die auf das Konto der Ampel gehen (Krise der finanziellen Lage, Preissteigerungen, Wohlstandsverluste, Energiepolitik u. a.) mit dem Mantra „Der Russe war’s“ erklärt werden bzw. mit der Behauptung, der „russische Angriffskrieg“ habe „uns“ das eingebrockt. Auf diese Weise wird der gesunde Menschenverstand der Bürger auf dreiste Art und Weise verhöhnt. Sie werden von den verantwortlichen Politikern Arm in Arm mit den Medien flächendeckend desinformiert. Daß die Anwendung von Gewalt vor Diplomatie die Maxime der beherrschend auftretenden „werteorientierten“ Außenpolitik Annalena Baerbocks ist, wurde und wird nahezu unkommentiert hingenommen. Auch ihr Hobby, Greuelpropaganda zu verbreiten, findet so gut wie kein kritisches Medienecho. Mit ihrer Behauptung aber, daß Putin 40 Millionen Ukrainer ermorden wolle, sollte sie ihr Konto überzog haben. Nicht doch, der „Tagesspiegel“ hat dieser absurden Lüge in einem Interview nichts entgegengesetzt und „gibt damit“, wie Gert Ewen Ungar schreibt, seinen „journalistischen Anspruch vollkommen preis“.

Drittes Beispiel: Wir bleiben beim „Tagesspiegel“: Sein Chefredakteur heißt Stephan-Andreas Casdorff. Im Gleichschritt mit den Ampelmännern und -frauen bemüht er sich mit seinem Kommentar vom 16. Dezember, seine Leserinnen und Leser in Endsiegstimmung zu versetzen. Die Ukraine dürfe nicht verlieren, hieß es über Monate. Diesen kategorischen Imperativ ergänzt Casdorff sehr originell mit dem Satz „Israel darf

nicht verlieren“. In dreister Umkehrung der Abläufe unterstellt er Rußland einen Eroberungs- und Vernichtungswillen der Ukraine, obwohl Rußland seit Jahren nicht mehr, aber auch nicht weniger einfordert, als daß der Westen seine Sicherheitsinteressen mit entsprechenden Konsequenzen völkerrechtlich bindend anerkennt. Diesen Sachverhalt verschweigt Casdorff, wie er ebenso verschweigt, daß das Netanjahu-Regime eine finale Lösung für Gaza anstrebt, eine Auslöschung der palästinensischen Bevölkerung in Gaza, also eine Nakba 2.0 ins Auge faßt. „Ohne Zögern, ohne Angst“ müsse Deutschland in bedingungsloser Solidarität zur Ukraine stehen, nicht nur mit Worten, sondern auch materiell. Der Ukraine müsse „endlich das geliefert werden, was sie braucht für ihren Kampf um Land und Demokratie“. Und für die Hamas gilt das, was auch die kriegs-süchtige Baerbock gesagt hat: Ein Waffenstillstand würde nichts bewirken, die Hamas müsse besiegt werden. Stimmenthaltungen seien „keine Haltung“. Vermutlich wurde Casdorff über einen der Kurznachdienste für seinen Kommentar von den Kriegssüchtigen um Strack-Zimmermann, Hofreiter, Kiesewetter belobigt. Die Überschrift seines Kommentars lautete übrigens: „Ohne Zögern, ohne Angst – die Bundesregierung darf unsere Werte nicht verraten“. Den Angriff auf den Gazastreifen als einen Krieg zur Rettung der westlichen Zivilisation und ihrer Werte zu verkaufen, ist nicht neu. Ob in Afghanistan oder in der Ukraine – stets ging es angeblich um den Erhalt der westlichen Werte. Schon in den 60er Jahren hat der damalige Regierende Bürgermeister Westberlins, Klaus Schütz, auf die Frage, was denn die USA in Süd vietnam zu suchen hätten, geantwortet: „Sie verteidigen dort unsere Freiheit.“ Die Springer-Presse stand ihm zur Seite. Eine wichtige Komponente der eingangs genannten Gesinnungswende ist der Umgang mit allen, die sich ihren kritischen Blick nicht verbieten lassen wollen. Wie leicht es ist, als „Antisemit“ an den Pranger gestellt zu werden, war schon vor dem 7. Oktober zu beobachten. Nun aber werden alle, die sich nicht den juristisch unhaltbaren Begriff der „Staatsräson“ zu eigen machen und das militärische Vorgehen Israels auch nur mit einer Silbe kritisieren, inzwischen mit dem zum Allerweltswort umdefinierten Begriff „Antisemit“ gebrandmarkt. – Justus Frantz, der Gründer des Schleswig-Holstein-Festivals, ein musikalischer Kosmopolit, der einst u. a. Leonard Bernstein eingeladen hatte, mußte unter Beifall der Bild-Zeitung („Putinversther“) aus dem Festival ausscheiden. Begründung des Intendanten Christian Kuhnt: das Engagement von Frantz in Rußland. Beispiele zahlloser ähnlicher Handlungen der Inquisitoren der „regelbasierten“ westlichen Werte (Casdorff ist einer dieser Inquisitoren) würden ein „RotFuchs“-Sonderheft füllen.

Greuel taten in Gaza und westliche Werte

Caitlin Johnstone, eine unabhängige Journalistin aus Melbourne, hat in einem Beitrag „Die Greuel taten in Gaza sind die perfekte Verkörperung der westlichen Werte“ die Wertmaßstäbe neu vermessen und kommt

zu einem ganz anderen Befund: „Die westliche Zivilisation hat sich jahrhundertlang in hohem Maße auf Krieg, Völkermord, Diebstahl, Kolonialismus und Imperialismus gestützt, wobei sie sich auf Narrative stützte, die auf Religion, Rassismus und ethnischer Vorherrschaft beruhten – all dies erleben wir heute bei der Einäscherung von Gaza. Was wir in Gaza sehen, ist eine viel bessere Darstellung dessen, was die westliche Zivilisation wirklich ausmacht, als all das Geschwätz über Freiheit und Demokratie, das wir in der Schule gelernt haben. Eine wesentlich bessere Darstellung der westlichen Zivilisation als all die Kunst und Literatur, zu der wir uns im Laufe der Jahrhunderte mit Stolz beglückwünscht haben. Eine weitaus bessere Darstellung der westlichen Zivilisation als die Liebe und das Mitgefühl, von denen wir gerne vorgeben, daß sich unsere jüdisch-christlichen Werte um sie drehen. Es ist so surreal, den westlichen Rechten dabei zuzusehen, wie sie inmitten der Zombie-Wiederauferstehung der Islamophobie der Bush-Ära im Jahr 2023 darüber schwadronieren, wie wild und barbarisch die muslimische Kultur sei, sogar während die westliche Zivilisation einen Berg von zehntausend Kinderleichen anhäuft. Dieser Berg von Kinderleichen repräsentiert die westliche Kultur viel besser als alles, was Mozart, da Vinci oder Shakespeare je geschaffen haben. Wir sagen, daß wir Freiheit, Gerechtigkeit, Wahrheit, Frieden und freie Meinungsäußerung schätzen, aber unsere Handlungen zeichnen ein ganz anderes Bild. Die wirklichen westlichen Werte – das eigentliche Produkt in der Kiste unter dem attraktiven Etikett – sind die, welche Sie heute in Gaza ausgelebt sehen ... Die westliche Zivilisation hat sich dort ausgebreitet, wo Julian Assange im Februar seine letzte Berufung gegen die Auslieferung durch die USA erwartet, weil er als Journalist Kriegsverbrechen der USA aufgedeckt hat. Wo wir ununterbrochen mit einer Flut von Massenmedienpropaganda gefüttert werden, um unsere Zustimmung zu Kriegen und Aggressionen zu erzeugen, die allein im 21. Jahrhundert Millionen Menschen getötet und vertrieben haben. Und wo wir durch fade Unterhaltung und künstliche Kulturkriege abgelenkt werden, damit wir nicht zu sehr darüber nachdenken, was diese Zivilisation ist und wen sie tötet, verstümmelt, aushungert und ausbeutet.“

Hans Schoenefeldt

Annalena Baerbock vor einem Jahr:
„Wir wollen Rußland ruinieren.“

Christian Lindner im Januar 2024:
„Putin will unseren Lebensstil zerstören mit all unseren weltoffenen liberalen Werten.“

Ein Unternehmensberater:
„Wenn Putin unseren Lebensstil zerstören will, dann kommt er zu spät. Die Ampel war schon da.“

Frieden und gemeinsame Sicherheit auch mit Rußland

RF dokumentiert Auszüge aus dem Vortrag von Gabriele Krone-Schmalz, den sie am 10.12.23 auf dem bundesweiten Friedensratschlag in Kassel hielt.

Es ist schon abenteuerlich, wie viele Selbstverständlichkeiten mittlerweile in Frage gestellt werden. Dazu gehört eben auch, daß es Frieden und Sicherheit auf dem europäischen Kontinent nur *mit* Rußland geben kann und nicht *ohne*, und *gegen* Rußland – so wie jetzt praktiziert – schon gar nicht. (...) Wer das Schlimmste verhindern will, muß argumentieren, muß aufklären, muß Lügen entlarven und darf vor allen Dingen nicht resignieren oder sich vom Gegenwind umpusten lassen. Und (...) muß nach wie vor den Dialog, die Debatte anbieten und nicht selbst zur Polarisierung beitragen.

Um über diese Dinge substantiell zu diskutieren, ist es nötig, belastbare Grundlagen zu liefern, sowohl in den Medien als auch in der Wissenschaft. Es ist nötig, auch wenn es schwerfällt, politische Analyse nicht durch Moral ersetzen zu wollen. Es ist nötig, Wissenschaft und Aktionismus auseinanderzuhalten und denjenigen Einhalt zu gebieten, die ihre persönlichen Ansichten mit dem Gütesiegel von Wissenschaftlichkeit versehen, obwohl sie in dieser Angelegenheit nie geforscht haben.

Es ist nötig, die Räume zu schaffen, in denen um die besten und die praktikabelsten Lösungen gestritten werden kann – das ist durchaus nicht immer identisch, leider. Aber dazu ist es nötig, wieder mit dem Begriff Respekt zu operieren. Seinem Gegenüber bis zum Ende des Gedankens zuzuhören,

wirklich Landgrenzen, nicht die Küsten – erstrecken sich über ca. 20 000 km.

Rußland ist eingekreist von NATO-Ländern und NATO-Stützpunkten, vor allem Richtung Westen. Die USA unterhalten zahlreiche Militärbasen in Europa. In Polen und Rumänien wurden Raketenabwehrsysteme installiert, die sich technisch relativ leicht in Angriffssysteme umrüsten lassen.

Nebenbei: Rußland hat nur 11 Stützpunkte außerhalb des eigenen Landes, davon sind 9 in unmittelbarer Nähe Rußlands; die USA unterhalten knapp 800 Stützpunkte in etwa 70 Ländern dieser Welt.

Ist es da wirklich so schwer nachzuvollziehen, daß Rußland ein Interesse an einer verlässlichen Sicherheitsarchitektur hat? Wie kann man ernsthaft annehmen, daß sich Rußland von der immer weiter heranrückenden NATO inklusive ihrer Infrastruktur nicht bedroht fühlen könnte, schon gar, wenn es auch Länder wie Georgien oder die Ukraine betrifft? Eine kluge Sicherheitspolitik müßte diese Lage doch einkalkulieren. Das ist aber nicht einmal im Ansatz auf irgendeiner Agenda zu finden.

Fakt ist, daß bei nahezu allen Konflikten und Kriegen auf unserem Planeten mehr als zwei Kontrahenten die Finger im Spiel haben. Auf der Suche nach Zusammenhängen – die man kennen muß, um zu tragfähigen Lösungen zu kommen – empfiehlt es sich, die jeweiligen Interessen herauszufinden und zu benennen. (...)

In den USA zeigt sich, daß sich die Kräfte, die das „leidige Thema Ukraine“ abhaken möchten, verstärkt zu Wort melden. Wobei die Hardliner eher bei Blinken im Außenministerium sitzen, also bei den Zivilisten, und die mehr Verhandlungsbereiten ausgerechnet im Verteidigungsministerium.

Uns in Europa sollte jedenfalls klar sein, daß es den Blickwinkel verändert, wenn sich zwischen dem eigenen Land und dem Kriegsgebiet ein breiter Ozean befindet. Und – daß sich die außenpolitischen Entscheidungen der immer noch stärksten Macht der Welt durchaus an deren innenpolitischen Überlegungen orientieren, schon gar in Vor-Wahl-Zeiten wie jetzt. Und die Ukraine wäre nicht das erste Land, aus dem sich die USA überhastet zurückziehen.

Das Interesse des sogenannten militärisch-industriellen Komplexes ist klar. An bessere Zeiten kann man sich kaum erinnern. Ein lang andauernder Abnutzungskrieg ist ein gutes Geschäft mit dem erfreulichen Nebenaspekt, daß Rußland geschwächt wird. Waffenstillstand oder gar Friedensverhandlungen stehen da eher nicht an erster Stelle.

Das Problem in Europa besteht darin, daß es trotz aller beschworenen Gemeinsamkeit keine geschlossene europäische Außenpolitik gibt, schon gar nicht gegenüber Rußland. Aus meiner Sicht war es ein großer Fehler, daß man in der EU immer mehr denjenigen Ländern das Sagen in der europäischen Außenpolitik überlassen hat, die noch offene Rechnungen mit Moskau haben. (...)



Kassel, 10. Dezember 2023:
Gabriele Krone-Schmalz bei ihrem Vortrag auf dem Friedensratschlag

Wenn man sich Gedanken darüber macht, welche Politik gegenüber Rußland die richtige ist, dann gilt es, eine Grundsatzfrage zu klären. Nämlich: Ist Rußland auf einem expansionistischen Kurs, bei dem die Ukraine nur den Anfang darstellt? Oder ging und geht es Rußland um eine funktionierende Sicherheitsarchitektur? Darüber kann und muß man streiten. Aber für diesen seriösen Streit gibt es keinen Raum. Im Gegenteil: Die gängige Lesart ist klar. Putin war schon immer ein Monster und jetzt zeigt er sich auch so. Und die sogenannten Entspannungspolitiker früherer Jahre tragen eine Mitschuld an diesem Krieg, weil Putin nur klare Kante versteht.

Man könnte es natürlich auch umdrehen: Hätten sich die Entspannungspolitiker mit ihrer Politik wirklich durchsetzen können, dann hätte es diesen Krieg nie gegeben. Stichwort: NATO-Osterweiterung, Geltung von Abrüstungsverträgen.

selbst wenn man sich nicht leiden kann. Mit Engagement überzeugen zu wollen, aber eben auch die innere Bereitschaft und die Größe zu haben, sich selbst überzeugen zu lassen. (...)

Dann werfen wir doch mal einen respektvollen Blick auf die russische Perspektive zum Thema Sicherheit und Frieden, ohne von vorneherein alles als Propaganda abzuqualifizieren. Da ist es zunächst mal hilfreich, die beiden großen Kontrahenten des Kalten Krieges – die USA und die Sowjetunion bzw. Rußland – geografisch zu vergleichen. Die USA haben westlich und östlich von sich Ozeane vor der Tür, keine feindlich gesinnten Länder. Im Norden befindet sich Kanada, selbst NATO-Mitglied und im Süden Mexiko, von dem aus nun wirklich keine militärische Gefahr zu erwarten ist.

Bei Rußland sieht die Sache anders aus. Rußlands Landesgrenzen – also jetzt

Sowohl in der Ukraine als auch in Rußland müßte das Interesse eigentlich sein, diesen Krieg so schnell wie möglich zu beenden. Jeden Tag sterben sehr viele Menschen, wie viele genau, erfahren wir gar nicht.

Sowas wie Kriegsmüdigkeit – ein perverser Begriff, wie ich finde – ist schon eine ganze Weile auch in der Ukraine ein Thema. Die Berichterstattung darüber mußte man allerdings mit der Lupe suchen. Das scheint sich jetzt ein wenig zu ändern, wobei man in den sogenannten Leitmedien spürt, wie wenig man das wahrhaben will. Aber die Heroisierung des ukrainischen Präsidenten bricht langsam in sich zusammen.

Die Frage bleibt, wo ist der Ausweg aus dieser verfahrenen Situation?

Insofern wäre so ein Friedensplan, wie die Chinesen ihn vorgelegt haben, gar nicht so falsch, denn China bezieht sich darin nicht nur auf UN-Resolutionen, in denen es heißt, daß Verhandlungen so schnell wie möglich aufgenommen werden sollen, sondern China spricht von „resume talks“, also Gespräche wiederaufnehmen, und zwar an dem Punkt, an dem man Anfang April 2022 aufgehört hat, weil Boris Johnson, der damalige britische Premier, meinte, das sei nicht im Interesse der westlichen Staatengemeinschaft. Da liegt ja was auf dem Tisch, wo man anknüpfen kann, ohne sich mit den jetzt von beiden Seiten vorgetragenen Maximalforderungen herumschlagen zu müssen.

Aber wird darüber medial oder politisch ernsthaft debattiert? Nein. Denn was kann aus China schon Vernünftiges kommen?

Das ist ja auch so ein Ding: Es sind nicht die Europäer, die sich in Moskau und Kiew die Klinke in die Hand geben auf der Suche nach Lösungen, sondern Chinesen oder Brasilianer oder Afrikaner, aber eben keine Abordnungen aus der EU. Ein deutsch-französisches Tandem wäre ja auch denkbar. (...)

Also – wo läßt sich in dieser hochgradig komplizierten Gemengelage ansetzen?

Von ukrainischer Seite heißt es ja, Rußland hat sich diverse Gebiete rechtswidrig angeeignet, also muß es sich auch vollständig aus diesen Gebieten zurückziehen, bevor man überhaupt an Verhandlungen denken kann. Diese Position wird auch von nicht wenigen westlichen Staaten vertreten, die die Ukraine unterstützen.

Das mag ja nach Gerechtigkeit klingen, ist aber naiv und unrealistisch. Das wissen auch die Entscheidungsträger in Washington und in westlichen europäischen Hauptstädten.

Es wird gar nichts anderes übrigbleiben, als diese territorialen Fragen, so gut es geht, auszuklammern. So sehen das auch diverse Forschungsinstitute, die dazu konkrete Vorschläge machen und zivile Verwaltungen unter internationaler Kontrolle ins Spiel bringen. Es gibt auch einen sehr detaillierten Plan, den Harald Kujat, Horst Teltschik, Hajo Funke und Peter Brandt ausgearbeitet haben. Jeder ein Profi auf seinem Gebiet. Aber meines Wissens ist diese Abhandlung nur in der Berliner Zeitung aufgetaucht, nachdem sie in der Schweiz erstmals veröffentlicht wurde. In Deutschland wird so etwas eher als Vaterlandsverrat aufgefaßt und im besten Falle ignoriert.

Dabei gibt es historische Vorbilder, an denen man sich grob orientieren könnte.

Nach dem Ersten Weltkrieg wollte sich Frankreich das Saarland einverleiben, aber im Versailler Vertrag wurde es 1919 zum Mandatsgebiet des Völkerbundes erklärt, der Vorläuferorganisation der UNO. Der Völkerbund stellte das Saarland 1920 unter französische Verwaltung. Völkerrechtlich blieb es allerdings Teil des Deutschen Reiches. Nach 15 Jahren, also 1935, fand eine Volksabstimmung statt, in der sich 90 Prozent gegen eine Angliederung an Frankreich und für eine Rückkehr ins Deutsche Reich entschlossen.

Was wäre denn, wenn die Krim und die anderen von Rußland beanspruchten Gebiete zum Mandatsgebiet der UN erklärt würden, sie völkerrechtlich bei der Ukraine blieben, Rußland aber mit der Verwaltung betraut wäre? Auf diese Weise würde sich am Status quo zunächst nicht viel ändern, er bekäme aber einen rechtlichen Unterbau. Nach einer Frist, über die man sich verständigen müßte, könnte die UN einen Volksentscheid durchführen, in dem sich die Bevölkerung für die Ukraine, für Rußland oder eine vollkommene Unabhängigkeit aussprechen könnte. Dieser Volksentscheid wäre international anerkannt und würde respektiert werden müssen.

Das oder etwas Vergleichbares kann natürlich nur funktionieren, wenn der politische Wille da ist, der politische Wille, aus diesem Teufelskreis auszubrechen und sich von den Kategorien des Hasses und der Vergeltung zu befreien. (...)

Wie groß das Risiko ist, das „unsere“ Politik mittlerweile eingeht, und zwar ohne sich dafür sachlich zu rechtfertigen, zeigt folgender Punkt. Bundeskanzler Scholz betont ja immer mal wieder, man wolle trotz der Unterstützung der Ukraine und trotz der Waffenlieferungen nicht zur Kriegspartei werden. Das ist ja durchaus von existenzieller Bedeutung für uns alle. Und deshalb ist es so wichtig zu wissen, wo genau da die Grenzlinie verläuft, die man möglichst nicht überschreiten sollte. Dazu gibt es eine erhellende Auskunft des wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages. Auf eine entsprechende Anfrage war die Antwort – und zwar bereits am 16. März 2022 – also schon vor gut anderthalb Jahren: nicht mit den Waffenlieferungen, aber mit der Ausbildung von Soldaten verlasse man den gesicherten Bereich der Nicht-Kriegsteilnahme. D.h., wir befinden uns bereits seit geraumer Zeit außerhalb des gesicherten Bereichs. Die Bundeswehr hat sogar eine Führungsrolle innerhalb eines EU-Ausbildungsprogramms übernommen.

Im November hat der dafür zuständige Bundeswehr-Generalmajor Christian Freuding nicht ohne Stolz verkündet, daß seit Kriegsbeginn 8 000 ukrainische Soldaten eine Ausbildung bei der Bundeswehr durchlaufen haben. Es hängt also nicht mehr von uns ab, ob wir Kriegspartei sind oder nicht, sondern von der Wahrnehmung in Moskau.

Müßte über derlei – im wahrsten Sinne des Wortes – existenzielle Fragen nicht offen und öffentlich debattiert werden? Wie weit gehen

wir denn in der Unterstützung der Ukraine, wenn wir damit den eigenen Interessen schaden, nicht nur wirtschaftlich, sondern mit Blick auf Krieg und Frieden? Was ist denn mit dem Eid, den Bundeskanzler und Minister bei Amtsantritt feierlich ablegen, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden? Was ist denn mit dem Friedensgebot im Grundgesetz? (...) Ich habe den Eindruck, daß sich die Mehrheit in unserer Gesellschaft – schon gar die schweigende – weniger Kriegsrhetorik und mehr diplomatische Ansätze wünscht; daß sie nichts von diesen Ausschuß- und Verweigerungspraktiken hält, nach dem Motto: Man kann erst reden, wenn diese oder jene Vorbedingung erfüllt ist. Menschen haben in der Regel ein feines Gespür für Symbolpolitik und wünschen sich eher konstruktive Aktivitäten als Verweigerung.

Den folgenden Gedanken möchte ich zum Thema Interessen nicht unterschlagen.

Seit ca. 100 Jahren ist es das erklärte politische Ziel der USA, eine enge Zusammenarbeit auf dem eurasischen Kontinent zu verhindern. Das ist (...) in offiziellen Papieren nachzulesen. Aus Sicht der USA ist das ein legitimes Ziel, das sie (...) nun auch erreicht haben.

Der Krieg ist ein gigantisches Wirtschaftsförderprogramm. Nebenbei: Im Gegensatz zu Deutschland und meines Wissens auch den anderen Ländern der EU verschenken die USA ihre Waffen nicht, sondern leasen sie und für einen Teil übernimmt die EU die Kosten. Und – die USA werden endlich in Mengen ihr teures und umweltschädliches Fracking-Gas los.

Es wird Zeit, europäische Interessen zu definieren – schwer genug, aber für Europa lebensnotwendig, denn um uns herum bilden sich neue Allianzen von Ländern, die die europäisch-amerikanische Bevormundung satt haben und eigenes Selbstbewußtsein entwickeln. Nur jemand mit eurozentristischem Blick und einer gewissen Arroganz kann behaupten, Rußland sei isoliert. (...)

Jetzt werden Weichen gestellt, mit weitreichenden Konsequenzen. (...)

Zur Blickwinkelweiterung gehört auch, sich klarzumachen, wie viele Millionen und Milliarden Menschen in anderen Teilen der Welt sitzen, mit völlig anderen Interessen und nicht so zu tun, als hätten „Wir“ – was immer das genau ist – die Deutungshoheit über globale Prozesse.

Ich würde mir wünschen, daß junge Menschen, die mit ihrem Engagement im Kampf gegen den Klimawandel Gesellschaften weltweit aufgerüttelt haben, das Thema Frieden entdecken und sich dafür mit der gleichen Kraft einsetzen. (...)

Die Voraussetzung dafür, fundierte Entscheidungen zu treffen, ist, so umfassend wie möglich informiert zu sein, über Hintergründe Bescheid zu wissen, Zusammenhänge zu erkennen. Das ist anstrengend und mühsam. Niemand hat behauptet, daß Demokratie eine bequeme Angelegenheit ist.

Inhaltliche Auseinandersetzungen mit faktenbasierten Meinungen, streitbare, respektvolle Debatten um die besten Lösungen – darum geht es. Um nicht mehr, aber auch um nicht weniger. (...)

Friedensinitiativen – weltweit

2800 Fragen, 2800 Mal Schweigen. Im März 2023 startete das „Netzwerk Friedenskooperative“ eine breit angelegte E-Mail-Aktion. Die Teilnehmer wollten von Bundeskanzler Olaf Scholz wissen, wie er sich bisher für Friedensverhandlungen zwischen Rußland und der Ukraine eingesetzt habe. Als nach acht Monaten keine einzige Mail beantwortet war, sandte ihm das Netzwerk einen offenen Brief. Vielleicht hatte er die 2800 Mails schlicht vergessen, wie vieles andere auch? Nun kam eine Antwort, zwar nicht von Scholz, dafür aber von seinem Kanzleramt: „Die Bundesregierung hat sich bereits vor Beginn der russischen Invasion intensiv für eine diplomatische Lösung eingesetzt und tut dies weiterhin (...) mit unseren internationalen Partnern setzen wir uns weiter für einen umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden in der Ukraine ein“. Wäre es nicht todernst, ginge es nicht um zigtausende Tote auf den Schlachtfeldern der Ostukraine, könnte man ob der Dreistigkeit dieser Auskunft nur in schallendes Lachen ausbrechen. „Intensive diplomatische Bemühungen“? Bis dato hat die Bundesregierung Kriegshilfen von 27,8 Mrd. Euro in die Ukraine gepumpt, davon allein militärisches Gerät und Munition im Wert von 18 Mrd. Euro. Jede Rheinmetall-Granate ein Sendbote der Völkerverständigung, Frieden schaffen mit immer mehr Waffen? Glücklicherweise sind Reste funktionierender Vernunft außerhalb des Berliner Regierungsviertels noch halbwegs intakt, auch wenn sich ampeltreue Medienpladine zwei Jahre redlich bemüht haben, die Friedensdiplomatie auf internationalem Parkett zu verschweigen.

* Schon im März 2022 versuchte der frühere israelische Premierminister, Naftali Bennett, unterstützt vom türkischen Präsidenten Erdogan und Altbundeskanzler Gerhard Schröder, zwischen den Kriegsparteien zu vermitteln. Am 5.3.22 reiste Bennett auf Einladung Putins nach Moskau. Putin habe substanzielle Zugeständnisse gemacht, „der ukrainische Präsident erklärte sich im Gegenzug bereit, auf einen NATO-Beitritt zu verzichten“. Das erste Hindernis für einen Waffenstillstand schien beseitigt. Aber, so Bennett, Großbritannien und die USA hätten den Fortgang der Gespräche torpediert und auf eine Fortsetzung des Krieges gesetzt. Am 29.3.22 legte die ukrainische Seite ein Positionspapier vor, die russische Delegation formte daraus einen Vertragsentwurf („Istanbuler Kommuniqué“). Darin hieß es: „Die Ukraine erklärt sich selbst zu einem neutralen Staat (und) verpflichtet sich, keiner Militärkoalition beizutreten und keine ausländischen Militärstützpunkte oder Truppenkontingente aufzunehmen.“ Sperrfeuer kam durch einen auf den 24.3.22 einberufenen Sondergipfel der NATO. Der beschloß unter Vorsitz von US-Präsident Biden, die Friedensbemühungen

keinesfalls zu unterstützen. Rußland begann mit dem Truppenabzug aus den Regionen Charkow und Kiew, der Kreml ging offenbar davon aus, daß die NATO einlenken werde. Berichte wie der in der „Washington Post“ vom 5.4.22 zerstreuten diese Hoffnung: „Für einige in der NATO ist es besser, wenn die Ukrainer weiterkämpfen und sterben, als einen Frieden zu erreichen.“ Der britische Premier Boris Johnson kündigte sich überraschend für den 9.4.22 zum Blitzbesuch in Kiew an. Über das Treffen hüllte sich der Mantel des Schweigens, aus den Verlautbarungen westlicher Medien war allerdings herauszulesen, daß es

Neutralität annehmen und uns verpflichten würden, nicht der NATO beizutreten“. Dies sei „der entscheidende Punkt“ vor Abschluß des Istanbul-Kommuniqués gewesen. Nach der Intervention Johnsons, wollte die Ukraine von allem nichts mehr wissen.

* Am 18.5.22 sprach der italienische Außenminister Luigi Di Maio mit UN-Generalsekretär Antonio Guterres über einen Vierstufenplan zum Frieden: Waffenstillstand, Neutralität der Ukraine, schrittweise Regelung territorialer Fragen (Krim und Donbass) unter dem Dach eines neuen europäischen Sicherheitspakts. Die Reaktion des russischen Vize-Außenministers Andrej Rudenko: „Wir sind bereit, die Verhandlungen wieder aufzunehmen, sobald die Ukraine eine konstruktive Haltung zeigt und zumindest eine Reaktion auf die ihr unterbreiteten Vorschläge vorlegt.“ Die Ukraine aber lehnte strikt ab und erklärte, sie werde sich „alles zurückholen“, was sie verloren habe (Selenskyj, TV-Ansprache vom 19.5.22).

* Am 6.6.22 traf sich im Vatikan auf kirchliche Initiative eine internationale Arbeitsgruppe. In ihrer am 15.6.22 veröffentlichten Resolution wurde festgestellt: „Für die Ukraine bedeutet Sicherheit, daß einem Friedensabkommen keine erneuten russischen Drohungen folgen werden. Für Rußland bedeutet Sicherheit, daß dem Rückzug aus der Ukraine nicht die Osterweiterung der NATO und schwere Waffen in die Ukraine folgen werden.“ Unterzeichner waren u.a. Professor Jeffrey D. Sachs (Columbia University) und der Sachmat Michael von der Schulenburg (ehemals stellvertretender Generalsekretär der Vereinten Nationen). Die Initiative stieß in USA und EU auf völlige Ignoranz. NATO-affine Think-Tanks wie die „Stiftung Wissenschaft und Politik“ (SWP) wußten warum: Der Papst wiederhole „altbekannte russische Propaganda.“ Ja, so einfach ist das.

* Der mexikanische Präsident Andrés Manuel Lopez Obrador kündigte am Unabhängigkeitstag Mexikos (16.9.22) eine Friedensmission an. Wenige Tage später, auf der 77. Vollversammlung der Vereinten Nationen, konkretisierte Mexikos Außenminister Marcelo Ebrard das Vorhaben: Der Papst, der UN-Generalsekretär und der indische Ministerpräsident Narendra Modi sollten ein Gespräch zwischen der Ukraine und Rußland mit dem Ziel eines Waffenstillstands initiieren. Der kolumbianische Regierungschef Gustavo Petro und der senegalesische Präsident Macky Sall riefen die europäischen Staaten auf, sich an der Initiative zu beteiligen. Die EU schwieg, Rußland bekundete Interesse. Der persönliche Berater Selenskijs, Myjaïlo Podolyak, schloß Verhandlungen kategorisch aus. Obrador wolle nur „den Krieg nutzen, um für sich Werbung zu machen“.

* Unter dem Motto „Ziel ist der Frieden auf der Welt“ startete die Ukraine im Dezember



DGB-Plakat 1983
Eingesandt von Wilfried Bader, Tirol

fortan allein um die Fortsetzung des Krieges gehen sollte, von seinem friedlichen Ende redete niemand mehr. Im gleichen Atemzug wurden Erdogan und Schröder als willfähige „Putinverstehler“ diskreditiert. Am 25.4.22 besuchte US-Kriegsminister Lloyd Austin Kiew. Seine Botschaft: Die Ukrainer „können gewinnen, wenn sie die richtige Ausrüstung und Unterstützung haben“. In der „Ukrainka Pravda“ vom 5.5.22 schließlich las man: „Johnson brachte zwei einfache Botschaften mit nach Kiew. Die erste lautet, daß Putin ein Kriegsverbrecher ist; man sollte Druck auf ihn ausüben, nicht mit ihm verhandeln. Die zweite lautet, daß ... der kollektive Westen nicht bereit ist ... Vereinbarungen über Garantien zu unterzeichnen“. Der frühere ukrainische Vize-Außenminister Alexander Tschalyn erinnerte sich an das Treffen in Istanbul: Die Russen „waren bereit, den Krieg zu beenden, wenn wir – wie einst Finnland – die

2022 eine „Friedensmission“ ganz eigener Art: Außenminister Dmytro Kuleba schlug einen „Internationalen Friedensgipfel“ vor. Allerdings müsse zuvor ein internationales Kriegsverbrechertribunal gegen Rußland erfolgreich durchgeführt werden, zudem habe Rußland sich auf die Grenzlinien von 2013 zurückziehen. Das Büro des UN-Generalsekretärs lehnte dies als völlig „indiskutabel“ ab. Selenskij hatte am 4.10.22 bereits per Dekret jede Kontaktaufnahme mit dem Ziel eines Waffenstillstands verboten.

* Im Januar 2023 trat der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger auf den Plan. Hatte er noch am 6.3.14 erklärt, die Ukraine „dürfe Niemandes Vorposten sein“, hieß es nun: Einerseits müsse der Westen „verhindern, daß der Krieg zu einem Krieg gegen Rußland selbst wird“, andererseits aber solle Moskau den NATO-Beitritt der Ukraine schlucken. In Vorfreude auf die anstehende Gegenoffensive war Selenskij selbst dieser seichte Vorschlag zu „putin-freundlich“: Kissinger strebe eine „Wiederholung der Appeasement-Politik der Staatengemeinschaft gegenüber Adolf Hitler im Jahr 1938“ an.

* Der 30.1.23 bescherte Bundeskanzler Olaf Scholz eine schmerzliche Erfahrung. Er hatte sich nach Brasilien aufgemacht, um Munition für die an die Ukraine gelieferten Gepard-Panzer aufzutreiben, nachdem die Schweiz, Chile und Argentinien bereits abgewinkt hatten. Mit den Worten „Brasilien ist ein Land des Friedens. Und deswegen will Brasilien keinerlei Beteiligung an diesem Krieg – auch nicht indirekt“, wies Brasiliens Präsident Lula die Munitionsbettelei des Kanzlers zurück. Und setzte vor versammelter Welt- und Presse noch eins drauf: Er strebe einen Club von Ländern an, die „ernsthaft Frieden auf diesem Planeten schaffen wollen“. Deutschland gehöre nicht dazu, aber China. Unverrichteter Dinge packte Scholz seine Koffer. Lula wurde in der Folgezeit mehrfach aktiv, wenn es um die Förderung von Friedensinitiativen auf globaler Ebene ging. Sehr zum Mißfallen der Biden-Administration: Lula sei ein Papagei, der „russische und chinesische Propaganda nachplappere“ twitterte abfällig der Sprecher des „US Security Council“ John Kirby.

* Im Februar 2023 betrat die Volksrepublik China mit einem ambitionierten 12-Punkte-Friedensplan das diplomatische Parkett. Zentrale Forderung war die Wiederaufnahme der Friedensgespräche aus dem März 2022 unter Beachtung völkerrechtlicher Souveränität. In Einzelschritten sollten Regelungen zur Einstellung der Feindseligkeiten, dem Schutz von Zivilisten und Kriegsgefangenen, der Getreideexporte zur Ernährungssicherheit des globalen Südens, zur Beendigung der Sanktionen und zum Wiederaufbau der im Krieg zerstörten Regionen getroffen werden. Aus den Machtzentralen der EU und der NATO kam sofort ein entschiedenes „Nein“. Der Plan bedrohe unmittelbar das Gefüge der NATO. „Ein Friedensplan, der dem Westen nicht schmeckt. Dahinter versteckt sich eine Neuordnung der globalen Machtverhältnisse“, schrieb die „Berliner Zeitung“ vom 24.2.23. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg fantasierte

über Chinas „Plan, Rußland tödliche Hilfe“ (Waffenlieferungen) zu geben. Es sollte nicht der letzte Schwindel bleiben.

* Der 26.4.23 steht für einen weiteren Vorstoß des brasilianischen Präsidenten. Er forderte eine „G20 des Friedens“. Lula: „Die ständigen Mitglieder im UN-Sicherheitsrat sind die größten Waffenverkäufer der Welt. Vielleicht ist es an der Zeit, daß wir, die Länder, die keinen ständigen Sitz haben, die Stimme erheben“. Sein Appell scheiterte am Veto der NATO-Staaten in der G20.

* Im Mai 2023 kündigte Südafrikas Präsident Cyril Ramaphosa an, daß sich in Kürze die Regierungschefs Sambias, Senegals, Ugandas, Ägyptens und der Republik Kongo auf den Weg nach Moskau und Kiew machen, um Friedensgespräche mit den Spitzen Rußlands und der Ukraine zu führen. Wie schon bei der Initiative Chinas kam postwendend aus den USA die Unterstellung, Südafrika sei unglaubwürdig, da es Rußland mit Waffen beliefe (US-Botschafter Reuben Brigety). Die Afrikaner ließen sich nicht beirren, die Gespräche in Moskau und Kiew fanden statt. Am 17.6.23 meldete das ZDF, Putin habe an dem Zehn-Punkte-Friedensplan Interesse bekundet, Kiew lehne aber die Initiative ab.

* Indonesiens Verteidigungsminister Prabowo hatte auf einer Konferenz in Singapur am 3.6.23 einen Zwei-Punkte-Friedensplan vorgelegt. In Folge eines Waffenstillstands sollte die Kriegsparteien einen entmilitarisierten Korridor von 15 Kilometer Breite einrichten. Kiews Kriegsminister Oleksii Reznikov sagte ab: Die Einrichtung einer entmilitarisierten Zone klinge für ihn „nach einem russischen Plan“. Kurz darauf unternahm die Ukraine einen zweiten Anlauf, um auf einem Treffen in Kopenhagen Länder des globalen Südens von der Notwendigkeit eines Kriegsverbrecherprozesses gegen Putin als Bedingung zur Aufnahme von Friedensverhandlungen zu überzeugen. Abermals mißlang das Vorhaben. Das Ganze wiederholte sich am 6.8.23, als Regierungschefs und Diplomaten aus 40 Ländern im saudi-arabischen Dschidda zusammenkamen. Die „ukrainische Friedensformel“ (Abzug russischer Truppen, Kriegsverbrecherprozeß) fand keine Freunde. Die Konferenz endete ergebnislos.

* Im September 2023 war das Scheitern der ukrainischen „Gegenoffensive“ abzusehen. Die Option, durch Lieferung von Waffen, Munition, milliardenschwere Finanzspritzen und 12 EU-Sanktionspakete der Ukraine zum militärischen Sieg zu verhelfen, war verspielt. Begleitet durch das Wehklagen von Pistorius und Co. über die allseits grassierende „Kriegsmüdigkeit“, war die Friedensliebe in der Mitte der deutschen Zivilgesellschaft angekommen. Als die von Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht gestartete Petition „Manifest für den Frieden“ im Spätjahr 2023 über 900 000 Unterzeichner verzeichnen konnte, legten General a.D. Harald Kujat, Ex-UN-Diplomat Michael von der Schulenburg, die Professoren Peter Brandt und Hajo Funke und der frühere Kanzlerberater Horst Teltschik einen detaillierten Friedensplan vor. Über den UN-Sicherheitsrat sollte ein Waffenstillstand erreicht werden, dem Verhandlungen

und eine neue europäische Friedensordnung folgen. Der Plan griff damit Elemente früherer Friedensinitiativen auf. Die bürgerliche Journaille hüllte sich abermals in ignoranten Schweigen. Angesichts der Vielstimmigkeit der sozialen Medien funktioniert das Totschweigen immer weniger, zumal die Gefolgschaft im eigenen Lager bröckelt: Das Scheitern der ukrainischen „Gegenoffensive“ stellt unter Beweis, daß die Prognose der Friedensinitiativen vom Frühjahr 2023 zutraf. Trotz milliardenschwerer Waffentransfers des Westens und hohem Blutzoll hat sich die Frontlinie nicht verschoben. Händeringend suchen die westlichen Militärstrategen derzeit nach Erklärungen, die ihr Desaster vertuschen und die Wege der militärischen Eskalation offenhalten sollen.

Schwierig, alle bei der Fahne zu halten. Der slowakische Ministerpräsident Robert Fico erklärte zum Jahresende, seine „Regierung glaube nicht mehr an eine militärische Lösung“, hunderttausende Opfer könne niemand wollen. Ähnlich die unsicheren NATO-Kantonisten Ungarn und Türkei. Diesseits und jenseits des Atlantiks redet man inzwischen offen über die politische Krise, in der EU und NATO stecken. Die Chancen für einen Frieden steigen nicht, solange der Fanatismus der Kriegsgewinnler die Oberhand hat. Trotz der Kriegshysterie des Westens hält Moskau den diplomatischen Weg offen. Leonid Sluzki, Chef der außenpolitischen Abteilung der russischen Staatsduma, betonte zum Jahreswechsel, daß Rußland an seiner Linie für Verhandlungen festhalte: Sicherheitsgarantien für Rußland und Neutralität für die Ukraine. Der Westen reagiert dümmlich, wie er es seit Februar 2022 oft genug geübt hat und wie es jüngst in einer „messerscharfen Analyse“ des „Institute for the study of war (IFSW)“ wieder zum Ausdruck kam. Die Friedensbereitschaft Rußlands sei Teil einer perfiden Taktik um die „westliche Militärhilfe für die Ukraine zu verzögern und zu untergraben“. Im Westen also nichts Neues. Der Rest der Welt weiß es allerdings besser.

Dr. Ralf Hohmann

Kleine Anmerkung über Zugausfälle

Ich höre oft das Wort Vernunft.
Warum wohl, ist sie wie ein Zug?
Auf den zu hoffen, früh genug,
Erwartet wird die Ankunft.

Einst Reisende, die ausgestiegen,
Gewiß mit viel Gepäck,
Sind, wie dies selbst scheint, weg.
Wie soll Vernunft dann siegen?

Verstreut in alle Winde nun
Samt dem Gepäck an Wissen
Und Können, das wir missen,
Heißt mit Vernunft: „was tun?“

Dies schon erprobt bei Lenin steht
Mit Antwort auch, wie's weitergeht.

E.Rasmus

Während die Hunde des Krieges bellen, lügen und stehlen, zieht die russisch-chinesische Karawane weiter

Das Jahr 2023 könnte für die Nachwelt als das Jahr der strategischen Partnerschaft zwischen Rußland und China bezeichnet werden.

In den ersten 11 Monaten des Jahres 2023 überstieg das Handelsvolumen zwischen Rußland und China 200 Milliarden Dollar; das sollte eigentlich erst 2024 erreicht werden. Beim Besuch einer großen Delegation in Peking Mitte Dezember unter der Leitung von Premierminister Michail Mischustin, der mit dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping zusammentraf, wurde das gesamte Spektrum der umfassenden Partnerschaft und strategischen Zusammenarbeit erneut beraten sowie eine Reihe neuer gemeinsamer Großprojekte beschlossen. (...)

Angesichts einer derart detaillierten geopolitischen Feinabstimmung ist es kein Wunder, daß sich die imperiale Reaktion in langen, verschlungenen „Analysen“ niederschlug, die zu erklären versuchten, warum sich Präsident Putin als „geopolitischer Sieger“ des Jahres 2023 entpuppt hat, dem es gelang, weite Teile der arabischen Welt und des globalen Südens, wie erklärt wird, zu „verführen“, die Bindung der BRICS-Staaten Seite an Seite mit China zu festigen und die EU weiter in ein schwarzes Loch zu stürzen, das sie sich selbst – zusammen mit dem Hegemon – geschaffen hat. (...)

Die chinesisch-russische Fernost-Symbiose

Eines der beeindruckendsten Merkmale der erweiterten Partnerschaft zwischen Rußland und China ist das, was für die nordöstliche chinesische Provinz Heilongjiang geplant ist.

Hier soll ein wirtschaftliches, wissenschaftliches Entwicklungszentrum entstehen, das sich auf die Provinzhauptstadt Harbin konzentriert und eine neue, weitläufige Sonderwirtschaftszone (SWZ) umfaßt.

Der entscheidende Punkt ist, daß dieses Mega-Zentrum auch die Entwicklung des riesigen russischen Fernen Ostens koordinieren würde, was auf dem Östlichen Wirtschaftsforum in Wladiwostok im vergangenen September eingehend erörtert wurde.

In einer einzigartigen Vereinbarung wird den Chinesen möglicherweise gestattet, ausgewählte Breitengrade des russischen Fernen Ostens für die nächsten 100 Jahre zu verwalten.

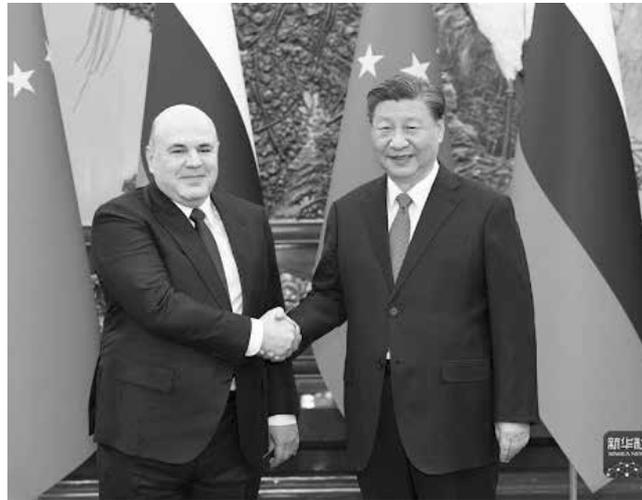
Peking veranschlagt dafür nicht weniger als 10 Billionen Yuan (1,4 Billionen Dollar). Die Hälfte davon würde von Harbin übernommen werden. Der Entwurf wird dem Nationalen Volkskongreß im März 2024 vorgelegt und voraussichtlich genehmigt werden. Das Unterhaus der Duma in Moskau hat ihn bereits gebilligt. Harbin würde in den Status einer direkt verwalteten Stadt erhoben, genau wie Peking,

Shanghai, Tianjin und Chongqing. Und vor allem wird in Harbin ein chinesisch-russischer Verwaltungsausschuß eingerichtet, der das gesamte Projekt überwacht.

Chinesische Spitzenuniversitäten – darunter die Universität Peking – würden ihre Hauptstandorte nach Harbin verlegen. Die Universitäten für Nationale Verteidigung und Nationale Verteidigungstechnologie würden mit der Technischen Universität Harbin fusionieren und eine neue, auf die Verteidigungsindustrie ausgerichtete Einrichtung bilden. Hightech-Forschungsinstitute und -Unternehmen in Peking, Shanghai und Shenzhen würden ebenfalls nach Harbin umziehen. Die People's Bank of China würde ihr Haupt-

„Seidenstraßenregion“ bezeichnet, die den euro-atlantischen Raum mit dem asiatisch-pazifischen Raum verbindet und Westasien, Südasien und Eurasien im weiteren Sinne miteinander verknüpft, große Aufmerksamkeit.

Strategisch gesehen ist dies natürlich das „geopolitische Scharnier, an dem die NATO auf die Schanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) trifft und die Belt and Road-Initiative (BRI) mit der Türkei und dem Gebiet der EU verbunden ist“. In der Praxis wissen Rußland und China genau, was getan werden muß, um die wirtschaftliche Konnektivität und „synergetische Beziehungen“ in diesem breiten Spektrum voranzutreiben.



Beijing, 12. Dezember 2023: Präsident Xi Jinping begrüßt den russischen Ministerpräsidenten Michail Mischustin

quartier für Nordchina in Harbin einrichten, zusammen mit Märkten für den Handel mit Aktien und Warendermingschäften.

Die Einwohner von Heilongjiang könnten ohne Visum in bestimmte Regionen im Fernen Osten Russlands einreisen und wieder ausreisen. Die neue Sonderwirtschaftszone Heilongjiang hätte einen eigenen Zollbereich und würde keine Einfuhrsteuern erheben.

Das ist derselbe Geist, der die BRI-Verbindungskorridore und den Internationalen Nord-Süd-Transportkorridor (INSTC) antreibt. Der Grundgedanke ist eine umfassendere Integration Eurasiens.

Auf dem jüngsten Treffen des Astana Clubs in Kasachstan hat Damjan Krnjevic-Miskovic, Direktor für Politikforschung an der ADA-Universität in Baku, einen beachtenswerten Vortrag über Verbindungskorridore gehalten. Er hat beispielsweise auf das C5+1-Treffen (fünf zentralasiatische Staaten plus China) verwiesen, das im Oktober 2023 in Duschanbe stattgefunden und an dem auch der aserbaidchanische Präsident Alijew teilgenommen hat: Das bedeutet Integration zwischen Zentralasien und dem Kaukasus. Miskovic widmet all dem, was sich in der Region entwickelt, die er richtigerweise als

Der Krieg der Wirtschaftskorridore spitzt sich zu

Die Fragmentierung der Weltwirtschaft polarisiert bereits die expandierenden BRICS 10 (ab 1. Januar unter russischer Präsidentschaft und ohne das mit dem Dollar flirtende Argentinien) und die schrumpfende G7.

Der stellvertretende russische Außenminister Andrej Rudenko bekräftigte in einem Gespräch mit der TASS erneut, daß der wichtigste Antrieb für die Greater Eurasia Partnership (offizielle russische Politik) darin besteht, die Eurasische Wirtschaftsunion (EAEU) mit der BRI zu verbinden.

Während Rußland ein sorgfältig austariertes Gleichgewicht zwischen China und Indien entwickelt, gilt derselbe Antrieb für die Entwicklung

der INSTC, in der Rußland, Iran und Indien die wichtigsten Partner sind und Aserbaidschan ebenfalls zu einem wichtigen Akteur werden wird.

Hinzu kommen die erheblich verbesserten russischen Beziehungen zu Nordkorea, der Mongolei, Pakistan (einem BRI- und SCO-Mitglied) und ASEAN (mit Ausnahme des verwestlichten Singapur). (...)

Auf einer Tagung der russischen Eisenbahnen stellte Präsident Putin einen ehrgeizigen Zehnjahresplan für den Ausbau der Infrastruktur vor, der neue Eisenbahnen und eine bessere Anbindung an Asien – vom Pazifik bis zur Arktis – vorsieht.

Die russische Wirtschaft hat sich definitiv auf Asien ausgerichtet, wo 70 % des Handelsumsatzes inmitten der westlichen Sanktionsdemenz getätigt werden.

Auf der Tagesordnung steht also alles, von der Modernisierung der Transsibirischen Eisenbahn über die Einrichtung eines großen Logistikzentrums im Ural und in Sibirien bis hin zur Verbesserung der Hafeninfrastuktur im Asowschen, Schwarzen und Kaspischen Meer und einem schnelleren INSTC-Frachttransit zwischen Murmansk und Mumbai.

Putin bemerkte kürzlich, daß der Handel durch den Suezkanal im Vergleich zu Rußlands nördlicher Seeroute nicht mehr als effektiv angesehen werden kann. (...) Was das Öl betrifft, so dauert die Verschiffung von russischem Öl nach China über die arktische Küste nur 35 Tage: 10 Tage weniger als über Suez. (...) Zusammenfassend läßt sich sagen, daß im andauernden, immer heftigeren Krieg der Wirtschaftskorridore die Initiative bei Rußland und China liegt.

Aus Verzweiflung und weil sie im Krieg der Wirtschaftskorridore nur ein kopfloses Opfer ohne Optionen sind, greifen die EU-Vasallen des Hegemons darauf zurück, das „Follow the Money“-Drehbuch zu verdrehen.

Das russische Außenministerium hat das Einfrieren russischer Vermögenswerte

– nicht nur privater, sondern auch staatlicher – durch die EU als reinen Diebstahl bezeichnet. Nun macht der russische Finanzminister Anton Siluanow unmißverständlich klar, daß Moskau auf die mögliche Verwendung der Einnahmen aus diesen eingefrorenen russischen Vermögenswerten symmetrisch reagieren wird.

Die Auswirkungen werden katastrophal sein – für den Hegemon. Keine Nation des Globalen Südens außerhalb von NATO-Stan wird „ermutig“ werden, ihre Devisen/Reserven im Westen zu parken. Das könnte im Handumdrehen dazu führen, daß der gesamte globale Süden das von den USA geführte internationale Finanzsystem verläßt und sich einer von Rußland und China geführten Alternative anschließt.

Die gleichrangige strategische Partnerschaft zwischen Rußland und China ist bereits dabei, die „regelbasierte internationale Ordnung“ an allen Fronten herauszufordern – indem sie ihre historischen Einflußsphären ausbaut und gleichzeitig aktiv riesige, miteinander verbundene Verbindungskorridore entwickelt, die diese „Ordnung“ umgehen.

Um es in der Terminologie der Seidenstraße zu sagen: Während die Hunde des Krieges bellen, lügen und stehlen, zieht die russisch-chinesische Karawane weiter.

Pepe Escobar
26.12.2023

Redaktionell gekürzt

Quelle: <https://strategic-culture.su/news/2023/12/26/russia-china-are-on-a-roll/>

Pjôngjang: Arbeiterpartei bricht auf Kongreß mit Versöhnungspolitik Seoul verstärkt Provokationen

Die beiden koreanischen Staaten seien nun vollständig zu verfeindeten Ländern und zu Kriegsgegnern geworden. Dies hat der Generalsekretär und Präsident der Demokratischen Volksrepublik Korea (DVRK), Kim Jong Un, auf dem Jahresendplenium der regierenden Arbeiterpartei betont, das vom 26. bis 30. Dezember abgehalten wurde. Entsprechend müsse man eine neue Position zum Süden und zur Frage der Wiedervereinigung einnehmen. Kims harsche Worte folgten auf die Suspendierung eines erst 2018 geschlossenen Militärabkommens durch den südkoreanischen Präsidenten Yoon Suk Yeol Ende November. Darin war die Einstellung aller feindlichen Handlungen vereinbart worden. Yoon hatte jedoch unter Verweis auf Nordkoreas erfolgreichen Start eines Aufklärungssatelliten einseitig einen Artikel zum Flugverbot an der Grenze „ausgesetzt“, und Pjôngjang hatte am darauffolgenden Tag klargestellt, daß damit auch der Rest des Abkommens hinfällig sei. Bereits vor Amtsantritt 2022 hatte Yoon klargemacht, daß er nicht vorhabe, sich an die Übereinkunft zu halten. Die DVRK ist für ihn der „Hauptfeind“, und das erste „Weißbuch“ unter seiner Regierung im Februar vergangenen Jahres hat das Wort direkt aufgenommen. Entsprechend aggressive

Militärübungen folgten, und am 18. Dezember ließ das neu besetzte Verteidigungsministerium wissen, daß auch Attentate auf Kim Jong Un geprobt würden. Nordkorea reagierte auf die Provokationen mit der Erstellung von Plänen für nukleare Angriffe nicht nur auf US-Basen, sondern auch auf die Schaltstellen der südkoreanischen Regierung und ihres Militärs. Kim verwies auf dem Plenum außerdem auf die mehr als fünf Jahrzehnte seit 1972, in denen sich die Beziehungen zwischen beiden Koreas nie aus einer endlosen Wiederholung von Dialog und Konfrontation befreien konnten. Letztlich hätten selbst unter weniger rechten Regierungen als der gegenwärtigen die US-Marionetten im Süden die DVRK zerstören wollen. Die Vorgängerregierung unter Präsident Moon Jae In von der Demokratischen Partei unterzeichnete etwa 2018 das Militärabkommen, weigerte sich dann aber trotz wiederholter Appelle, Manöver mit den USA einzustellen. Ein Ende dieser Übungen war seit Jahrzehnten von Pjôngjang als fundamentale Bedingung für eine Verbesserung der Beziehungen genannt worden. Genauso wenig wollte Moon aus Angst vor US-Sanktionen die wirtschaftliche Zusammenarbeit wiederbeleben und die Sonderwirtschaftszone in Kaesong

wiedereröffnen. Pjôngjang versuchte in einer Salamatik, die Moon-Regierung umzustimmen, aber weder die Zerstörung des gemeinsamen Verbindungsbüros in Kaesong im Juni 2020 noch die Androhung im darauffolgenden Jahr, das staatliche Komitee für friedliche Wiedervereinigung aufzulösen, zeigten Wirkung. Die fundamentale Abkehr vom Süden kommt also nicht aus dem Nichts. Teil der neuen Linie Pjôngjangs ist unter anderem die Schließung oder zumindest Reform von Institutionen wie der Einheitsfrontabteilung der Partei. Am 1. Januar lud Nordkoreas Außenministerin Choe Son Hui bereits die entsprechenden Kader zum Gespräch. Der südkoreanische Präsident reibt sich unterdessen die Hände und verkauft seinen Wählern die neue Tonlage im Norden als Kriegstreiberei. Deswegen müsse man noch härter werden, mehr Waffen kaufen, noch mehr Militärübungen abhalten und auch die Freunde der DVRK im eigenen Land ausschalten. Nur drei Monate vor den nächsten Parlamentswahlen im Süden hoffen die Konservativen, so eine Mehrheit gewinnen zu können. Noch kann die Demokratische Partei mit 55 Prozent der Sitze die größten Exzesse verhindern.

Martin Weiser, Seoul
Aus: junge Welt, 4.1.24

Seymour Hersh: Nord-Stream-Sprengung sollte Deutschland treffen

Der Angriff auf die Gaspipelines Nord Stream 1 und Nord Stream 2 am 26. September 2022 ist vom US-Präsidenten Joe Biden bewilligt worden und richtete sich mehr gegen Deutschland als gegen Rußland. Diese Ansicht äußerte der US-amerikanische Investigativjournalist Seymour Hersh. In einem am 22.12. veröffentlichten Beitrag in seinem Blog gab er an, daß die Ursache der Sprengung Washingtons Befürchtungen waren, daß Deutschland der Politik der USA im Rahmen des Ukraine-Konflikts nicht folgen würde. Nach Hershs Überzeugung sei die Sabotage der Gasleitungen mehrere Wochen vor dem

Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine angeordnet worden. Die Verantwortlichen aus den USA hätten geglaubt, Moskau damit abschrecken zu können. Ende Mai sei alles für den Anschlag bereit gewesen, allerdings hätte Biden den Angriff kurzfristig abgesagt, so Hersh weiter.

Nach Angaben des Journalisten erhielt das für die Sabotage der Pipelines verantwortliche Team den Auftrag, Sprengsätze an den Rohren anzubringen, die zu einem späteren Zeitpunkt ferngezündet werden konnten. Der Zeitpunkt der tatsächlichen Sprengung lege den Schluß nahe, daß sich der Angriff

eher gegen Deutschland als gegen Rußland richtete. Hersh schrieb dazu: „Es scheint, daß der von Biden gewählte Zeitpunkt auf den Bundeskanzler Scholz abzielte. Nach Meinung einiger CIA-Mitarbeiter fürchtete der US-Präsident, daß Scholz, dessen Wähler bei Unterstützung der Ukraine zaghaft waren, sich angesichts des kommenden Winters auf Geschwätz beschränken und zum Schluß kommen könnte, daß die Wärme der eigenen Leute und der Wohlstand der eigenen Industrie wichtiger seien als die Unterstützung der Ukraine gegen Rußland.“

Quelle: RT, 25.12.2023

Reise nach Xinjiang

Am 11. September 2023 erschien in der Neuen Zürcher Zeitung ein Bericht einer privaten Reise zweier Senioren der deutschen Sinologie im Mai 2023 nach Xinjiang. Darin beschreiben sie, daß sich das Leben in der Autonomen Region Xinjiang, dort wo in China verschiedene andere Minoritäten und Religionsgemeinschaften zusammenleben, normalisiert habe.

NZZ: „Auf Seiten der uigurischen Bevölkerung stoßen die von der Zentralregierung angestoßenen Modernisierungen in Sachen Bildung, medizinische Versorgung und Arbeit unübersehbar auf Sympathie. In die gleiche Richtung geht eine regional aufgeteilte und angepasste Entwicklungshilfe und Ressourcenbereitstellung durch chinesische Provinzen aus dem wohlhabenderen Osten des Landes. Erkennbar wird diese an modernen Berufsausbildungszentren in jedem Xinjiang-Landkreis. Studierende erhalten neben kostenfreier Ausbildung monatlich 200 Yuan zur Unterstützung der Eltern. Staatlich geförderte Ansiedlung von modernen Zweigbetrieben im Agrar- und Industriesektor, die zu landesweit gültigen Mindestlohnstandards nahezu ausschließlich Uiguren einstellen müssen, sollen das Beschäftigungsproblem lösen helfen.“

In den deutschen „Qualitätsmedien“ konnte man diese Aussagen nicht lesen, eher das überholte Gegenteil. Von den einschlägigen Think-Tanks wurden die Sinologen heftig kritisiert.

Was ist die Wahrheit?

Als Managing Direktors eines deutschen Logistikunternehmens in China unterhielt ich ein Zweigbüro in Ürümqi, der Hauptstadt der Xinjiang-Provinz. Ich hatte als Mitarbeiter und Kunden sowohl Uiguren, Kasachen, Tadschiken und Han-Chinesen. Ich lernte die Kulturen hautnah kennen.

Die Xinjiang-Provinz ist geprägt durch Grasland, Wüsten und Gebirge mit traditionell einer bescheidenen landwirtschaftlichen Nutzung. Entsprechend lagen der Wohlstand sowie der Bildungsstand der Bevölkerung weit unter dem der anderen Regionen Chinas, insbesondere den industriellen Provinzen im Osten des Landes, an den Küsten. Um diese Wohlstandsunterschiede auszugleichen, wurde seit den 80er und 90er Jahren verstärkt in den Aufbau einer Industrie, einer Infrastruktur und in die Landwirtschaft investiert, was mit einem starken Zuzug von Nicht-Uiguren, vor allem Han-Chinesen, in die Provinz verbunden war. Die zugezogenen Einwohner verfügten über höhere Bildung und nahmen auch die besser bezahlten Positionen ein. Ein Gefälle zwischen den Uiguren und den Han-Chinesen bildete sich aus, was sich in zunehmenden Spannungen niederschlug. Gewalttätige Konflikte traten auf. Diese Situation wurde befeuert durch die in den Nachbarländern Afghanistan und Pakistan ausgetragenen Auseinandersetzungen. Im an China grenzenden Wakhan-Korridor wurden gewaltbereite Uiguren für einen religiösen

Kampf ausgebildet. Bereits in den Jahren zwischen 2000 und 2010 verübten diese terroristischen Anschläge in Xinjiang und anderen chinesischen Provinzen. Hunderte von zivilen Opfern und an Sicherheitskräften waren zu beklagen.

Mit einem kompletten Paket an Maßnahmen versuchte die chinesische Zentralregierung dem entgegenzuwirken: Einerseits Erhöhung des Wohlstandes und Überwindung der Armut durch umfangreiche Investitionen in die Infrastruktur, die industrielle und landwirtschaftliche Entwicklung sowie den Ausbau eines modernen Bildungssystems. Andererseits wurden auch die Kontrollen zur Unterdrückung jeglicher separatistischen und terroristischen Aktivitäten aufgebaut. Bei einem Besuch in der Provinz 2019 konnte ich die flächendeckende Polizeipräsenz erleben. Um einen aktuellen Einblick zu bekommen,



Uwe Behrens in Kashgar

beschloß ich, meinen Familienbesuch in China im November 2023 zu nutzen, um einen Abstecher nach Xinjiang zu machen. Mir wurde bereits im Berliner Visazentrum bestätigt, ich benötige keinerlei Genehmigungen, um unabhängig in der Provinz zu reisen. Für Grenzregionen könnte ich eine Ergänzung zu meinem Visum erhalten.

Angekommen in Kashgar die ersten Überraschungen: Am Flughafen keine Polizeipräsenz, weder im Flughafen noch davor bei der Übernahme des Mietautos. Vor dem Hotel sprang uns der ehemals Sicherheitsbeamte entgegen, nahm die Koffer ab, geleitete uns zur Rezeption, brachte die Koffer zum Zimmer. Sein Sicherheitsequipment, Schutzschild und Helm, lehnte in einer „roten Ecke“ für jedermann zugänglich.

Am ersten Tag war ein Besuch der Altstadt mit dem berühmten Basar von Kashgar angesagt. Hier am Eingang zwei gelangweilte Polizisten, die freudig touristische Auskünfte

gaben. Ja, es gibt Absperrungen, ähnlich wie am Wittenbergplatz in Berlin oder an der Gedächtniskirche.

Die Altstadt überlaufen mit Touristen, leider nur „Inlandchinesen“. Das touristische Angebot, ebenso wie ich später in der Altstadt Ürümqi sah, beschränkte sich auf die üblichen kitschigen Mitbringsel. Am Abend wandelten sich einige Straßen der Altstadt in „Restaurant- und Barstraßen“. Popmusik, gespielt von Gruppen unterschiedlicher Ethnien, hauptsächlich von Han-Chinesen.

Am zweiten Tag ein Ausflug zur Ruine einer buddhistischen Pagode, zirka 50 km von der Stadtgrenze Kashgars in der Steinwüste entfernt. Die Autofahrt war selbst für einen Chinakenner ungewohnt. Die Höchstgeschwindigkeit in den endlosen Straßendörfern ist aus Sicherheitsgründen auf 30km/h begrenzt und immer wieder durch Verkehrskontrollen unterbrochen. Ich wurde als ausländischer Fahrer immer freundlich durchgewunken.

Wieder eine neue Überraschung: Wir fuhren durch endlose Baumwollfelder, auf denen in Rollen gepresste Baumwolle kurz nach der Ernte auf die Abholung wartete. Offensichtlich erfolgte die Ernte maschinell. Nach offiziellen Angaben wurden 2023 95 % der Baumwolle maschinell geerntet. Visuell kann ich das bestätigen. Nahe einem Dorf sahen wir auch Frauen, die Baumwolle mit der Hand ernteten. Es handelte sich aber um ein kleines Feld, auf dem eine Erntemaschine nicht arbeiten könnte. Am Feldrand parkten PKWs der Bäuerinnen – VWs und BMWs. Zwangsarbeit? Zweifelhaf!

An der Tempelruine trafen wir eine Gruppe ausgesprochen hübscher Uigurinnen. Tänzerinnen einer professionellen Tanzgruppe auf einem touristischen Ausflug. Fotos waren obligatorisch und viele Gespräche möglich. Sie wuchsen in der Region Kashgar auf, besuchten die Mittelschule, lernten an einer professionellen Tanzschule traditionellen Tanz. In ihren Erzählungen spürte ich keinerlei Hemmungen, sich in den Gesprächen einem westlichen Ausländer gegenüber zu öffnen. Das, obwohl ihr „Ensembleleiter“ anwesend war. Der „große Bruder“ hört zu? In dieser wie in vielen anderen Begegnungen hatte ich nie das Gefühl, daß sich die Gesprächspartner beobachtet fühlten und sich nicht zu sagen wagten, was sie denken und wie sie fühlen. Ein Besuch des Viehmarktes von Kashgar sowie der Grenzregion gehörte zu meinem Programm.

Ich kenne Viehmärkte aus Indien oder der Mongolei, aber dieser hat mich doch überrascht. Alle Nutztiere mit vielen Unterrassen werden gehandelt: Schafe, Ziegen, Rinder aller Art, Yaks, Pferde, Kamele usw. Wie vor tausend Jahren: gefeilscht, gestritten, geschimpft, gelacht – dann der Handschlag. Es folgt der Griff zum Handy und es wird mittels QR-Codes bezahlt. Bargeld war selten zu sehen. Am regionalen Grenzbezirk zu Tadschikistan, Afghanistan und Pakistan, in dem vorwiegend die tadschikische Minderheit lebt, ein

Kontrollpunkt, vergleichbar mit einer Mautstation einer gebührenpflichtigen Autobahn. Während der Einfahrt vernimmt man einen Lautsprecher, leider nur in Chinesisch, daß man die Fenster öffnen und in die Kameras schauen solle. Da ich die Ansage nicht verstand, aber als Fahrer am Steuer saß, wurde ich gestoppt und erhielt über meine Reisebegleitung die Übersetzung: in die Kamera blicken. Ein kurzer Blick und wir konnten die Fahrt fortsetzen. Gesichtserkennung mit Abgleichung meiner Daten des Passes und dem Visum. Das Gleiche erfolgt aber auch für alle Reisenden in bezug zum ID-Ausweis, egal welcher Ethnie oder Nationalität. Das war die einzige Kontrolle während unseres viertägigen Aufenthaltes in dieser Grenzregion.

Die digitale Vernetzung einschließlich Gesichtserkennung ist flächendeckend, trägt aber zur Vereinfachung und Beschleunigung jeglicher Verwaltung bei. Es kann darüber diskutiert werden, ob das für westliche Staaten angebracht ist, aber für Länder im Aufbruch, in denen es noch immer einzelne separatistische Bestrebungen und äußere Bedrohungen durch fremde Einflussnahme gibt, erscheint es sinnvoll.

Die afghanische Grenze befindet sich in einem von China nach Afghanistan verlaufenden Tal, dem Wakkan-Korridor, der verkehrstechnisch kaum erschlossen ist. Im schwer zugänglichen Korridor auf der afghanischen Seite unterhielten die Taliban in den 80er Jahren Trainingscamps. Auch militante Uiguren wurden in solchen Camps ausgebildet. Diese infiltrierten dann über die bergige, kaum zu kontrollierende Grenze zurück nach China.

Eine Quelle der terroristischen Bedrohung! Noch gegenwärtig wird diese Region von chinesischer Seite als gefährdet betrachtet.

Die Hauptverkehrsstraße zum Eingang des Wakkan-Korridors endet auf einer touristischen Sightseeing-Plattform. Viele Touristen waren dort anzutreffen. Wir aber folgten nicht der Hauptstraße, sondern folgten einer kleinen asphaltierten Straße weiter hinein in den Korridor – bis eine einfache Barriere uns stoppte. Ein einsamer, freundlicher Polizist erklärte uns, daß es ihm leid tue, aber jetzt kommen wir an die Grenze und müßten umkehren.

Am nächsten Tag fuhren wir mehrere hundert Kilometer auf dem Highway 314, dem chinesischen Teil des Karakorum Highways. Außer touristischen PKWs trafen wir nur wenige pakistanische und einige chinesische LKWs. Auch hier endete unsere Reise auf einer touristischen Sightseeing-Plattform. Leider ist die Weiterfahrt bis zum „National Gate of China“, der Einfahrt zum pakistanischen Karakorum Highway, nicht möglich, da der Andrang der lokalen Touristen während der Oktoberfeiertage die Abfertigung des Güterverkehrs behinderte. Man wolle ein Besichtigungsprogramm aufbauen, um aus speziellen Bussen

das „Nationale Tor“ fotografieren zu können, ohne den Verkehr zu stören.

Die Dörfer, die wir während all der Fahrten durch die Provinz passierten, machten alle einen wohlstandsgesicherten Eindruck. Feste Häuser in gutem Zustand, Kühe, Schafe, Pferde auf den Weiden, Traktoren und Motorräder sowie Elektroroller vor den Häusern. Armut und Rückständigkeit sieht anders aus. Die hatte ich vor 30 oder noch vor 20 Jahren gesehen.



Der Autor im Gespräch mit Jugendlichen

Wir mieteten uns in einem Hotel der Kreisstadt Taskorgan ein. Bei der Anmeldung, die im Hotel erfolgte wie in den meisten Regionen der Welt auch, eine Registrierung, hier allerdings mittels digitalen Fotos und papierlos.

Diese Stadt war über zweitausend Jahre der zentrale Ausgangspunkt der historischen Seidenstraße über das Pamir-Gebirge. Hier rasteten die Karawanen der Händler mit ihren Kamelen, den kostbaren Waren aus China und der Gegenrichtung aus Zentralasien und Europa. Auch der während der Tang-Dynastie lebende chinesische Mönch Huang Zhang, der wesentlichen Anteil an der Verbreitung des Buddhismus in China hatte, lehrte in dieser historischen Stadt. Ein wahrhaft historischer Fleck. Vergleichbar mit den griechischen oder römischen Sehenswürdigkeiten. Wegen fehlender Besuche während der Coronapandemie strömten dieses Jahr zigtausende Inlandtouristen in die Steinstadt.

Zurück in Ürümqi

Hier bestätigte sich das gleiche Bild wie in Kashgar oder in Taskorgan. Keine offensichtliche Präsenz von Sicherheitspolizei, außer am Eingang zur Altstadt die Absicherung für die touristischen Besuche. In der Altstadt aber das übliche touristische Gewimmel von Inlandtouristen. Außerhalb der touristischen Attraktionen normales Großstadtleben: beschäftigte Menschen, nicht unglücklich aussehend, reger Berufsverkehr, verstopfte Straßen, Einkaufszentren, dreimal größer als die Berlin-Mall, Schüler auf Schulwegen und viele, viele kleine Geschäfte mit allen erdenklichen Gütern des täglichen Gebrauchs. Einfach alles ganz normal!

Bei meinem Besuchen der Altstadt und des Marktes vor 30 Jahren war ich begeistert

von den vielen handwerklich hergestellten lokalen Produkten der Minoritäten, lebend in Xinjiang. Davon konnte ich jetzt nur wenige finden. Ich liebte bei den Teppichhändlern, die groben Teppiche aus Kamelwolle zu bewundern. Solche Teppiche gibt es im Angebot nicht mehr. Ein Teppichhändler erklärte es. Die dörflichen Teppichweberinnen kommen ins Alter. Die jungen Frauen wollen lieber zur Schule gehen, studieren oder in einer der neuen Fabriken der Elektronik-, Maschinenbau- oder Textilindustrie arbeiten, aber nicht mehr der schweren Arbeit der Handweberei nachgehen. Wenn wir noch handgewebte Teppiche kaufen wollten, dann könnten wir Secondhandware haben, die ist genauso gut, aber wertvoller.

Als Logistik-Manger wollte ich mir das Museum der historischen Seidenstraße anschauen. Das große, neugebaute futuristische Kulturzentrum Ürümqi schließt ein Theater, eine Konzerthalle, Kongreßeinrichtungen und das Museum ein. Es ist ein Highlight der modernen Architektur des 21. Jahrhunderts. In einer umfassenden, für westliche Besucher teils etwas kitschigen Ausstellung der kulturellen Geschichte Zentralasiens und des westlichen Teils Chinas konnte ich Besucher aller Alters- und jeglicher

Volksgruppen sehen. Mein besonderes Interesse aber erregten die besuchenden Schulklassen. Ich konnte mich unter sie mischen, die Führung durch die Lehrer in Chinesisch und Uigurisch verfolgen. Aus den angeregten Gesprächen in gebrochenem Englisch mit den Schülern lernte ich, daß in der Unterstufe zweisprachig in uigurisch oder tadschikisch unterrichtet wird. In den Oberstufen dann nur in Mandarin. Zu Hause sprechen die Kinder meist in ihrer ethnischen Sprache.

Nach dieser kurzen Reise kann ich mit gutem Gewissen die oben zitierten Aussagen der Sinologen bestätigen. Die Doppelstrategie der chinesischen Regierung scheint Erfolge zu zeigen. Von einer Unterdrückung einer Minderheit, seien es die Uiguren oder Angehörige einer anderen Ethnie oder Religion, konnte ich während der gesamten Reise nichts erkennen. Im Gegenteil! Ich sah zufriedene Menschen, moderne Wohnviertel, Krankenhäuser, Schulen, Kindergärten und Hightech-Fabriken.

Dr. Uwe Behrens

Hinweis

Durch einen Übermittlungsfehler wurde im Leitartikel des Januar-RF ein Lenin-Zitat von 1920 verunstaltet. Richtig muß es heißen: „Und in die ‚Beute‘ teilen sich zwei, drei weltbeherrschende, bis an die Zähne bewaffnete Räuber (Amerika, England, Japan), die die ganze Welt in ihren Krieg um die Teilung ihrer Beute mit hineinreißen.“

Jüdische Schriftsteller warnen in einem offenen Brief vor einer gefährlichen Verquickung

Eine Gruppe jüdischer Autoren verfaßte diesen Brief, nachdem sie feststellte, daß ein altes Argument neue Kraft gewonnen hatte: die Behauptung, Kritik an Israel sei antisemitisch. (...) Die Autoren veröffentlichten diesen Brief in Solidarität mit denjenigen, die sich weiterhin für die Freiheit der Palästinenser einsetzen.

Wir sind jüdische Autoren, Künstler und Aktivist*innen, die sich von der weit verbreiteten Behauptung distanzieren möchten, daß jede Kritik an Israel per se antisemitisch sei. Israel und seine Verteidiger haben diese rhetorische Taktik lange benutzt, um Israel vor der Rechenschaftspflicht abzuschirmen, den milliardenschweren Investitionen der USA in Israels Militär Glanz zu verleihen, die tödliche Realität der Besatzung zu verschleiern und die palästinensische Souveränität zu leugnen. Jetzt wird diese heimtückische Knebelung der freien Meinungsäußerung benutzt, um Israels anhaltende militärische Bombardierung des Gaza-Streifens zu rechtfertigen und die Kritik der internationalen Gemeinschaft zum Schweigen zu bringen. Wir verurteilen die jüngsten Angriffe auf israelische und palästinensische Zivilisten und betrauern die furchtbaren Verluste an Menschenleben. In unserer Trauer sind wir darüber entsetzt, daß der Kampf gegen den Antisemitismus als Vorwand für Kriegsverbrechen mit erklärter völkermörderischer Absicht mißbraucht wird. Antisemitismus ist ein unerträglich schmerzlicher Teil der Vergangenheit und Gegenwart unserer Gemeinschaft. Unsere Familien sind vor Kriegen, Schikanen, Pogromen und Konzentrationslagern geflohen. Wir haben die lange Geschichte der Verfolgung und Gewalt gegen Juden studiert und nehmen den anhaltenden Antisemitismus, der die Sicherheit von Juden auf der ganzen Welt gefährdet, ernst. (...)

Wir lehnen Antisemitismus in all seinen Formen ab, auch wenn er sich als Kritik am Zionismus oder der Politik Israels tarnt. Wir erkennen auch an, daß, wie der Journalist Peter Beinart 2019 schrieb, „Antizionismus nicht von Natur aus antisemitisch ist – und zu behaupten, er sei es, benutzt jüdisches Leid, um palästinensische Erfahrungen auszulöschen“. Wir finden, daß diese rhetorische Taktik im Widerspruch zu den jüdischen Werten steht, die uns lehren, die Welt zu verbessern, Autoritäten in Frage zu stellen und die Unterdrückten gegenüber den Unterdrückern zu verteidigen. Gerade wegen der schmerzlichen Geschichte des Antisemitismus und der Lehren aus den jüdischen Texten treten wir für die Würde und Souveränität des palästinensischen Volkes ein. Wir lehnen die falsche Wahl zwischen jüdischer Sicherheit und palästinensischer Freiheit, zwischen jüdischer Identität und der Beendigung der Unterdrückung der Palästinenser ab. Wir glauben vielmehr, daß die Rechte von Juden

und Palästinensern Hand in Hand gehen. Die Sicherheit beider Völker hängt von der Sicherheit des anderen ab. Wir sind sicher nicht die ersten, die das sagen, und wir bewundern diejenigen, die sich diese Haltung angesichts von so viel Gewalt zum Vorbild genommen haben. Wir sind uns darüber im klaren, daß Antisemitismus und Kritik an Israel oder dem Zionismus in einen Topf geworfen werden. Seit Jahren halten sich Dutzende von Ländern an die Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance für Antisemitismus. Die meisten der elf Beispiele für Antisemitismus beziehen sich auf Äußerungen über den Staat Israel, wobei einige so offen interpretiert werden können, daß sie den Bereich der akzeptablen Kritik einschränken. Darüber hinaus stuft die Anti-Defamation League Antizionismus als Antisemitismus ein, obwohl viele ihrer eigenen Experten Bedenken haben. Diese Definitionen haben dazu beigetragen, daß die israelische Regierung ihre Beziehungen zu rechtsextremen, antisemitischen politischen Kräften von Ungarn über Polen bis hin zu den Vereinigten Staaten und darüber hinaus vertieft hat und Juden in der Diaspora gefährdet. Um diesen pauschalen Definitionen entgegenzuwirken, veröffentlichte eine Gruppe von Antisemitismusforschern im Jahr 2020 die Jerusalemer Erklärung, die spezifischere Leitlinien zur Identifizierung von Antisemitismus und zu dessen Abgrenzung von Kritik und Debatten über Israel und den Zionismus enthält. Der Vorwurf des Antisemitismus bei der geringsten Beanstandung der israelischen Politik hat es Israel lange Zeit ermöglicht, ein Regime aufrechtzuerhalten, das von Menschenrechtsgruppen, Wissenschaftlern, Rechtsexperten sowie palästinensischen und israelischen Organisationen als Apartheid bezeichnet wurde. Diese Anschuldigungen haben weiterhin eine abschreckende Wirkung auf unsere Politik. Dies hat zur politischen Unterdrückung im Gaza-Streifen und im Westjordanland geführt, wo die israelische Regierung die Existenz des palästinensischen Volkes mit dem Judentum in der ganzen Welt in Verbindung bringt. In ihrer Propaganda, die sich nach innen gegen die eigenen Bürger und nach außen gegen den Westen richtet, behauptet die israelische Regierung, daß es bei den Beschwerden der Palästinenser nicht um Land, Mobilität, Rechte oder Freiheit geht, sondern um Antisemitismus. In den letzten Wochen hat die israelische Führung die Geschichte des jüdischen Traumas weiter instrumentalisiert, um die Palästinenser zu entmenschlichen. In der Zwischenzeit werden Israelis verhaftet oder von ihrem Arbeitsplatz suspendiert, weil sie in den sozialen Medien Beiträge zur Verteidigung des Gaza-Streifens veröffentlicht haben. Israelische Journalisten fürchten Konsequenzen, wenn sie ihre Regierung kritisieren.

Wenn man alle Kritiken an Israel als antisemitisch bezeichnet, werden in der öffentlichen Meinung Israel und alle jüdischen Menschen in einen Topf geworfen. (...) Das führt dazu, daß Palästinenser, Araber und Muslime von vornherein als verdächtig angesehen werden, als Akteure des Antisemitismus, solange sie nicht ausdrücklich etwas anderes sagen. Seit dem 7. Oktober sind palästinensische Journalisten mit einer beispiellosen Unterdrückung konfrontiert. (...) Europäische Politiker haben Pro-Palästina-Proteste verboten und das Zeigen der palästinensischen Flagge kriminalisiert. In London hat ein Krankenhaus kürzlich Kunstwerke von Kindern aus dem Gaza-Streifen abgehängt, nachdem eine pro-israelische Gruppe behauptet hatte, jüdische Patienten würden sich dadurch „gefährdet, belästigt und schikaniert“ fühlen. Irgendwie wurde sogar das Kunstwerk von palästinensischen Kindern von einer Halluzination der Gewalt begleitet. Die US-amerikanische Führung hat diese Gelegenheit genutzt, um die jüdische Sicherheit weiter mit der bedingungslosen, uneingeschränkten Finanzierung des israelischen Militärs zu verknüpfen, ohne die Absicht, Frieden zu schließen. Am 13. Oktober verbreitete das US-Außenministerium ein internes Memo, in dem die Beamten aufgefordert wurden, die Begriffe „Deeskalation/Waffenstillstand“, „Ende der Gewalt/des Blutvergießens“ oder „Wiederherstellung der Ruhe“ nicht zu verwenden. Am 25. Oktober zweifelte Biden die Zahl der palästinensischen Todesopfer an und nannte sie den „Preis“ für Israels Krieg. Eine solch grausame Logik wird weiterhin sowohl Antisemitismus als auch Islamophobie begünstigen. Das Ministerium für Innere Sicherheit bereitet sich auf einen erwarteten Anstieg von Haßverbrechen gegen Juden und Muslime vor – er hat bereits begonnen. (...)

Wir fordern einen Waffenstillstand in Gaza, eine Lösung für die sichere Rückkehr der Geiseln in Gaza und der palästinensischen Gefangenen in Israel sowie ein Ende der andauernden israelischen Besatzung. Wir fordern auch die Regierungen und die Zivilgesellschaft in den Vereinigten Staaten und im gesamten Westen auf, sich gegen die Unterdrückung der Unterstützung für Palästina einzusetzen.

Und wir weigern uns zuzulassen, daß solche dringenden und notwendigen Forderungen in unserem Namen unterdrückt werden. Wenn wir sagen, nie wieder, dann meinen wir das auch so.

*Unterzeichnet von über 2000 US-amerikanischen jüdischen Autoren, Künstlern und Aktivist*innen, 13.12.2023*

Redaktionell gekürzt

Quelle: Zeit-Fragen, Nr. 27, Zürich, 27.12.23

Israel führt in Gaza eine ethnische Säuberung durch und der Westen schaut zu

Israel führt einen Völkermord an den Palästinensern durch und der Westen unterstützt das. Die UNO fordert seit Jahrzehnten die Zwei-Staaten-Lösung für Palästina und auch fast alle Staaten der Welt fordern das offiziell als Weg zum Frieden im Nahen Osten. (...)

Kritiker Israels werfen den israelischen Regierungen schon lange vor, einen Genozid an den Palästinensern zu planen, denn die von der UNO beschlossene Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes sagt in Artikel II unmißverständlich: „In dieser Konvention bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:

- (a) Tötung von Mitgliedern der Gruppe;
- (b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;
- (c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;

(d) Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;

(e) gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe.“

Mindestens die Punkte a, b und c sind schon lange erfüllt, denn die Lebensbedingungen, unter denen Israel die Palästinenser seit Jahrzehnten zu leben zwingt, sind damit treffend beschrieben. Niemand bestreitet, daß es palästinensischen Terror gibt, aber erstens ist der darin begründet, daß viele Palästinenser in ihrer Verzweiflung keinen anderen Weg sehen, um für ihre Rechte zu kämpfen, und zweitens hat Israel in den letzten Jahrzehnten ein Vielfaches mehr Palästinenser getötet, als Israelis dem palästinensischen Terror zum Opfer gefallen sind. Im aktuellen Krieg hat die Hamas nach israelischen Angaben 1 200 Israelis ermordet, Israel hat daraufhin bisher 22 000 palästinensische Zivilisten, die meisten davon Frauen und Kinder, abgeschlachtet. Trotzdem war und ist es im Westen ein Tabu, Israel dafür ernsthaft zu kritisieren oder Israel Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder gar Völkermord an den Palästinensern

vorzuwerfen. Übrigens sind auch Verbrechen gegen die Menschlichkeit klar definiert, man kann das in Artikel 7 des Römischen Statutes nachlesen. Vieles von dem, was dort aufgelistet ist, charakterisiert exakt das jahrzehntelange Vorgehen Israels gegen die Palästinenser. Vor all dem haben die Staaten des Westens jahrzehntelang die Augen verschlossen. Die Menschenrechte, die dem kollektiven Westen angeblich so heilig sind, wenn es um Rußland, China, den Iran, Syrien, Venezuela und so weiter geht, gelten aus Sicht des US-geführten Westens offenbar nicht für die Palästinenser.

Die offensichtliche Doppelmoral des Westens, der Rußland wegen der Ukraine verteufelt, aber Israel bei seinem Völkermord unterstützt, führt zu einer Isolierung des Westens auf der Weltbühne.

Niemand im globalen Süden hört noch zu, wenn der Westen von Menschenrechten und Werten faselt, da die westliche Doppelmoral inzwischen jede Grenze des Anstands gesprengt hat.

Thomas Röper

Redaktionell gekürzt

Quelle: anti-spiegel.ru, 2.1.2024

Zionismus – Staatsdoktrin Israels

Aus marxistisch/leninistischer Sicht ist der „Zionismus eine chauvinistische Ideologie, das weitverzweigte Organisationssystem und die rassistische, expansionistische politische Praxis der jüdischen Bourgeoisie, die einen Teil des internationalen Monopolkapitals bildet.“¹ Auf der XXX. UN-Vollversammlung verurteilte eine Mehrheit der Staaten in der Resolution 3379 den Zionismus als eine Form des Rassismus und der rassistischen Diskriminierung. (10. November 1975)

Mit dem Verschwinden der Sowjetunion und des sozialistischen Lagers nahm die UN-Generalversammlung diese Resolution mit der Resolution 46/86 am 16. Dezember 1991 mit 111 zu 25 Stimmen bei 13 Enthaltungen zurück. Kein arabisches Land stimmte für diese Rücknahme.

Der Zionismus entstand als kleinbürgerliche Reaktion auf den Antisemitismus und reicht bis in das 19. Jahrhundert. Er suggeriert eine Zukunfts- und Erlösungserwartung. Durch Theodor Herzl (1860-1904), ein jüdisch-österreichischer Journalist, wurde der Zionismus zu einem politischen Programm ausgebaut. Der Zionismus entwickelte sich zu einem reaktionären Konzept mit dem Ziel, jüdische Menschen vom Klassenkampf abzulenken. Bereits auf dem ersten Zionistenkongreß im August 1897 in Basel forderten die Zionisten die Schaffung eines Nationalstaates auf dem arabischen Territorium Palästinas. Mit dieser

Konzeption ordnete sich der Zionismus in die politischen, ökonomischen und strategischen Interessen des Imperialismus ein. Das drückte sich besonders deutlich in der Zusammenarbeit mit den britischen Imperialisten aus. Mit der Balfour-Deklaration (Arthur James Balfour, britischer Außenminister) vom 2. November 1917 unterstützten die Briten die Ziele jüdischer großkapitalistischer Kreise von 1897. Die damalige britische Regierung traf eine langfristige strategische Entscheidung gegen die in Palästina herrschenden Osmanen und die arabische Bevölkerung.

Der Brief war an Baron Lionel Walter Rothschild, reicher britischer Bankier und Zionistenführer, gerichtet. Die Balfour-Deklaration wurde nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches 1920 in den Friedensvertrag mit der Türkei aufgenommen. Auf dem Zionistenkongreß in New York, Mai 1942, wurden die Errichtung des zionistischen Staates Israel und der Aufbau einer eigenen Armee auf dem Territorium Palästinas beschlossen. Es erfolgte die Einordnung des Zionismus in die Pläne des US-Imperialismus für den Nahen Osten.

Nach der Gründung des Staates Israel 1948 wurde der Zionismus zur Staatsdoktrin erhoben. Die Hauptziele der USA und der anderen imperialistischen Mächte bestanden in der Verhinderung der Entstehung von Befreiungsbewegungen und in der Sicherstellung des Zugriffs auf Rohstoffe, andere Ressourcen (Erdöl und Erdgas) und Handelswege in der Region. Es ging natürlich gleichzeitig

um die Verhinderung einer Zusammenarbeit arabischer Staaten mit sozialistischen Ländern.

Israel spielt bis heute eine wichtige Rolle als unsinkbarer Flugzeugträger im Weltherrschaftsanspruch des Imperialismus unter Führung der USA.

Seit dem 7. Oktober kämpft die Hamas gegen israelische Unterdrückung. Die USA sind die Hauptunterstützer Israels in diesem Krieg. Sie schirmen den Gaza-Streifen mit Kriegsschiffen im Mittelmeer ab und liefern gleichzeitig Waffen und Munition zur Zerstörung Gazas und der Vernichtung der Bevölkerung. Auf der internationalen politischen Bühne sichert der US-Außenminister, Antony Blinken (Sohn jüdischer Eltern), daß Israel einen Krieg gegen die Palästinenser führen und Lebensgrundlagen zerstören kann. Der Imperialismus zeigt sein wahres Gesicht.

„Südafrika hat Israel vor dem höchsten Gericht der Vereinten Nationen Völkermord an den Palästinensern im Gazastreifen vorgeworfen. In der Klage, die am Freitag in Den Haag eingereicht wurde, werde zudem verlangt, Israel aufzufordern, die Angriffe im Gazastreifen zu stoppen, teilte der Gerichtshof mit. Das Vorgehen der israelischen Streitkräfte habe ‚einen völkermörderischen Charakter‘...“²

Dr. Ulrich Sommerfeld

¹ Wörterbuch der Außenpolitik und des Völkerrechts, Dietz Verlag Berlin 1980, S. 703

² <https://www.zeit.de/politik/ausland/2023-12/gaza-krieg-israel-suedafrika-internationaler-gerichtshof>

Die große Chance des Aufbruchs

Im September 2019 bot ich dem ARD-Hörfunk einen Text mit dem Titel: „Spurensuche in Syrien“ an. Ich wollte über die Menschen in Syrien berichten, die damals aus Jordanien und aus Libanon in Scharen nach Hause kamen. (...) Die Menschen wollten zurück in ihre Heimat. In den Städten lagen ganze Wohnviertel in Schutt und Asche. In Notunterkünften hoffen die Menschen auf Hilfe. Die Hälfte der Christen hat das Land verlassen. Die türkische Armee und die US-Armee hatten Syrien entlang des Euphrat und im Norden geteilt. Die syrische Regierung wurde von der EU und den USA politisch isoliert. Nur bei den Vereinten Nationen fand Syrien Gehör. Wirtschaftssanktionen der Europäischen Union und ein Ölembargo der USA erschwerten die Versorgung der Bevölkerung, der notwendige Wiederaufbau wurde blockiert. International und regional widerstrebende Interessen im Mittleren Osten drohten zu einem neuen Krieg zu führen. Die Zeichen standen nicht günstig, doch die Menschen hatten Heimweh. Sie wollten zurück. Ich reiste durch Syrien. Von Norden nach Süden, von Osten nach Westen, und traf die unterschiedlichsten Menschen, die bereit waren, über ihre Erfahrungen im Krieg zu sprechen. Manche waren schwerkrank und kamen, um in der Heimat zu sterben. Frauen kamen, um ihren zurückgebliebenen Ehemännern die Kinder zu zeigen, die in der Fremde aufgewachsen waren. Sie erinnerten sich an ihr Leben vor dem Krieg und daran, was ihnen widerfahren war. Sie sprachen über ihre Hoffnung für die Zukunft. Alle Gesprächspartner fragte ich, niemand hatte sich so einen Krieg und so eine Zerstörung in ihrer Heimat vorstellen können. Ich reichte dem deutschen Hörfunk mein Exposé ein. Ich listete die Stationen auf und die Menschen, die ich vorstellen wollte, die „Protagonisten“:

- Kasab, armenischer Ort an der türkisch-syrischen Grenze
- Hambouche (Dorf in der Provinz Latakia)
- Homs (Provinz Homs)
- Rastan (Provinz Homs)
- Tadmur/Palmyra (Provinz Homs)
- Khan Scheichun (Provinz Idlib)
- Deir Ez-Zor (Deir Ez-Zor)
- Aleppo
- Tell Rifaat (Provinz Aleppo)
- Damaskus
- Saida Zeynab (Damaskus)
- Sweida (Provinz Sweida)
- Nasib, Grenzübergang Syrien-Jordanien (Provinz Deraa)
- Assal al Ward (Qalamoun)

Einige der Protagonisten

- Sebouk Kurkjian, Bürgermeister von Kasab: berichtet über den Überfall auf Kasab 2014 – Kämpfer waren aus der Türkei gekommen und in ihr Dorf eingefallen, die Kirchen wurden gebrandschatzt. Kasab ist ein bekannter Luftkurort im Norden Syriens.
- Delal Darwisch, Bäuerin aus Hambouche: berichtet über den Überfall auf ihr Dorf im August 2014, als Kämpfer (Aufständische) mehr als 200 Menschen ermordeten und 106 Frauen und Kinder verschleppten. 3,5 Jahre wurde sie als Geisel von den Kämpfern festgehalten. Im Frühjahr 2018 kam sie im Austausch für gefangene Kämpfer frei.



Karin Leukefeld (Bild ef)

- Mashrou Sleiman, Taxifahrer, Mheen (Provinz Homs): lebte mit seiner Familie vier Jahre im Lager Rukban im Dreiländereck Irak, Syrien, Jordanien. Der einzige Reichtum, der ihnen geblieben war, war der goldene Ehering an der Hand seiner Frau.
- N.N., Apotheker, (Tadmur/Palmyra): erlebte den Überfall des „Islamischen Staates“ 2015 auf Tadmur.
- Abu Mohammed, Syrischer Zivilschutz Hama, Morek (Provinz Hama): sucht mit seinem Team nach anonym beerdigten Soldaten und Zivilisten im südlichen Idlib.
- N.N., Offizier der syrischen Armee (Deir Ez-Zor): spricht über seine Einsätze, seine verschiedenen Verwundungen, was der Krieg für ihn bedeutet.
- Ayman Diab, Apotheker (Mayadeen/Deir Ez-Zor): lebte unter verschiedenen bewaffneten Gruppen in Mayadeen, konnte mit

seiner Frau nach Deir Ez-Zor fliehen, dort lebten sie drei Jahre lang, eingeschlossen vom IS.

- Kurdische Vertriebene aus Afrin (Tell Rifaat, Provinz Aleppo): Sie wurden Anfang 2018 aus Afrin vertrieben, als die türkische Armee und mit ihr verbündete Kampfgruppen dort einmarschierten. Einer der Männer erzählt, daß seine drei Kinder in Deutschland lebten. Während der Audioaufnahme grüßte er sie, brach dann aber ab, weil ihm die Stimme versagte.
- Dr. Maamoun Abdulkarim, Damaskus: Professor für Archäologie an der Uni Damaskus und ehemaliger Leiter der Syrischen Antikenbehörde.

• Abu Marwan, Ingenieur: an der jordanisch-syrischen Grenze Nasib, er lebt in den USA als erfolgreicher Ingenieur und ist zurückgekehrt, um zu sehen, wie er beim Wiederaufbau seines Landes privat helfen kann.

Es war ein „buntes“ Stück, wie man sagt. Ähnliches hatte ich aus Bagdad 2005 für den Hörfunk produziert. „Bagdad atmet noch“ war der Titel. Doch an Syrien bestand 2019 kein Interesse mehr. Der Hörfunk lehnte ab. Die Redakteurin schrieb, einen Offizier oder Soldaten der syrischen Armee wolle nun wirklich niemand in Deutschland hören.

Brücken bauen

Leben im Hintergrund der Schlagzeilen ist das Motto meiner Arbeit. Wie leben die Menschen und wie wollen sie leben? Wie wirken sich Krieg und Sanktionen, Interventionen und Bevormundung auf ihr Leben und auf ihren Alltag aus? Ich wollte Brücken bauen mit meiner Berichterstattung, zur Verständigung unterschiedlicher Kulturen beitragen. Doch ich wurde eine Korrespondentin über Kriege. Heute sehe ich sehr viel deutlicher als damals, wie der „Krieg gegen den Terror“ und der Kampf der USA, sich als „einzige“, als „unverzichtbare Weltmacht“ gegen andere Staaten zu behaupten, meine Arbeit – die journalistische Arbeit – veränderte. Es hatte sich lange angebahnt, doch ich hatte es wohl nicht wahrhaben wollen. Die Absage des Hörfunks an das Feature 2019 war dann ein deutliches Signal. Man hatte kein Interesse an den Folgen der Kriege, kein Interesse an den Menschen und deren Fragen, wie es für sie wieder eine Zukunft in ihrer Heimat geben könnte. Die Berichterstattung orientierte sich nicht mehr an dem, was im Land geschah, was die Menschen dort sagten – es sei denn, sie sprachen gegen den syrischen Präsidenten. Die Berichte in Funk und Zeitungen orientierten sich an politischen Linien gegen die syrische Regierung. Meine Angebote an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk blieben

– bis auf zwei Ausnahmen – unbeantwortet. Inzwischen ist klar, warum meine Berichte aus Syrien nicht mehr erwünscht waren. Sie wurden intern vermutlich als „ungläubwürdig“ eingestuft, weil ich – was normal ist für Auslandskorrespondenten – eine Journalistenakkreditierung in Syrien hatte, die vom Informationsministerium erteilt wird. Meine Arbeit in Syrien wurde wie eine Legitimation des „Assad-Regimes“ und als „journalistische Scheinobjektivität“ eingestuft. Niemand hat mir das gesagt, aber als ich die Erklärung der Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft (HMKW) Ende 2022 las, mit der dem ehemaligen NDR-Redakteur und Lehrbeauftragten Patrik Baab gekündigt wurde, wurde es mir klar. Er hatte über das Referendum in Donezk berichtet und damit Putin legitimiert. Redakteure der Zeitungen, für die ich seit mehr als zwanzig Jahren berichtet hatte, zeigten sich nicht mehr interessiert. Manche hielten mir „Assad-Nähe“ vor, obwohl oder vielleicht auch weil ich über den syrischen Präsidenten kaum schrieb. Manche kritisierten, daß ich immer wieder über die Sanktionen schreiben würde, die doch zu recht – wegen Menschenrechtsverletzungen – verhängt worden seien. Der Vorschlag, ein Interview mit der UN-Sonderberichterstatterin Alena Douhan zu führen, die die Menschenrechtsverletzungen durch einseitige wirtschaftliche Strafmaßnahmen (Sanktionen) untersucht, wurde mit Schweigen quittiert. Statt dessen werden heute Berichte veröffentlicht, die von außen über Syrien verfaßt sind und bestimmte Positionen gegen Syrien betonen: Flüchtlinge könnten nicht zurückkehren, weil sie verhaftet würden, Assad stehle humanitäre Hilfe und das „Assad-Regime“ sei für 98 Prozent der Verbrechen in Syrien verantwortlich. Heute verbringe ich viel Zeit damit, die übermächtige Propaganda zu entschlüsseln, die von westlichen Medien verbreitet wird. Deren Ziel ist, daß die hiesige Öffentlichkeit sich nicht mit den Menschen in Syrien – oder auch in anderen stigmatisierten Ländern – verbündet. Es sollen noch nicht einmal menschliche Empfindungen, gar Menschlichkeit gegenüber den Menschen dort aufkommen. Ziel der Propaganda ist, daß die offizielle Begründung für das Handeln westlicher Regierungen und Bündnisse für gut befunden und unterstützt wird. Die komplizierten internationalen geopolitischen Interessen und Machtkämpfe haben ein Netz von Propaganda über Syrien und Westasien gespannt. Habe ich mich darin verheddert?

Die große Chance des Aufbruchs

Die Veränderung der internationalen Machtverhältnisse ist in der arabischen und afrikanischen Welt besonders deutlich zu sehen. Mehr als 60 Staaten nahmen Ende 2023 am Gipfeltreffen der BRICS-Staaten (Brasilien, Rußland, Indien, China, Südafrika) teil, das im südafrikanischen Johannesburg stattfand. Zahlreiche Länder haben die Aufnahme beantragt, sechs Staaten wurden aufgenommen: Argentinien, Äthiopien, Ägypten, der Iran, Saudi-Arabien

und die Vereinigten Arabischen Emirate. Das Bündnis trägt maßgeblich zur Gestaltung der multipolaren Weltordnung bei und wird als BRICS plus 46 Prozent der Weltbevölkerung vertreten, die mehr als 37 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung erbringen. Für die Länder des Globalen Südens bietet sich eine Alternative, sich aus dem Netz westlicher Bevormundung und Sanktionen zu befreien und sich auf die eigene Entwicklung zu konzentrieren. Sie ergreifen ihre Chance. Die Menschen werden aufbrechen, weil sie wissen, daß ihnen ein besseres Leben zusteht. Es wird kein Spaziergang, doch sie sind vorbereitet. Universitäten, Thinktanks und neue Medien haben sich etabliert, die den Aufbruch begleiten. Sie werden eigene Institutionen aufbauen, wir werden sehen. Wir sollten von ihnen lernen.

Die Länder, die bisher die Führung der Welt für sich beanspruchten, werden sich neu orientieren müssen. Das wird dauern. Es wird dauern einzusehen, daß nicht mehr Brüssel, Washington oder London den Ton angeben werden. Der Westen wird lernen müssen, zuzuhören, sich mit den anderen zu verständigen. Alles hat seine Zeit, und jetzt ist die Zeit der anderen gekommen. Die Zeit der Befehle ist vorbei.

Die RAND Corporation oder der European Council on Foreign Relations können Planspiele entwerfen, die nicht mehr umgesetzt werden, weil die Länder, die den Plänen unterworfen werden sollen, sich nicht beteiligen werden.

Doch es ist nicht ausgemacht, daß es gut ausgehen wird. Denn wer sich für etwas Besseres hält und seine eigenen Regeln und Werte dem Rest der Welt überstülpen will, wird nicht leicht davon ablassen.

Es werden neue Waffen und Waffensysteme entwickelt. Die Öffentlichkeit wird gleichgeschaltet. Wer seinen eigenen Weg gehen will, dem werden die Fesseln noch enger gezogen. Schon jetzt bietet das Internet in Europa keinen freien Zugang zu vielen anderen Medien. Schon jetzt werden Inhalte gelöscht, Bilder und Videos beseitigt. „Dieser Kanal kann nicht gezeigt werden, weil er lokale Gesetze mißachtet“, stand kürzlich auf einem libanesischen Nachrichtenportal. Ich fand das Video dann auf Umwegen, und zu sehen war, wie Kinder im Nordosten Syriens vier US-amerikanischen Panzerfahrzeugen die Durchfahrt durch ihr Dorf Hamou blockierten. Sie warfen Steine, den abziehenden Fahrzeugen rissen sie die US-Fahnen herunter ...

Je mehr ein Land aus dem westlichen Bündnis einen eigenen Weg gehen wollte, desto enger werden die Fesseln gezogen, mit denen der US-geführte Block von NATO und EU zusammengehalten werden soll.

Die westliche Hemisphäre setzt auf Krieg. Den Regierenden in den USA und in der EU geht es nicht um Menschen, es geht um Kontrolle. Es geht um den Zugang zu Rohstoffen und die Kontrolle von Transportwegen. Um das zu sichern, wird gelogen und betrogen, und man geht über Leichen. Die Verantwortung wird auf andere abgewälzt. Das sehen wir beim Krieg in der Ukraine. Das zeigt die Geschichte der Kriege gegen den Terror, die seit mehr als 20 Jahren von

Afghanistan über Irak, Syrien, Jemen, Libyen, Sudan bis zur Sahel-Zone eine Spur der Verwüstung gezogen haben. Länder und Gesellschaften, die sich nicht unterwerfen, werden stigmatisiert, bestraft, isoliert und verachtet. Aus Weizenfeldern werden Schlachtfelder. Mehr als sieben Millionen Kinder unter fünf Jahren gelten in den oben genannten Ländern als mangelernährt. Im Englischen spricht man von „wasted“ – vergeudet, verkümmert, nicht lebensfähig. Wer an seiner Heimat festhält, lebt ohne Strom und Wasser, von der Hand in den Mund. Statt Souveränität und Wiederaufbau gibt es Almosen und Krieg.

Was tun?

Als Journalistin habe ich oft gedacht, die Arbeit zu beenden. Die Brücken, die ich bauen wollte, sind unfertig. Doch nicht mehr zu berichten, bedeutet, vor der Propaganda zu weichen. Das ist keine Option. Über die Folgen der Kriege zu berichten, den Menschen dort eine Stimme und ein Gesicht zu geben, bedeutet, der hiesigen Öffentlichkeit den Spiegel vorzuhalten. Zeigen und sagen, was ist und den Kontext, den Zusammenhang herstellen, bietet die Chance zu verstehen, welche Folgen das Handeln der westlichen Hemisphäre hat.

In den verwüsteten, betroffenen Ländern hat man längst das Vertrauen in den Westen verloren und wendet sich von dem Monster ab, das Demokratie und Freiheit verspricht und doch nur die Rohstoffe plündern und Reichtümer abräumen will. Im Globalen Süden hat man genug von Krieg und Zerstörung und fortwährender Bevormundung. Man wendet sich neuen, hoffentlich zuverlässigeren Partnern zu. Das gilt es zu unterstützen. Nicht aus einem Gefühl der Schuld, sondern mit der Überzeugung, etwas für eine gute Zukunft zu tun.

Heute können wir an der Gestaltung der Welt immer weniger teilhaben. Nicht, weil wir es nicht versuchen oder keine Vorschläge machen, sondern weil die Regierungen die guten Ideen stehlen, sie sich aneignen und sie dann ins Leere laufen lassen. Weil der Willen und das Wohl der Bevölkerung nicht zählen.

Der neue Aufbruch der Länder im Süden ist eine große Chance für alle, die der Zerstörung Einhalt gebieten wollen. Seien wir mutig, schließen wir uns an. Lernen wir voneinander und miteinander. Gemeinsam kann es gelingen, die Fehler und Fehlentlungen der Vergangenheit zu korrigieren.

Karin Leukefeld

Redaktionell geringfügig gekürzt

Entnommen: Zeit-Fragen, Nr. 27, Zürich, 27.12.23

** Karin Leukefeld ist freie Journalistin und berichtete für verschiedene Tages- und Wochenzeitungen sowie den ARD-Hörfunk aus dem Nahen und Mittleren Osten. Seit 2010 in Syrien akkreditiert, reist sie immer wieder ins Land und berichtet vor Ort von dort.*

Bangladesch und die Feindschaft zwischen zwei alten Damen

Gleich zu Beginn des Jahres stehen in mehreren Ländern in Ost- und Südostasien Parlamentswahlen an. Bangladesch machte mit den Wahlen vom 7. Januar den Anfang. Aber auch in Taiwan (13. Januar), Pakistan (8. Februar), Indonesien (14. Februar) und Indien (im Mai) wird in der ersten Jahreshälfte gewählt. Der Ausgang dieser Wahlen in den bevölkerungsreichsten Ländern der Region wird großen Einfluß auf die Auseinandersetzung der USA mit China haben. Sowohl die USA als auch China versuchen, die Regierungen der Länder in Ostasien als Verbündete auf ihre Seite zu ziehen. Ohne Verbündete werden die USA in Asien militärisch nicht viel erreichen können. Indien, eine der Gründernationen der BRICS, taktiert unter der reaktionären Modi-Regierung hin und her und ist als einziger BRICS-Staat auch Mitglied der QUAD. Pakistan und Bangladesch haben sich in den letzten zehn Jahren mehr und mehr China angenähert, während die reaktionäre DPP-Regierung in Taiwan alle Provokationen der USA in der Taiwanstraße unterstützt und sich von den USA als Hebel zur Konfrontation mit China benutzen läßt. In Asien stehen bis jetzt, außer Taiwan, nur die Anglosaxen in Australien und (bedingt) Neuseeland sowie Südkorea und Japan auf Seiten der USA.

Die Parlamentswahlen in Bangladesch sind die ersten von etwa 50 nationalen Wahlen mit über zwei Milliarden Wählern weltweit.

Indien und Pakistan

Nach dem Ende der britischen Kolonialherrschaft entstanden zwei neue Staaten – das überwiegend von Hindus bewohnte säkulare Indien und der muslimische Staat Pakistan, die am 14. bzw. 15. August 1947 ihre Unabhängigkeit proklamierten. Pakistan damals bestand aus Westpakistan, dem heutigen Pakistan und Ostpakistan, dem heutigen Bangladesch. Von Westpakistan bis nach Ostpakistan waren es 2000 km, dazwischen liegt Indien. Die beiden Teile Pakistans waren auf dem Landweg nicht miteinander verbunden. Ostpakistan fühlte sich im Staat Pakistan benachteiligt. Obwohl Ostpakistan mehr Einwohner und eine stärkere Wirtschaft als Westpakistan besaß, hatte es im Parlament weniger Abgeordnete. Zudem deklarierte die pakistanische Regierung Urdu als Amtssprache. In Ostpakistan wurde aber fast ausschließlich das Bengalische, das zu den indoarischen Sprachen zählt, gesprochen. Dies führte zur Entstehung der bengalischen Sprachbewegung. Die Sprache spielte eine große Rolle im Unabhängigkeitskampf. Bengalisch ist heute Amtssprache in Bangladesch.

Gründung des Staates Bangladesch

Als bei den Wahlen in Pakistan 1970 die ostpakistanische Unabhängigkeitsbewegung mit der Awami-Liga (nachfolgend AL) die Mehrheit im Parlament von Islamabad errang und damit die Regierung Gesamtpakistans hätte

bilden sollen, schickte Westpakistan seine Armee gegen die Separatisten. Als Reaktion darauf erklärte Mujibur Rahman, der Anführer der AL, die Unabhängigkeit. Er wurde verhaftet, doch kurz vor seiner Festnahme durch die pakistanische Armee übergab er Major Ziaur Rahman ein Papier mit der Unabhängigkeitserklärung Bangladeschs. Die Unabhängigkeit wurde von Ziaur Rahman verlesen und im Radio gesendet.

Es kam zum Bürgerkrieg. Indien vertrieb die Truppen der westpakistanischen Armee aus Ostpakistan. Ostpakistan wurde in Bangladesch umbenannt und erklärte sich zu einem säkularen demokratischen Staat. Mujibur Rahman wurde 1972 Premierminister.

Er leitete ein umfangreiches Verstaatlichungsprogramm ein. Die Wirtschaft war in Folge des Bürgerkrieges geschwächt. 1974 überschwemmte der Brahmaputra einen Großteil des Landes, gefolgt von Hungersnot und Cholera mit 1,5 Millionen Toten. Angesichts einer wachsenden Opposition wurde die Regierung zunehmend autoritärer und Mujibur zunehmend unbeliebt.

Am 15. August 1975 wurde er zusammen mit fast seiner ganzen Familie in seinem Haus von einer Gruppe Offiziere ermordet. Seine Tochter Sheikh Hasina entkam dem Massaker, weil sie gerade nicht da war. Heute ist sie Parteivorsitzende der Awami-Liga. Sie wurde gerade zum vierten Mal hintereinander zur Premierministerin gewählt.

Obwohl nicht selber aktiv daran beteiligt, dürften die Machtübernahme des Militärs und die Ermordung von Mujibur kaum ohne Wissen von Ziaur Rahman stattgefunden haben. Der war inzwischen zum Stabschef der Armee aufgerückt. 1977 wurde Ziaur Staatspräsident und erließ eine Amnestie für die Mörder. Am 30. Mai 1981 wurde auch er getötet. Nach seiner Ermordung übernahm seine Witwe Khaleda Zia die Führung der von ihrem Mann 1978 gegründeten Nationalistischen Partei Bangladeschs (BNP). Sie wurde zweimal Premierministerin. Die BNP und die AL sind heute die beiden größten Parteien in Bangladesch. Seit Jahrzehnten führen die Rivalinnen Sheikh Hasina und Khaleda Zia einen erbitterten Kampf um die Macht. Sie wechselten sich gegenseitig als Premierministerin ab. Sie beschuldigen sich gegenseitig aller möglichen Untaten, darunter der Anstiftung zum Mord an ihren Familien- und Parteimitgliedern. Nur in den 80er Jahre taten sich die beiden Frauen gegen die Militärdiktatur von General Ershad kurzfristig zusammen und forderten die Rückkehr zur Demokratie.

Bangladesch heute

Bangladesch hat 175 Millionen Einwohner. Die Flüsse Ganges, Brahmaputra und Meghna fließen in einem gemeinsamen Delta südlich von Dhaka und westlich von Chittagong in den Golf von Bengalen. Trotz regelmäßiger Überschwemmungen und Zyklone

leben im Ganges-Delta über 143 Millionen Menschen.

Wirtschaftlich steht Bangladesch besser da als Pakistan. Seit den 90er Jahren wächst die Wirtschaft ständig, vor allem in den großen Städten. Der Export von Textilien spielt mit 85 % eine herausragende Rolle. In der Bekleidungsindustrie arbeiten etwa vier Millionen Menschen. Es gibt weit über 4000 Bekleidungsfabriken, die 2023 Textilien im Wert 47 Mrd. US-Dollar exportierten. Die Arbeiterinnen, es sind meist junge Mädchen und Frauen, arbeiten für Hungerlöhne zwischen 75 und 200 Euro im Monat, oft in maroden Gebäuden. Viele werden sich noch an Rana Plaza erinnern, wo 1100 Arbeiterinnen 2013 beim Einsturz der Fabrik getötet wurden. Die Lederindustrie ist nach der Bekleidungsindustrie der zweitgrößte Exportzweig. Der BIP pro Kopf beträgt nur 7800 US-Dollar pro Jahr (in Pakistan 6700 US-Dollar). 10 % der Bevölkerung haben nur unzureichend Nahrung. Auch in Bangladesch öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich.

Neben den Erlösen aus dem Export sind Transferleistungen von Arbeitern, die im Ausland arbeiten (vor allem in den Golfstaaten), an ihre Familien eine der wichtigsten Devisenquellen des Landes. Seit August 2017 suchen rund eine Million Rohingya in der Region um Cox's Bazar in Flüchtlingscamps unter schrecklichen Lebensbedingungen Schutz vor Verfolgung, Tod und Gewalt in Myanmar, was die Wirtschaft des Landes zusätzlich belastet.

2023 erlebte Bangladesch die schlimmste Wirtschaftskrise der letzten Jahre, vornehmlich ausgelöst durch den Ukraine-Krieg und die Folgen der weltweiten Corona-Pandemie. Aber Mißmanagement, falsche politische Entscheidungen und schlechte Regierungsführung haben ihre Auswirkungen verschlimmert. Die Devisenreserven haben sich halbiert, die Auslandsverschuldung steigt. Das Land hat in den letzten Jahren in großem Umfang Kredite aufgenommen um Megaprojekte zu finanzieren, der jährliche Schuldendienst nimmt zu. Für einen Kredit des IWF über 4,7 Mrd. US-Dollar hat Bangladesch sich verpflichtet, Subventionsprogramme für Nahrungs- und Düngemittel und Energie zurückzufahren. Die Wirtschaft steht auf der Kippe. Die Einkommensunterschiede haben ein kritisches Niveau erreicht. Der Unmut in der Bevölkerung über die steigenden Lebenshaltungskosten nimmt zu. Die hohe Inflation der letzten 18 Monate haben zu einem erheblichen Kaufkraftverlust geführt, die Menschen stehen mit dem Rücken zur Wand. Die Reichen nutzen Steuerschlupflöcher, die Krise müssen die Armen bezahlen. Von den sozialistischen Ansätzen nach der Unabhängigkeit ist die AL heute weit entfernt, sie hat sich auf die Seite der Oligarchie gestellt. Bangladesch ist seit 2016 Mitglied der BRI und hat von China umfangreiche Finanzmittel für Infrastrukturprojekte erhalten. Die chinesischen Investitionen in Bangladesch

belaufen sich auf über 38 Milliarden Dollar. China ist der größte Investor in Bangladesch. Nach Pakistan ist Bangladesch der zweitgrößte Empfänger chinesischer Kredite in Südasiens. Im Jahr 2016 wurden Bangladesch und China strategische Partner. China ist der größte Handelspartner Bangladeschs, mit zunehmender Tendenz.

Eine Wahl, die keine war

Die AL und die BNP vertreten zwei verschiedene Formen des Nationalismus: Die linke AL betont die bengalische Sprache und Kultur als einigendes Band. Die konservative BNP dagegen setzt mehr auf die Religion als Identitätsstiftendes Element. Sie scheut nicht den Schulterstoß mit den Islamisten. Die BNP ist eine Sammelpartei und umfaßt verschiedene politische Ideologien, die von links bis rechts reichen. Bereits ihr Gründer Ziaur Rahman hatte die Partei an den Islam herangeführt. Jahrelang war die Jamaat-e-Islami Verbündeter der rechtsgerichteten BNP, ihre Koalition regierte das Land von 2001 bis 2006. Die Jamaat will sich erneut mit Pakistan vereinen und einen auf die Scharia gegründeten islamischen Staat schaffen.

In ihrer Regierungspraxis unterschieden sich Khaleda Zia und Sheikh Hasina bisher nur bedingt. Als Premierministerinnen wurde beiden Korruption und Autoritarismus vorgeworfen. Demokratie legten sie jeweils zu den eigenen Gunsten aus. Meist waren die Wahlen von Streiks, Protesten, politischen Morden und wechselseitigen Fälschungsvorwürfen überschattet.

Über die Jahre als Premierministerin hinweg ist Hasina immer autoritärer geworden. Kritiker werfen ihr vor, Todesschwadronen zu unterhalten und Oppositionelle, Journalisten und Menschenrechtsaktivisten ermorden zu lassen. Nach 15 Jahren ununterbrochener Herrschaft der AL hat sich in Bangladesch eine Kultur der Vetternwirtschaft und Korruption entwickelt. Repressive Gesetze haben den Raum für die freie Meinungsäußerung so sehr eingeengt, daß sich laut einer kürzlich durchgeführten Umfrage rund 72 Prozent der Jugendlichen nicht trauen, ihre Meinung auf Social-Media-Plattformen wie Facebook zu äußern. Sowohl Sheikh Hasina als auch Khaleda Zia stehen unter Korruptionsverdacht. Aber Khaleda wurde verurteilt und steht

unter Hausarrest (weshalb sie auch nicht an den letzten Wahlen teilnehmen durfte) und Hasina bleibt Präsidentin.

Eigentlich hätten auch die diesjährigen Wahlen ein Kampf um die Macht zwischen den beiden großen Parteien Awami-Liga (AL) und BNP sein müssen. Aber die BNP sowie weitere 15 andere Parteien haben die Wahlen boykottiert. Die BNP, von der Tausende von Anführern in den letzten zwei Monaten unter erfundenen Anschuldigungen inhaftiert wurden, behauptet, daß unter der AL-Regierung keine freien und fairen Wahlen stattfinden können. Seit Oktober wurden nach Angaben der BNP landesweit mehr als 27 000 BNP-Führer und -Aktivisten festgenommen. Sie erklärt ihren Boykott damit, daß ihre Forderung nach einer neutralen Übergangsregierung nicht erfüllt worden ist. Eine reine Technokratenregierung soll nach der Legislaturperiode für drei Monate die Regierung übernehmen, um die Neuwahlen zu organisieren und Wahlmanipulationen zu verhindern. Dieses „Caretaker-System“ (das auch in Pakistan in Kraft ist) hatten sowohl die AL als auch die BNP damals gegen die Militärdiktatur gefordert und durchgesetzt. Die AL schaffte das System 2011 ab.

Nachdem so gut wie keine Oppositionspartei an den Wahlen teilnehmen wollte, stellte die AL „Scheinkandidaten“ auf, um den Anschein eines Wettbewerbs zu erwecken. Sie schuf sich kurzerhand selber eine Opposition, indem sie neben ihren eigenen Kandidaten eine Art „unabhängige AL“ aufstellte, besetzt mit Vertretern der AL, die nicht die erhoffte Nominierung erhalten hatten. Das Spiel war natürlich schnell durchschaut und die Wähler zeigten wenig Interesse an einer Stimmabgabe: „Was bringt es, in die Wahllokale zu gehen, wenn die Wahl nichts anderes ist, als ein Kampf zwischen zwei Gruppen derselben Partei“, so die vorherrschende Meinung.

Somit bestand die größte Herausforderung darin, die Wähler zu den Wahllokalen zu bringen. Um möglichst viele Wähler an die Urnen zu locken, wurden kostenlose Rikschas zur Verfügung gestellt, Essenspakete ausgegeben und mit der Streichung von Sozialleistungen gedroht, falls die Menschen nicht zur Wahl gingen. Nach der Wahlbeteiligung zu urteilen, kann man jedoch nicht sagen, daß diese Initiativen von Erfolg gekrönt waren. Sie lag

weit unter 50 %. Um den Anschein einer hohen Wahlbeteiligung zu erwecken, bildeten Aktivisten der AL vor verschiedenen Wahllokalen im ganzen Land falsche Wählerschlangen sobald Journalisten auftauchten.

Aus Angst vor Gewalt im Vorfeld der Parlamentswahlen wurden in ganz Bangladesch Truppen stationiert. Schon vor der Wahl waren zahlreiche Menschen durch Gewalttaten ums Leben gekommen. Mindestens vier Menschen wurden getötet und viele weitere verletzt, als Brandstifter einen fahrenden Zug in Dhaka in Brand setzten. Seit dem 16. November sind bei Brandanschlägen auf Züge neun Menschen ums Leben gekommen. Gewalt und Proteste waren auch am Wahlsonntag an der Tagesordnung. Es gab Brandanschläge auf Wahllokale und Autos. Aber auch nach den Wahlen wird es kaum Frieden in Bangladesch geben. Das Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte (OHCHR) hat in einer Mitteilung seine tiefe Besorgnis über die jüngsten Entwicklungen in Bangladesch zum Ausdruck gebracht.

Bei dieser Wahl ohne Wettbewerb gewannen die von der AL nominierten Kandidaten 222 von 298 Sitzen, während die unabhängigen Kandidaten der AL 62 Sitze errangen. Das bedeutet, daß die regierende AL allein 284 Sitze erhielt, 95 % der Gesamtsitze. Die wichtigste Oppositionspartei im derzeitigen Parlament, die Jatiya-Partei (auch als „domestizierte Oppositionspartei“ bekannt), errang nur 11 Sitze. Am 7. Januar schien Sheikh Hasina den Wettkampf mit Khaleda Zia endgültig für sich entschieden zu haben. Am 11. Januar leistete sie erneut ihren Amtseid. Ihre Rivalin wurde 2018 wegen Korruption verurteilt. Heute ist die 78-jährige, gesundheitlich schwer gezeichnet, unter Hausarrest. Andere BNP-Politiker sind mit einer Flut von Klagen konfrontiert. Viele Anführer der Partei verbringen ihre Tage inzwischen mit Anhörungen vor Gericht.

Das Fehlen demokratischer Verhaltensweisen läßt sich nicht unter den Teppich kehren. Die AL hat angekündigt, ihren „erfolgreichen Wirtschaftskurs“ der letzten Jahre fortzusetzen, es soll also alles beim Alten bleiben. Aber der gesamte Wahlprozeß hat unter der Bevölkerung dringende Fragen zum „Sieg“ der AL und ihres Mandats aufgeworfen.

KLJ

12.1.24

Die DPP gewinnt Präsidentschaftswahlen in Taiwan

Lai Ching-te hat die Wahl in Taiwan vom 13. Januar mit rund 40% der Stimmen gewonnen. Lai von der DPP ist ein starker Befürworter der Unabhängigkeit und war bisher Taiwans Vizepräsident. Er hat angekündigt, den Kurs von Tsai-Ing, also den Konfrontationskurs mit China, fortzusetzen, was tiefgreifende Auswirkungen auf Ostasien und die Welt haben dürfte.

Im Wahlkampf hatte Lai Kreide gefressen und die Drohungen gegen China zurückgefahren, weil er befürchtete, daß die Erklärung der KMT, die Wahlen würden über Krieg und

Frieden mit China entscheiden, sich negativ auf seine Siegchancen auswirken würde. Nach seinem Wahlsieg dürften diese Hemmungen schwinden.

Die zwei Oppositionsparteien KMT (Kuomintang) und Taiwanische Volkspartei (TPP) hatten versucht, ein Wahlbündnis zu schließen, um die regierende DPP zu stürzen. Der Plan scheiterte jedoch an Meinungsverschiedenheiten darüber, wer als Präsidentschaftskandidat antreten sollte.

Es waren aber nicht nur Präsidentschaftswahlen, sondern auch Parlamentswahlen

und dort hat die DPP ihre absolute Mehrheit verloren. Die KMT bekam 52, die DPP 51 und die TPP 8 Sitze.

Die USA, denen das Wahlergebnis höchste Genugtuung ist, wollen Taiwan als Hebel für ihren geplanten Krieg gegen China benutzen. Ähnlich wie in der Ukraine, soll Taiwan die Rolle als Stellvertreter in einem Krieg gegen China spielen. Die weitere Verschärfung der Spannungen zwischen Beijing und Taipeh ist vorprogrammiert.

KLJ

14.1.24

Eine Wahl, die Lateinamerika veränderte

Vor 25 Jahren siegte Hugo Chávez bei den Wahlen in Venezuela (Teil 2 und Schluß)

2015, nach Chávez' Tod im März 2013, gewann die Opposition die Parlamentswahlen. Aber da wirkten schon die von den USA stetig verstärkten Sanktionen gegen Venezuela, die sich allmählich verheerend auf die Wirtschaft und damit auf die Lebenslage der Bevölkerung auswirkten. Auch die seit 2014 gefallenen Erdölpreise taten ihr Übriges. Eva Golinger, Rechtsanwältin aus den USA und Chávez-Unterstützerin, sagt dazu: „Leider waren diejenigen, die Chávez als Zuständige hinterließ, nicht in der Lage, das Land erfolgreich durch diese schwierigen Zeiten zu lotsen. Eine Kombination aus Korruption und Sabotage von außen durch die oppositionellen Kräfte (mit ausländischer Unterstützung) lähmt die Wirtschaft. Mißmanagement ist weit verbreitet und wirkt destruktiv. US-Dienste und ihre Verbündeten in Venezuela nutzten die Gunst der Stunde, um die verbliebenen Überreste des Chavismus weiter zu destabilisieren und zu zerstören.“

Auch die KP Venezuelas (PCV) stellte fest, daß sich der Staat etwa ab 2016 aus immer mehr Bereichen der Wirtschaft zurückgezogen und sie anderen wirtschaftlichen Akteuren und ihrer Profitlogik überlassen hat. Innerhalb des Regierungsapparates hätten Strömungen stark an Einfluß gewonnen, die der Ansicht waren, daß ein Überwinden der Krise und das Verbleiben an der Regierung nur durch Kompromisse mit Teilen der Bourgeoisie möglich sei. Der wirtschaftliche Liberalisierungsprozeß in Venezuela habe schließlich zu einem neuen Status quo geführt, in dem Millionen Menschen von der Möglichkeit des Konsums ausgeschlossen werden, weil sie nicht die notwendigen Mittel haben. Die Hyperinflation wurde zwar besiegt, aber die Entwertung der Löhne nie gestoppt. Vielmehr hat sie sich noch verschärft. Der Mindestlohn lag zeitweise bei etwa einem Dollar – pro Monat! Davon kann niemand leben. Sozioökonomisch erinnere die aktuelle Situation an die 90er Jahre, in der der Chavismus als politische Identität entstanden ist. Wenn dieses wirtschaftliche Anpassungsprogramm von einer rechten Regierung durchgesetzt worden wäre, dann wäre die chavistische Basis auf der Straße gewesen und hätte die Regierung als neoliberal beschimpft. Die soziale Ungleichheit ist in den letzten zehn Jahren exponentiell gewachsen, obwohl die Bolivarische Revolution begonnen wurde, um die Armut und die Ungleichheit zu bekämpfen. Wenn die Maßnahmen nicht darauf orientiert sind, die Ungleichheit zu reduzieren, was bleibt dann von ihr übrig? Die chavistische Basis habe immer eine sehr kritische Beziehung zur Regierung Chávez gehabt, so die PCV weiter. Die Leute

kritisierten die Regierung mit derselben Leidenschaft, mit der sie sie verteidigten. Der Unterschied ist, daß Chávez dies aktiv beförderte. Heute gibt es diese Form des Austauschs zwischen Regierung und Basis praktisch nicht mehr. Wenn die Regierung in der Lage ist, sich mit Teilen des Bürgertums, mit Unternehmerverbänden zu verständigen, warum dann nicht auch mit ihren linken Kritikern, zum Beispiel der Kommunistischen Partei, statt sie auf verschiedenste Art und Weise auszuschalten?

Bereits 2011 habe die PCV auf dem 14. Kongreß festgestellt, daß es sich beim Projekt der Bolivarischen Revolution um ein Projekt der



In enger Freundschaft verbunden: Fidel Castro und Hugo Chávez

nationalen Befreiung und eben nicht um einen sozialistischen Prozess handelt, und daß die kapitalistischen Produktionsverhältnisse nicht angerührt werden. Es wurden lediglich ökonomische und soziale Reformen im Rahmen des Systems umgesetzt. Die Regierung unter Maduro implementierte ab 2018 schließlich ein neoliberales Krisenprogramm. Die Führungspersonen der PSUV spiegeln diese Interessen der Bourgeoisie wider.

Die bürgerliche Opposition äußert sich mit verhaltener Genugtuung: „Wir haben zwar nicht eine andere Regierung erreicht, aber die Art und Weise geändert, wie sie regiert.“ Dazu Eva Golinger: „Jetzt versuchen sie, das Erbe von Chávez zu beschmutzen und auszulöschen, aber ich glaube, daß das ein unmögliches Unterfangen ist. Das Andenken an Chávez in Millionen Menschen, die er beeinflusst hat und deren Leben er verbessert hat, wird den Sturm überstehen. ‚Chavismus‘ ist zu einer Weltanschauung geworden, die auf Prinzipien von sozialer Gerechtigkeit und menschlicher Würde basiert.“

Innenpolitisch kann 25 Jahre nach der Erstwahl Chávez' zum Präsidenten bilanziert werden, daß das Venezuela von heute anders ist als das Venezuela unter Präsident Hugo Chávez. Die Veränderungen, die es seit seinem Tod gegeben hat, sind vielfältig und fast alle negativ. Von der bolivarischen Revolution und

vom Chavismus ist aufgrund der US-Sanktionen gegen Venezuela und der von Maduro seit 2016 verfolgten Politik materiell nicht viel übriggeblieben, aber das Volk ist von der Erfahrung mit dem Chavismus geprägt, ca. 20 % der Bevölkerung stehen fest zum Chavismus, der bei entsprechender Gelegenheit sicherlich aktiviert werden wird.

ALBA – UNASUR – CELAC

Auf außenpolitischer und internationaler Ebene fällt die Bilanz ganz anders, viel positiver aus, denn Chávez' Wahl wird allgemein als Ende des neoliberalen Zyklus angesehen, der die 90er Jahre beherrschte. In den darauffolgenden Jahren kamen in anderen lateinamerikanischen Ländern Kräfte an die Regierung, die den politischen Ideen Chávez nahestanden, wodurch eine „rote Welle“ ausgelöst wurde.

Zusammen mit Fidel Castro schuf er zur Überwindung der Abhängigkeit von den USA Organisationen zur politischen und wirtschaftlichen Integration der lateinamerikanischen Länder, die den reaktionären Stürmen der Zeiten widerstanden und überlebt haben.

Den Anfang machte die 2004 zwischen Venezuela und Kuba ins Leben gerufene „Bolivarische Alternative der Völker Unseres Amerika“ (ALBA), die sich 2006 nach dem Beitritt

Bolivians den neuen Namen „Bolivarische Allianz der Völker Unseres Amerika – Handelsvertrag der Völker“ (ALBA-TCP) zulegte. Von den herkömmlichen Integrationsprojekten unterscheidet sie sich durch die Grundprinzipien Solidarität – Komplementarität – Humanismus. Die gegenseitige Unterstützung, d.h. die Nutzung der Vorteile eines jeden Landes, steht im Vordergrund, um gemeinsam stark zu sein durch eine ausgeglichene wirtschaftliche Entwicklung in jedem Land, gerade dort zu helfen, wo einer schwach ist und nicht die Schwäche des anderen zum eigenen Vorteil auszunutzen, nicht auf Kosten eines anderen besser zu leben.

Mit der Gründung der ALBA-Bank 2008 begann der Weg zur Befreiung von der Herrschaft der Weltbank und des IWF.

Mit der Einführung des Sucre 2010 als neue zwischenstaatliche Währungseinheit, die in einem ersten Schritt als Verrechnungseinheit, die – ähnlich dem ECU, dem Vorläufer des Euro – nur als Buchgeld existiert, im gemeinsamen Handel genutzt wird, sollte die wirtschaftliche Integration der ALBA-Staaten vereinfacht und die Loslösung vom US-Dollar als internationale Leitwährung eingeleitet werden.

Durch ALBA-TCP wurden der von einigen Ländern gemeinschaftlich betriebene Fernsehsender teleSUR, der über Satellit abstrahlt, und Radio del Sur geschaffen. Diese

Sendeanstalten verstehen sich als mediale Unterstützung für die Schaffung eines neuen multipolaren internationalen Informationssystems im Dienste der Völker auf der Grundlage der Prinzipien der Unabhängigkeit, Gleichheit, Selbstbestimmung und für das Durchbrechen der Vormachtstellung der westlichen Nachrichtenmonopole.

Chávez hatte auch maßgeblichen Anteil an der zweiten historischen Großtat mit bedeutender internationaler Ausstrahlungskraft: Nach etlichen Jahren der Vorbereitung wurde 2008 die Union südamerikanischer Staaten (UNASUR) ins Leben gerufen, der alle 12 unabhängigen Staaten Südamerikas angehören. Im Mittelpunkt steht die Zusammenarbeit beim Kampf gegen Ungleichheit, soziale Ausgrenzung, Hunger, Armut und Unsicherheit, um die Demokratie, Souveränität und Unabhängigkeit der südamerikanischen Staaten zu stärken und Asymmetrien zu reduzieren, z.B. durch den Ausbau der verbindenden Infrastruktur zwischen den Ländern. Damit war UNASUR klar als Gegenkraft zur unter der Vorherrschaft der USA stehenden OAS konzipiert.

Im Streit hinsichtlich der Positionierung im Venezuela-Konflikt traten acht Mitglieder aus dem links geprägten Bündnis UNASUR aus und gründeten als Alternative im März 2019 das neoliberal geprägte Regionalbündnis Prosur.

Auf Initiative von Brasiliens Präsident Luis Inácio Lula da Silva im Mai 2023 wurde UNASUR reaktiviert. Besondere Aufmerksamkeit erhielt Lulas Aufruf, die südamerikanischen Staaten sollten in ihren bilateralen Handelsbeziehungen von der Verwendung des US-Dollars wegkommen. Damit war Chávez' Erbe gerettet. Die dritte große Errungenschaft unter Chávez' Mitwirkung war die Gründung der Gemeinschaft der lateinamerikanischen und karibischen Länder (CELAC), der alle 33 souveränen Staaten des amerikanischen Doppelkontinents angehören, außer den USA

und Kanada. Damit wird schon deutlich, daß auch diese Organisation als ein Gegenstück zu der von den USA dominierten Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) angelegt war. Die lateinamerikanischen und karibischen Länder wollten endlich selber Dinge ohne Einfluß der USA entscheiden, die ihre Länder betrafen. Auch dieser Staatenbund hat die Wirren der Jahre überstanden, als in einigen Ländern rechte Kräfte an die Regierung gelangten, die eine USA-genehme Politik vertraten. Besonders Mexikos Präsident Andrés Manuel López Obrador und sein argentinischer Amtskollege Alberto Fernández setzten sich für die Wiederbelebung der CELAC ein. Sie ist wieder aktiv geworden und pocht verstärkt auf Eigenständigkeit in der internationalen Politik, zumal zwei Länder (Brasilien, Argentinien ab 1.1.24) dem BRICS-Staatenbund angehören.

Eine spezielle Gründung von Chávez war PETROCARIBE, ein Abkommen vom Juni 2005 für Erdöllieferungen zum Vorzugspreis von Venezuela an einige Karibikstaaten. Auch Bezahlungen mit Waren oder Dienstleistungen (Tauschhandel) sind möglich. Kuba zum Beispiel entsandte als Gegenleistung tausende Ärzte und anderes medizinisches Personal, Lehrer, Sporttrainer und Regierungsberater. Zu den mittelfristigen Zielen gehört die gemeinsame Erschließung, Förderung und Verarbeitung von Erdöl und Erdgas durch die Mitgliedsstaaten. Es soll ein Netz erdölindustrieller Anlagen geschaffen werden, durch das die Versorgung der Staaten der Region mit Derivaten nachhaltig gewährleistet werden soll.

Bewahrtes Vermächtnis

Die Existenz dieser Organisationen und ihre Zielstellungen sind in großem Maße ein Verdienst von Hugo Chávez. Wie weitreichend er dabei handelte, wird daran deutlich, daß die BRICS-Staaten und die Gruppe 77+ China sowie die chinesische

Belt-and-Road-Initiative genau diese Zielsetzungen übernommen haben, für die Hugo Chávez eingetreten war: der Kampf gegen Armut und den Klimawandel, für die Reformierung der internationalen Finanzarchitektur, Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung und bessere Verbindungen zwischen den Ländern des Globalen Südens, die Lösung der Schuldenfrage, die Loslösung vom US-Dollar und die Herausbildung einer multipolaren Weltordnung. Damit bleibt Chávez' Vermächtnis bewahrt, hinterläßt er unauslöschliche Spuren.

Angemerkt sei schließlich noch, daß viele Venezolaner daran glauben, daß Chávez ermordet wurde. Dafür gibt es hinreichend Indizien, so die Rolle mehrerer Personen aus Chávez' engstem persönlichen Sicherheitsdienst wie Oberstleutnant Leamsy Salazar, Hauptmann Adrián Velásquez und dessen Ehefrau Claudia Patricia Díaz Guillén, die mehrere Jahre Chávez' persönliche Krankenschwester war, Medikamente, Spritzen und andere Dinge der Gesundheits- und Ernährungsversorgung für Chávez verwaltete und privaten, unbeaufsichtigten Zugang zu ihm hatte. Gemäß freigegebener geheimer US-Dokumente ist bekannt, daß die US-Armee schon seit 1948 an einer Waffe zur Injektion von radioaktivem Material für politische Morde an ausgewählten Feinden gearbeitet hat und daß es eine von der CIA entwickelte Mordwaffe zur Erzeugung von Herzinfarkt und Weichteilkrebs gab. Chávez starb an einem aggressiven Weichteilsarkom. Als das entdeckt wurde, war es bereits zu spät. Gemeinsam ist diesen genannten Personen, daß sie nach Chávez' Tod in die USA übersiedelten und dort in das Zeugenschutzprogramm aufgenommen wurden bzw. über Vermögen verfügen, die diese Personen nicht mit legitimen Mitteln zusammengerafft haben können. (Eva Golinger in: Der seltsame Tod von Hugo Chávez, www.amerika21.de, 27.6.2016)

Gerhard Mertschenk

Kuba feierte 65 Jahre der Revolution

Vor 65 Jahren siegte die Kubanische Revolution. Am 1. Januar 1959 zogen die erfolgreichen Guerilleros um Fidel Castro und Che Guevara in Havana ein. Trotz US-Blockade und Interventionen bleibt die Insel seither auf sozialistischem Kurs.

Millionen Kubanerinnen und Kubaner feierten neben Neujahr auch den 65. Jahrestag ihrer Revolution. Wie üblich, wurden das neue Jahr und das Revolutionsjubiläum zu Silvester um Mitternacht auf der Festung San Carlos de la Cabaña über der Hafeneinfahrt der Hauptstadt mit 21 Salutschüssen begrüßt. Neben zahlreichen Aktivitäten im ganzen Land fand eine zentrale Feier im Céspedes-Park von Santiago de Cuba statt. Dort hatte Revolutionsführer Fidel Castro am 1. Januar 1959 von einem Balkon den Sieg der von ihm angeführten Rebellenarmee über das Regime des US-freundlichen Diktators Fulgencio Batista verkündet. „Wir

können sagen, daß wir in den vier Jahrhunderten, seit unsere Nation begründet wurde, zum ersten Mal völlig frei sein werden“, erklärte Fidel Castro dort. Als ahnte er die kurz darauf beginnenden Angriffe von USA-Regierungen auf die Unabhängigkeit und Souveränität seines Landes, fügte er hinzu: „Die Revolution beginnt jetzt. Sie wird keine einfache Aufgabe sein, sondern eine harte und gefährvolle Unternehmung.“

Seitdem unterliegt das erste sozialistische Land auf dem amerikanischen Kontinent der längsten und umfangreichsten Wirtschaft-, Handels- und Finanzblockade, die je gegen ein Volk verhängt wurde. Trotzdem verfügt Kuba seit Jahrzehnten über das politisch stabilste System der Region. Während viele Länder Lateinamerikas in den vergangenen Jahrzehnten unter Diktatoren litten, die ihre Macht mit Todesschwadronen, Folter, „Verschwindenlassen“ und Morden an

Oppositionellen zu sichern versuchten, verteidigte Kuba mit Erfolg die Ziele der Revolution. In wenigen Jahren gelang es, die bis dahin im Bildungs- und Gesundheitsbereich rückständige Insel zum ersten vom Alphabetismus befreiten Land der Region zu machen. Und trotz US-Blockade verfügt Kuba weiterhin über die größte Anzahl von Ärzten und medizinischen Einrichtungen in Lateinamerika.

Obwohl „die Last des Mangels“ in vielen Bereichen auch jetzt noch weiterbesteht, gebe es Errungenschaften, „die uns nicht einmal die schlimmsten Naturgewalten oder das Imperium nehmen konnten“, sagte Präsident Miguel Díaz-Canel in der letzten Parlaments-sitzung des Jahres am 22. Dezember. „Feiern wir unsere Unabhängigkeit, unsere Souveränität und unsere Freiheit!“

Redaktionell gekürzt
Aus: Zeitung der Arbeit, Wien, 5.1.24

Vor 90 Jahren wurde Sandino ermordet, in Nicaragua lebt er weiter

Zur Erinnerung: An den Wänden der rechten Seite der Historic Hall des Pentagons in Washington sind unzählige Tafeln zu sehen, auf denen die militärischen Siege der Vereinigten Staaten im Verlauf der Jahrhunderte präsentiert werden. An den Wänden der linken Seite gibt es zwei Tafeln, die ihre Niederlagen im 20. Jahrhundert symbolisieren. Auf der einen steht: „Nicaragua – 1933“, auf der anderen: „Vietnam – 1973“. Zwei tapfere Völker lieferten sich einen ungleichen Kampf mit der auf das Modernste ausgerüsteten Armee der Welt. Die Tafel „Nicaragua – 1933“ steht für die Niederlage der US-Marines, die sie durch die Armee zur Verteidigung der nationalen Souveränität Nicaraguas (EDSNN), angeführt von General Augusto Cesar Sandino, bezogen.

Im Jahre 1901 ließ der liberale General José Santos Zelaya in der Hauptstadt Managua auf dem Hügel an der Lagune Tiscapa seine Hazienda einrichten. Das Areal wurde „La Loma“ genannt. Zur Hazienda gehörte eine Pferdekoppel, auf der eine Festung entstand, die militärischen Zwecken diente. Dieser Teil von „La Loma“ hieß „Campo de Marte“ (Marsfeld). Der Verfassungskrieg von 1926/27 zwischen Liberalen und Konservativen Nicaraguas gipfelte im Hochverrat am Vaterland. Der liberale General José María Moncada unterzeichnete am 4. Mai 1927 mit Henry L. Stimson, dem Sondergesandten des USA-Präsidenten Coolidge, den „Espino-Negro-Pakt“ (Pflaumenbaum-Pakt), der die Auslieferung Nicaraguas an die USA und die Kontrolle des Landes durch US-Marines beinhaltete. Die Marines bezogen die Festung auf dem Marsfeld. Die nordamerikanischen Streitkräfte hatten bis zu 40 000 Marines in Nicaragua. Am 4. November 1928 fanden Präsidentschaftswahlen statt. Die US-Besatzer hatten sie angesetzt und ihre Durchführung überwacht. Sie zählten auch die Stimmen aus. Der liberale General Moncada wurde Präsident, als Lohn für seinen Verrat.

Sandinos Truppe gehörte bis zum 4. Mai 1927 der Liberalen Armee an. Als die Lakaien das Vaterland verkauften und den „Espino-Negro-Pakt“ unterzeichneten, begann sie mit der Rebellion. Sandino gelangte zur Auffassung, daß der Hauptfeind Nicaraguas nicht das konservative Lager, sondern die Regierung des nordamerikanischen Imperiums war. Am 2. September 1927 erklärte sich die Truppe Sandinos zur Verteidigungsarmee der Nationalen Souveränität Nicaraguas (EDSNN). Neben den Streitkräften der Konservativen und denen der Liberalen entstand eine neue Armee, die später einmal bis zu 6000 Kämpfer haben sollte.

Am 6. November 1932 fanden in Nicaragua erneut Präsidentschaftswahlen statt. Sie standen wieder unter direkter Kontrolle

der nordamerikanischen Interventen. Für die Liberalen kandidierten Juan Sacasa, für die Konservativen Adolfo Díaz. Sandino war gegen die betrügerischen Wahlen. Seine Armee versuchte, sie durch militärische und politische Aktionen in den von ihnen kontrollierten Gebieten in den Segovias, in den Bergen des Nordens, aber auch in Managua und in einigen Regionen der Pazifikküste, zu vereiteln. Sandino verurteilte nicht nur die US-amerikanische Aufsicht, er kritisierte auch die Kandidaten und den Wahlprozeß, den er



als Farce ansah. Sacasa gewann die Wahlen. Die Yankees hatten ihn ausgewählt. Er war aber nicht ihre einzige Auswahl. Sie setzten an die Spitze der Nationalgarde einen Mann ihres Vertrauens, um die Macht vom Marsfeld aus zu überwachen. Dieser Mann hieß Anastasio Somoza García. Er und die Nationalgarde waren „Kämpfer für die Freiheit“, in die Washington alle Hoffnungen setzte. Am 14. November 1932 wurde Somoza zum Chef der Nationalgarde ernannt.

Die EDSNN Sandinos führte in den Jahren von 1927 bis 1933 einen heldenhaften Guerillakampf gegen Truppen des Koloß' aus dem Norden. Den Yankees war es nicht gelungen, sie zu besiegen. Die US-Regierung willigte ein, nach den Wahlen ihre Truppen aus Nicaragua abzuziehen. Nach fast sieben Jahren bewaffneten Kampfes gegen die Streitkräfte der Yankee-Invasoren und der Lakaien-Regierungen unterschrieben Sandino und Präsident Sacasa am 2. Februar 1933 den Friedensvertrag. Die Regierung der USA begann am 2. Januar 1933 ihre Kontingente aus Nicaragua abzuziehen. Der Abzug endete am 10. Januar 1933. Die Yankees hatten den Krieg verloren, jedoch die Nationalgarde zurückgelassen. Die wiederum

begann mit Mordfeldzügen gegen die Sandinisten, die sich dem Genossenschaftswesen widmeten.

Die EDSNN unterschied sich grundsätzlich von den Armeen der Konservativen und Liberalen. Nach dem Abzug der US-Truppen legte die EDSNN die Waffen nieder. Sandino begann im Gebiet des Río Coco die ersten Genossenschaften zu gründen. Er suchte nicht nur nach kurzfristigen Lösungen für seine Soldaten, die ins zivile Leben zurückzukehrten. Er wollte gerechte und selbstverwaltende Genossenschaf-

ten, die allen Familien und Gemeinden ein würdiges Leben ermöglichen und die lokalen Reichtümer zum eigenen Wohle verwalten. Sandinos Genossenschaftsprojekt war eine Bedrohung für die Herrschaft der Kapitalisten und Oligarchen. Es zielte auf die Veränderung der sozial-ökonomischen Struktur Nicaraguas. Am 19. Februar 1934 überreichte General Sandino in seiner letzten Handlung in den Segovias die Gründungsurkunde der Regierung Sacasas an die Genossenschaft „Güigüilf am Río Coco“. Heute wird in Nicaragua der 19. Februar als „Tag der Genossenschaften“ begangen. Am 21. Februar 1934 fand im Präsidentenpalast auf „La Loma“ ein Bankett statt, zu dem Präsident Sacasa General Sandino und dessen Begleitung eingeladen hatte. Um das verleumderische Gerücht zu zerstreuen, daß er nicht an einen Frieden interessiert wäre und weil er die Garantie erhielt, daß sein Leben nicht gefährdet sei, nahm Sandino die Einladung an. Sandino und seine Generäle Juan Umazor und Francisco Estrada reisten aus den Segovias nach Managua. In der

Hauptstadt schlossen sich ihnen sein Vater Gregorio Sandino, sein Bruder Sócrates und sein Freund Sofonías Salvatierra an. Ein Jahr nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages besuchte Sandino zum vierten Mal den Präsidenten. An diesem Tag schlossen Sandino und Sacasa ein gutes Abkommen ab. Der sandinistische Sympathisant General Horacio Portocarrero sollte Regierungschef der Segovias werden, um zu erreichen, daß die feindlichen Bedrohungen und die Verbrechen der Nationalgarde gegen die ehemaligen sandinistischen Kämpfer beendet werden. Sandino hatte Gold an den Ufern des Río Coco gefunden und 768 Unzen davon in ein Seidenhals-tuch eingewickelt. Er zeigte Sacasa das Gold. Die beiden vereinbarten, einen Vertrag über die Gründung einer Mine im Nordgebiet abzuschließen. Eine Zukunft in Frieden für die Sandinisten schien sich anzudeuten. Außerdem wollte man eine Revision der Strukturen der Nationalgarde vereinbaren, die von Tag zu Tag zu einer immer größeren Gefahr für alle wurde. Während des Abendessens erklärte Sandino, daß er am nächsten Tag seine Mutter in Niquinohomo besuchen wollte. Danach wollte er nach Managua zurückkehren, um

die Verhandlungen über die Goldförderung am Río Coco abzuschließen. Nach dem Abendessen verabschiedeten sich Sandino und seine Begleiter.

Auf „La Loma“ residierte auch der Chef der neuen Nationalgarde General Anastasio Somoza García. In einer weißen Villa, „La Curva“ genannt, die sich in unmittelbarer Nähe des Präsidentenpalastes befand, traf er sich mit dem neuen USA-Botschafter Arthur Bliss Lane und dreizehn auserlesenen Offizieren. Eigentlich wollte man einer Lesung der peruanischen Poetin Zoila Rosa Cárdenas zuhören. Zunächst unterbreitete Somoza den Anwesenden einen teuflischen Plan. Die Friedensverträge paßten nicht in die nordamerikanische Nicaragua-Strategie. Die Sandinisten waren „Krebsgeschwüre, die entfernt werden müßten“. Als der Plan erörtert war, begann der Vortrag der Cárdenas. Somozas Schergen machten sich indessen an die Arbeit.

Nach der Verabschiedung Sandinos ging das Licht im Präsidentenpalast noch nicht aus. Sacasa, zwei seiner Brüder und weitere Gäste unterhielten sich über die Gespräche mit Sandino. Einige Zeit später kam Sacasas Tochter Marusca nach Hause. Als sie den Salon betrat, in dem sich die Männer aufhielten, erzählte sie, daß auf dem Marsfeld gerade einige Männer, die in einem Auto dort vorbeigefahren waren, von Gardisten festgenommen worden wären. Schüsse wären gefallen. Sacasa und seine Gäste ahnten, daß sie Sandino und seinen Generälen gegolten haben. Nachdem Melder das Verbrechen bestätigten, versammelte Präsident Sacasa seine Minister und das Parlament. Sie unterschrieben ein Dokument und versprachen dem Präsidenten ihre Unterstützung. Der USA-Botschafter Arthur Bliss Lane und Anastasio Somoza García kamen in den Präsidentenpalast. Der Chef der Nationalgarde „beteuerte“ seine Unschuld am Verbrechen und unterschrieb ebenfalls das Unterstützungsdokument für den Präsidenten. Danach kehrte er, von Bliss Lane begleitet, in seine Villa „La Curva“ zurück. Der Regierungschef verstärkte zusammen mit seinem Bruder Federico Sacasa die Wachposten rings um „La Loma“. Sie ordneten an, Schützengräben auszuheben. Dutzende bewaffnete Zivilisten postierten sich in Erwartung schlimmer Ereignisse. Drei

Tage später erschien die komplette Nachricht über das Massaker an den Sandinisten.

1936 setzte Somoza García den verfassungsmäßigen Präsidenten Sacasa mit Zustimmung der USA-Regierung ab. Im Januar 1937 ließ er sich zum Präsidenten wählen. Die USA-Regierung erklärte ihn zum „Großen Friedenstifter der Segovias“. Somoza García schloß einen Pakt mit der Konservativen Partei und riß die Liberale Partei an sich. 1939 ließ er eine Verfassungsversammlung wählen, die ihn wiederum für acht Jahre zum Präsidenten „wählte“. Im selben Jahr lud ihn die US-Regierung nach Washington ein. Somoza wurde wie ein Held empfangen. Die staatlichen Angestellten standen Spalier, um ihm zu applaudieren. Präsident Franklin Roosevelt und General Dwight Eisenhower umarmten ihn. Zum Abschluß des Besuches bewilligten sie ihm ein Darlehen von 2,5 Millionen US-Dollar. Die Nationalgarde hatte fünf Jahre zuvor dem Leichnam Sandinos das Seidentuch mit den 768 Unzen Gold abgenommen. Die National City Bank von New York kaufte dieses Gold für 26 880 US-Dollar. Den Nettogewinn bekam Somoza García für die Ermordung Sandinos ausgezahlt. Am 21. September 1956 richtete Rigoberto López in León den Mörder Sandinos hin. Auf Anastasio Somoza García folgte dessen Sohn Anastasio Somoza Debayle. Die dunkle Zeit der Unterdrückung und des Todes ging weiter. Ricardos Aktion inspirierte jedoch Carlos Fonseca Amador, zusammen mit Colonel Santos López, Silvio Mayorga, Faustino Ruíz, Jorge Navarro, Francisco Buitrago, José Escobar, Tomás Borge, Germán Pomares und Rigoberto Cruz (Pablo Úbeda) im Juli 1961 die Sandinistische Front der Nationalen Befreiung (FSLN) zu gründen und für die Verteidigung der Souveränität und Unabhängigkeit Nicaraguas zu kämpfen. 1969 veröffentlichte die FSLN ihr Historisches Programm. Am 19. Juli 1979 siegte die Sandinistische Volksrevolution. Ein Ziel des Kampfes Sandinos erfüllte sich: Nicaragua war frei.

Das Historische Programm bewährte sich als Fahrplan in den revolutionären Jahrzehnten. Es half der FSLN nach der Wahlniederlage 1990 über die neoliberale Zeit hinweg. Es wurde zur Brücke zwischen Sandinos Ideen und dem aktuellen Nationalplan zur Bekämpfung

der Armut und für die Entwicklung 2022–2026. Sandino lebt in der Sandinistischen Volksrevolution weiter. Diese wiederum lebt im Zusammenwirken mit anderen Revolutionen und Freiheitskämpfen der Welt, aber auch mit den Bewegungen der internationalen Gemeinschaft, die für Frieden, Gerechtigkeit, Gleichheit aller Menschen, Achtung jeden Staates, Streben nach ökologischem Gleichgewicht und Umweltsauberkeit eintreten. Sandino lebt in den Sektoren der Wirtschaft Nicaraguas und für einen fairen, solidarischen, ausgleichenden und gerechten Handel. Er lebt im Kampf für eine bessere Welt und im Glauben der Völker Lateinamerikas und der Karibik an die Einheit ihrer Völker. Sandino lebt in der FSLN, der Avantgarde des nicaraguanischen Volkes, und in allen politischen Kräften, die zur Verteidigung des Vaterlandes gegen jede Art von Intervention bereit sind. Auf keinen Fall lebt Sandino in der Bewegung der Erneuerung des Sandinismus (MRS). Was wollte diese Bewegung am Sandinismus erneuern? Sandino sah in den USA den Hauptgegner des nicaraguanischen Volkes. Das Zusammengehen mit den Regierenden der USA war für Sandino Vaterlandsverrat. Die „Erneuerer“ dienten sich dem Weißen Haus an, baten 2018 und danach die US-Administration um Intervention mit dem Ziel, „die Demokratie und die Freiheit in Nicaragua zu retten“.

Auf „La Loma“, dem Hügel an der Lagune Tiscapa, steht ein 28 Meter hohes Sandino-Monument. Die FSLN ließ es gerade noch vor den Wahlen 1990 fertigstellen. Sie wußte, daß sie diese gegen die Chamorro-Union verlieren würde. Das Monument sollte darauf aufmerksam machen, daß der Kampf im Geiste Sandinos weitergeht. Es steht an der Stelle, an der Sandino und seine Kameraden am 21. Februar 1934 gefangen genommen und ermordet wurden. Das Monument symbolisiert den Mann, der für die Tafel „Nicaragua – 1933“ in der Historic Hall des Pentagons in Washington verantwortlich ist. Es erinnert weithin sichtbar an den am 18. Mai 1895 in Niquinohomo geborenen Nationalhelden Augusto Cesar Sandino, den Romain Rolland zum „General der freien Menschen“ ernannte.

Wolfgang Herrmann
Dreesch

BRICS – die wachsende Familie

Es ist eine ermutigende Nachricht, daß die BRICS-Gruppe (Brasilien, Rußland, Indien, China und Südafrika) in diesem Jahr mit dem Beitritt von Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Ägypten, Iran und Äthiopien 2024 wächst und sich entwickelt. Der Block ist die Alternative zur Welt des Dollars, der, wie der russische Außenminister Lawrow erklärte, „zu einem Instrument der Einflußnahme geworden ist, um die Positionen von Ländern in verschiedenen Regionen zu untergraben, sich in innere Angelegenheiten einzumischen und Regierungen zu stürzen“.

Es handelt sich um ein großartiges Projekt wirtschaftlicher, kommerzieller, wissenschaftlicher, kultureller und anderer Formen

der Zusammenarbeit auf dem Weg zu einer multipolaren Welt, die im Entstehen ist. 2024 werden die BRICS-Länder 42 % der Weltbevölkerung, 30 % des Weltterritoriums, 23 % des globalen Bruttoinlandsprodukts und 18 % des internationalen Handels ausmachen. Darüber hinaus verfügt die Gruppe über 42 % der Ölréserven. Die zehn derzeitigen Mitglieder beherrschen 68 % der Produktion von angereichertem Uran und die erneuerbaren Ressourcen: Allein auf China entfallen 55 % der Investitionen in saubere Energie sowie 70 % der Solarpaneele, und Brasilien hat die am stärksten diversifizierte Energiematrix der Welt. Rußland wird, so Putin, seinen Beitrag zur Umsetzung der BRICS-Wirtschaftspartnerschaftsstrategie bis 2025 leisten. Mit dem

Aktionsplan für innovative Zusammenarbeit (2021–2024) sollen die Energie- und Lebensmittelsicherheit gewährleistet, die Rolle der Gruppe im internationalen Währungs- und Finanzsystem erweitert, die Zusammenarbeit und die Nutzung nationaler Währungen im gegenseitigen Handel gefördert werden. Die BRICS-Staaten haben das Potential, eine Vorreiterrolle bei der Beendigung der Abhängigkeit vom Dollar im internationalen Handel zu übernehmen, was durch bilaterale Abkommen wie die zwischen Rußland und China unter Verwendung des Yuan und des Rubel sowie zwischen Brasilien und China unter Verwendung ihrer jeweiligen Währungen bereits Realität geworden ist.

Quelle: internet@granma.cu, 9.1.2024

Niger: Die normative Kraft des Faktischen – nachlassender Sanktionsdruck

Die normative Kraft des Faktischen – ein Begriff aus dem Staatsrecht – brachte der Präsident von Benin, Patrice Talon, auf einen Nenner: Es gebe „eine Zeit zum Verurteilen, eine Zeit zum Fordern und eine Zeit, um Bilanz zu ziehen und zur Kenntnis zu nehmen“, zitierte ihn „Jeune Afrique“ aus seiner Rede zur Lage seiner Nation am 21. Dezember. Er wolle die „Beziehungen mit seinen Putsch-Nachbarn schnell wiederherstellen“. Die schweren wirtschaftlichen Konsequenzen der geschlossenen Grenzen zwischen Niger und Benin ließen ihn zu dieser Einsicht kommen: Die internationalen Seehäfen von Benin (Cotonou, Porto Novou) und Kamerun (Kribi) meldeten einen starken Rückgang ihres Umsatzes infolge des ausbleibenden nigrischen Ex- und Imports. Dem zentralafrikanischen Tschad wurde die zweite Haupthandelsachse (neben Kameruns Häfen Douala und Kribi) über den Hafen von Cotonou genommen.

Außerdem sollte die 1950 Kilometer lange Öl-Pipeline Export Niger-Benin (PENB) satte Durchleitungsgebühren erbringen – wie auch die Übergangsregierung von Niger ab Januar Erlöse aus dem Öllexport erwartet.

Auch wenn Patrice Talon von der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS gedrängt wurde, den Start der Pipeline hinauszuzögern (was auch CNPC Umsatzverluste in Millionenhöhe verursachen würde), dürften bei seinem Besuch in Peking vom 31. August bis 3. September mit den 13 Kooperationsvereinbarungen auf einer Plattform der Ko-Investitionen Hindernisse für die Pipeline ausgeräumt worden sein. Die „qualitativ hochwertige Zusammenarbeit zwischen Benin und China ist für beide Seiten von Vorteil und wird den Industrialisierungsprozeß Benins stark fördern und Benin zu einer besseren nationalen Entwicklung verhelfen“, so der Präsident von Benin.

ECOWAS hatte am 10. Dezember eine Lockerung der Sanktionen in Aussicht gestellt. Die Wiedereinsetzung von Ex-Präsident Bazoum wurde nicht mehr gefordert, nur noch seine Freilassung und sicheres Geleit ins Exil. Ebenso wenig gefordert wurde ein exakter Wahltermin, sondern ein „kurzer Übergang“. In dem Maße, wie das Schreckgespenst einer militärischen Intervention der ECOWAS schwand, nahm die Kooperation zwischen Niger und Benin wieder zu, um den Export aus dem Ölfeld Agadem von bislang 20 000 Barrel/Tag auf erhöhte 110 000 Barrel/Tag zum beninischen Hafen Sèmè auf den Weg zu bringen. Trotz bis dahin geschlossener Grenzen hatte der nigrische Premierminister Ali Mahaman Lamine Zeine am 1. November die Pipeline auf Seiten Nigers in Betrieb genommen. Ab Januar soll das schwarze Gold fließen, bestätigte Übergangs-Präsident General Tiani. Für den Import nach Niger ist jedenfalls der beninische Hafen Cotonou, der ab 25. Oktober geschlossen war, seit dem 27. Dezember wieder geöffnet.

Die Wirtschaftsblockade der ECOWAS hatte zu einer hohen Inflation in Niger geführt, was den Agrarsektor stark beeinträchtigte (73 % der aktiven Bevölkerung arbeitet in der Landwirtschaft), auch wenn Burkina Faso mit Getreidelieferungen solidarisch einsprang. So kostete ein Sack Reis statt 11 000 nun 20 000 Francs-CFA, und der Preis für einen Liter Speiseöl stieg von 800 auf 1400 Franc-CFA. Die Übergangsregierung war gezwungen, die Ausgabe einer Schuldverschreibung zurückzunehmen und den Staatshaushalt um 40 Prozent zu kürzen. Die Zahlung der Gehälter vieler Staatsbediensteten war hinauszuschieben, da die Konten bei der Zentralbank gesperrt und der Umweg über Geschäftsbanken Einschränkungen mit sich brachte, was zu langen Schlangen vor den Banken führte. Da Nigeria die Stromlieferungen eingestellt hatte – 70 % des Bedarfs Nigers war damit abgedeckt worden – sind seit sechs Monaten Stromabschaltungen an der Tagesordnung. Die Inbetriebnahme der Photovoltaik-Anlage mit 30 MW von Gorou Banda am 26. November durch die nigrische Nigelec konnte nur für die Hauptstadt Niamey, Dosso (im Süden) und Tillabéri (Westen) eine „Verbesserung der Qualität“ bringen.

Die in Washington sitzende Millennium Challenge Corporation (bilaterale Auslandshilfeorganisation der USA) hatte im Sommer die 302 Mio. Dollar für die Sanierung der 127 km langen Verkehrsachse Dosso-Niamey blockiert. Doch nunmehr signalisierte auch die US-Regierung Bereitschaft, ihre Kooperation wieder aufzunehmen.

Ein kanadisches Unternehmen preschte vor: „Global Atomic“ will 11 Mio. Dollar in die Uran-Mine „Dasa“ stecken, um 2025 mit der Uran-Produktion zu beginnen, auch wenn die „Amerikanische Entwicklungsbank“ ihre Finanzzusagen auf Eis gelegt hatte. Die „vorübergehende“ Einstellung der französischen Uran-Filiale „Somair“ (Orano), die eine Konzession bis 2040 noch von der Regierung Bazoum erhalten hatte, wird damit konterkariert.

Die Telekommunikation in Niger wurde bislang vom Privatkapital dominiert: Frankreichs „Orange Telecom“ hatte sich bereits 2019 zurückgezogen. Airtel, Moov Africa und Zamani haben 15 Mio. Abonnenten gegenüber 333 000 der öffentlichen Niger Telecoms, und das Internet wird zu 99,9 % ebenso privat kontrolliert. Mit einer Fusion von Zamani (Ex-Orange) mit 800 Standorten und Niger Telecoms mit 200 wird der Staat Niger stärkeren Einfluß auf die Entwicklung des Sektors nehmen.

Nicht nur das französische Militär zieht sich aus Niger zurück. Nach 15 Jahren beendet auch der französische Multi Veolia das Monopol der Wasserversorgung in Niger. Die im Oktober abgelaufene Konzession wurde von der Übergangsregierung nicht erneuert. Nach der Schließung der französischen

Botschaft dürfte ein drastischer Rückgang französischer Investitionen zu erwarten sein, was die New York Times bereits im August befürchtete. Und das Ende der neokolonialen Währungspolitik mit dem Francs-CFA könnte sich in Westafrika beschleunigen.

Das alles wird Niger zusammen mit Mali und Burkina Faso nicht davon abbringen, die Kooperation in der am 16. September geschlossenen „Alliance des Etats du Sahel“ (AES) zu vertiefen, um „aus unseren Räumen einen einzigen Raum, in den man kommen und gehen, Handel treiben und den man verteidigen kann“ zu machen. Es geht darum, sich nicht nur bei militärischer Aggressionen gegenseitig beizustehen, den Terrorismus der „gewalttätigen Manifestation des Imperialismus“ (Ibrahim Traore) zu bekämpfen, die nationalen Ressourcen ihrer Länder gemeinsam in die Hand zu nehmen, um aus der Armut herauszukommen, was auch eine gemeinsame, vom französischen bzw. EU-Imperialismus unabhängige Währung bedingt, sondern auch darum, den letzten der elf „geheimen Kolonialverträge“ aufzukündigen, die in den 60 Jahren den in die „Unabhängigkeit“ entlassenen französischen Kolonialstaaten oktroyiert wurden. Diese waren am 26. Dezember 1990 ausgelaufen, aber durch neue Verträge ersetzt worden. Darin ist festgeschrieben:

1. Die Rückzahlung der Zugewinne der Kolonialschulden aus der Kolonialzeit
2. Die automatische Beschlagnahme der nationalen Finanzreserven
3. Das Recht auf Erstzugriff auf alle im Land entdeckten Rohstoffe und natürlichen Ressourcen
4. Priorität für französische Interessen und Firmen bei öffentlichen Aufträgen und Ausschreibungen
5. Frankreich hat das ausschließliche Recht, militärische Ausrüstung zu liefern und die Militäroffiziere zur Ausbildung nach Frankreich an die Militärakademie in Saint-Cyr zu senden.
6. Frankreich hat das Recht, Truppen zu entsenden und militärisch in das jeweilige Land einzugreifen, um seine Interessen zu verteidigen.
7. Die Pflicht, französisch als Amts- und Schulsprache zu etablieren bzw. beizubehalten
8. Die Pflicht, die Währung Franc des Colonies Françaises d'Afrique (Franc CFA) zu nutzen
9. Die Pflicht, eine Jahresbilanz und einen Bericht über den Stand ihrer Rücklagen an Frankreich zu schicken
10. Verzicht auf militärische Bündnisse mit anderen Ländern bzw. nur mit Zustimmung Frankreichs
11. Die Pflicht, sich im Falle eines Krieges oder einer globalen Krise mit Frankreich zu verbünden

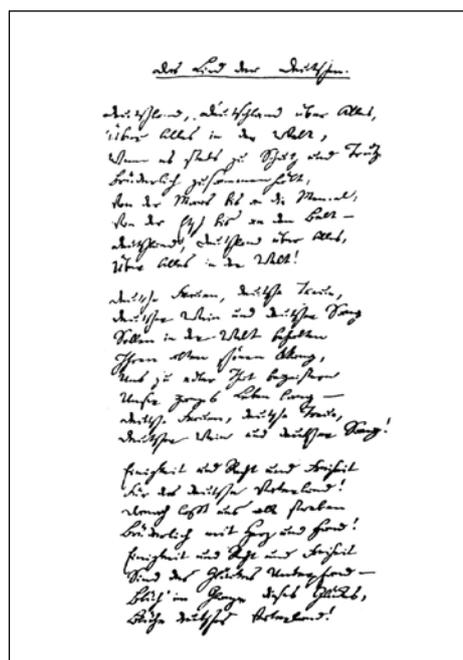
(Somavo Th. Vissiennon: „Warum brodeln es in Westafrika?“ in: *International (Wien) VI/2023*, S. 46)

Das Gift des Nationalismus

Eine Betrachtung zum reaktionären Denken heute

Die Nazis haben und hatten keinen Alleinvertretungsanspruch auf den Begriff vom tausendjährigen deutschen Reich, welches die deutsche Nation konstituierte und deshalb nur von Deutschen vertreten werden könne. Eigentlich haben sie dieses Sprachbild sogar geklaut, nämlich aus einem Buch, mit dem sie eigentlich nicht soviel am Hut hatten, der Bibel. Dort ist in der Offenbarung 20,2-7 von jenem tausendjährigen Reich die Rede, die mit der Herrschaft des Messias Jesus anbrechen und den Menschen Frieden und Gerechtigkeit bringen werde. Allerdings ist auch der Bibeltext so vage gefaßt, daß mehr von einem Wunsch als von einer entstehenden Wirklichkeit die Rede ist. Doch das Bild von einer tausendjährigen Existenz und damit einhergehenden kulturellen und geschichtlichen Erfahrungen ist zu verlockend, als daß es nicht immer wieder von verschiedenster Seite für sich reklamiert wird. Da ist des öfteren vom tausendjährigen Polen an der Schnittstelle von Ost- und Westeuropa die Rede. Gleiches gilt für Reiseführer aus dem Baltikum, die auf eine ähnlich lange Geschichte pochen. Über Ungarn hat ein gewisser Paul Lendvai ein Buch mit dem Titel: „Die Ungarn. Eine tausendjährige Geschichte“ geschrieben und im russischen Nowgorod ist vor 162 Jahren das Denkmal „Tausendjähriges Rußland“ eingeweiht worden. Und was tun die Deutschen? In ihrer Nationalhymne ist in der ersten Strophe vom Heiligen Römischen Reich deutscher Nation von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt die Rede. Was für ein Anachronismus! Wenn wir das Baltikum, Polen und Ungarn betrachten, so hat es in den Feudaljahren, die mehr als 850 Jahre von 1000 ausmachen, diese Länder nur als Feudalreiche, deren Grenzen sich ständig durch Kriege, Heiraten und Verkäufe änderten, ohne Rücksicht auf die in jenen Grenzen lebenden Völker gegeben. Die Polen haben in der meisten Zeit sich sogar lieber von einem ausländischen Fürsten regieren lassen, weil sich die polnischen Adligen untereinander spinnefeind waren. Und die Russen stützen ihre Zeitrechnung auf Stadtgründungen von Wikingern. Spätestens ab dem 17. Jahrhundert bestand das Zarenreich aus einer Vielzahl von feudalen Gebilden, mit einer großen Zahl in ihnen wohnender Völker, die, je weiter sie vom Zarenhof entfernt waren, ihr eigenes Ding machten. Wenn also heute jemand von einer tausendjährigen Kultur und Geschichte seines Landes redet, will er nichts weiter, als sich über andere erheben, denn die Geschichte dieser Länder schließt genauso viel Dummheit, Brutalität, Machtgier und Menschenverachtung ein, wie heutiges Geschehen. Und noch etwas. Stillschweigend suggeriert so eine lange „Staatsgeschichte“ auch die Existenz solcher Staatsnationen. Das ist natürlich erst recht Humbug. Eine Nationalstaatsbildung, da sind sich bürgerliche und marxistische Historiker völlig einig, gab es erst mit dem

Übergang zur kapitalistischen Produktionsweise, die alle vorherigen Bindungen, ob sie nun auf Sklaverei, Leibeigenschaft oder Stammesbeziehungen beruhte, auflöste, zugunsten einer reinen Ware-Geld-Beziehung. Das „Kleine politische Wörterbuch“ von 1973 hält fest: „Allgemeine Merkmale einer Nation sind vor allem die Gemeinsamkeit des Wirtschaftslebens, des Territoriums, der Sprache, der Kultur und der sozialen Psychologie. Obwohl sich in Europa die meisten dieser Faktoren schon lange vor der kapitalistischen Gesellschaftsformation herausgebildet hatten,



Deutschlandlied

erlangten sie erst im Zusammenhang mit der sich entwickelnden kapitalistischen Produktionsweise und im Kampf gegen die feudale Reaktion ihre starke und gemeinschaftsbildende Kraft und wurden zugleich zu wesentlichen Merkmalen der Nation. In der Entstehungsperiode der Nation sind auch der Staat, mitunter die Religion Faktoren von gemeinschaftsbildender Wirkung.“ Solche in Nationalstaaten konstituierte Nationen können aber auch nur Teil von Nationalstaatsvölkern sein. Große Nationalstaaten, die auch Vielvölkerstaaten sind, sind z. B. die USA, Rußland, China oder auch Indien oder Indonesien. Andererseits zeigt die Geschichte Skandinaviens, daß sich aus unterschiedlichen Feudalreichen mit relativ gleicher Sprache, Religion und Kultur auch unterschiedliche Nationen konstituieren können. Die kapitalistische Produktionsweise benötigte den Nationalstaat, um seine Nationalökonomie aufzubauen und zu entwickeln. Da die feudalen Klammern wegfielen, blieb das Nationalbewußtsein als Klammer übrig. War die Besinnung auf die Nation beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus noch etwas politisch Fortschrittliches, denken wir an die Studentenbewegung am Ausgang des

18. Jahrhunderts, lag in ihm schon der Keim des Reaktionären, weil in der Überhöhung des Nationalen auch die Überbetonung der eigenen Kultur, Sprache, Religion usw. die geistigen Waffen für die Kriege der Neuzeit steckten. Nicht, daß ich falsch verstanden werde: Heimatliebe, Bekenntnisse zur eigenen Kultur und Sprache usw., sind noch kein Kriegsgrund. Sie lassen sich jedoch wunderbar zur geistigen Sturmreifmachung der Bevölkerung nutzen, weil sie die wirklichen Gründe für die Kriege vortrefflich verschleiern. Das Gift des Nationalismus, welches schon 1914 im deutschen und anderen europäischen Parlamenten gewirkt hat, ist bis heute hochwirksam. Kein Jugoslawienkrieg ohne Nationalismus, kein Berg-Karabach-Konflikt ohne Nationalismus. Dabei sind die Formen des Nationalismus sehr unterschiedlich. Wichtig ist jedoch die jahrelange Propagierung der Überlegenheit der eigenen Kultur, der eigenen Werte, der eigenen Religion. Massenmedien, Schulen, Kirchen aller Couleur, Parteien und Vereine tragen das Gift der eigenen Überlegenheit über andere Nationen qua Hautfarbe, Intellekt, von-Gott-Ausgewähltheit, Eßkultur usw. unter die Menschen. Und statt Stolz auf das Eigene bei gleichzeitiger Neugier auf das Fremde, um davon lernen zu können, zu entwickeln, scheint es fast immer nur zu bewirken, sich über andere zu erheben. Das geht eben so weit, im anderen, dem Fremden, den Feind zu sehen, um ihm unter Einsatz des eigenen Lebens mit Waffen gegenüberzutreten und sich notfalls auch umbringen zu lassen. Keinem fällt dabei auf, daß die, welche am eifrigsten rufen, auf den anderen zu schießen, sich niemals freiwillig „für die gute Sache“ in Gefahr begeben. Ganz im Gegenteil. Jene verdienen erst am Sterben und dann am Wiederaufbauen. Sie schöpfen aus dem Blut derer, die sich für hohle Phrasen umbringen lassen, neue Profite. Blutgeld in Milliardenhöhe. Doch wie sagten schon die Römer: pecunia non olet. Geld stinkt nicht. Sie meinten damals zwar jene, die mit der Entsorgung von Fäkalien viel Geld machten – doch auch schon zur Römerzeit wurde aus Blut Geld geschöpft. Ich will damit nicht sagen, daß man auf das Eigene, die Heimat, die Familie usw. nicht stolz sein soll, man soll sich nur nicht einreden lassen, wegen all dem besser zu sein als andere. Das gilt freilich auch für das eigene Land. Das wird nicht ruiniert von Andersdenkenden, riechenden oder betenden. Wie heißt es doch so schön im Kommunistischen Manifest: Proletarier haben kein Vaterland. Oder anders herum, sie werden in allen Ländern von den Herrschenden ausgesogen und gegen andere ebenfalls Betrogene und Ausgebeutete für die Interessen der Herrschenden gegeneinander aufgehetzt, bis zum gegenseitigen Totschlag. Dabei ist es so einfach zu erkennen: Der wirkliche Feind steht im eigenen Land. Das müssen wir unseren Kindern und Enkeln vermitteln, bevor sie sich kriegstüchtig machen lassen!

Uli Jeschke

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Bemerkungen zur Rosa-Luxemburg-Legende

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen.

RF

1. Februar 1979

In diesem Januar jährte sich der bestialische Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zum sechzigsten Male, und es ist aus diesem Anlaß sicher gerechtfertigt, sich mit einer Legende auseinanderzusetzen, die seit Jahren insbesondere in der BRD, aber auch in anderen kapitalistischen Ländern von bürgerlichen und rechtssozialdemokratischen Historikern und Publizisten, doch auch von Ideologen der sogenannten Neuen Linken eifrig kolportiert wird, eine Legende, die ein junger marxistischer Autor in der BRD zum Titel eines kürzlich erschienenen Buches gewählt hat: die Rosa-Luxemburg-Legende. Es ist eine schlecht erfundene, höchst dilettantisch konstruierte Legende, wissenschaftlich und politisch gleichermaßen unhaltbar. Wenn sie dennoch in der BRD eine weite Verbreitung erlangt hat, dann allein weil ihre Urheber und Propagandisten über alle Möglichkeiten in den bürgerlichen Massenmedien verfügen, sie in Umlauf zu halten.

Worum geht es bei dieser Legende? Es ist der von der Bourgeoisie und ihren Ideologen immer wieder erneuerte Versuch, Theoretiker und Führer der revolutionären Arbeiterbewegung für die bürgerliche Demokratie oder den sogenannten demokratischen Sozialismus zu reklamieren, durch die Umfälschung und Verwässerung ihrer Ideen sie als Kronzeugen gegen die revolutionäre Bewegung von heute und vor allem gegen die sozialistischen Länder zu mißbrauchen. Nun ist dieser Versuch im Falle Rosa Luxemburgs nicht ganz neu, er wurde bereits Ende 1921 von dem Renegaten Paul Levi unternommen, der bemüht war, opportunistische Auffassungen mit dem großen Namen Rosa Luxemburgs zu decken. Aber es war und ist ein Versuch am untauglichen Objekt.

Die Rosa-Luxemburg-Legende läuft darauf hinaus, aus der revolutionären Marxistin und Mitbegründerin der Kommunistischen Partei Deutschlands eine Art freischwebende und freischaffende Literatin zu machen, gewissermaßen eine Urahne der zwischen den Fronten stehenden sogenannten heimatlosen Linken, die von unüberwindlichem Mißtrauen geplagt gewesen sei gegen jede parteipolitische Organisation und Disziplin. Dabei spekulieren die Propagandisten dieser Legende auf die Unkenntnis ihrer Leser oder Hörer.

Zunächst ist festzuhalten, daß Rosa Luxemburgs theoretische Auffassungen, alle ihre politischen Äußerungen überhaupt nicht zu verstehen sind, wenn man sie nicht einordnet in ihre politische Praxis und die Bedürfnisse dieser Praxis, in ihre Tätigkeit als eine äußerst fruchtbare, gedankenreiche und eine glänzende Feder führende Publizistin in der Presse der alten revolutionären Sozialdemokratie, in ihre Tätigkeit als Lehrerin an der 1906 geschaffenen sozialdemokratischen Parteischule, als Rednerin in zahllosen Parteiversammlungen, als Delegierte auf Parteitagungen und internationalen Sozialistenkongressen, als eine der führenden Streiterinnen im Kampfe gegen den opportunistischen Zersetzungsprozeß der Sozialdemokratie vor und während des ersten Weltkrieges und schließlich als Mitbegründerin der Spartakusgruppe und der KPD. Rosa Luxemburgs Praxis war also eine parteipolitische Praxis, und zwar seit ihrem Eintritt in die deutsche Arbeiterbewegung 1898. Es war die Praxis einer unbeirrt an ihren revolutionären Grundsätzen festhaltenden und sie schöpferisch auf die veränderten Bedingungen der imperialistischen Epoche anwendenden Marxistin.

Die Verbreiter der Rosa-Luxemburg-Legende sind vor allem bestrebt, einen prinzipiellen Gegensatz zwischen ihr und Lenin zum Vorgehen der Bolschewiki in der Oktoberrevolution zu konstruieren. Das ist seit langem der Kernpunkt aller Verfälschung des theoretischen und praktischen Werks von Rosa Luxemburg. Diese Konstruktion sucht man vor allem zu stützen auf die Auseinandersetzung zwischen Lenin und Rosa Luxemburg in der Frage der Organisationsgrundsätze der frühen illegalen russischen Arbeiterbewegung zu Beginn unseres Jahrhunderts; auf die Auffassungen Rosa Luxemburgs zum Verhältnis von Spontaneität und Bewußtheit und zur Rolle der revolutionären Arbeiterpartei im Klassenkampf des Proletariats; schließlich auf die Aufzeichnungen Rosa Luxemburgs zur russischen Oktoberrevolution, die sie 1918 im Gefängnis auf der Basis ihrer ausschließlich auf die bürgerliche Presse beschränkten Informationen gemacht hatte.

Wir müssen uns in diesem Beitrag auf einige Hauptpunkte beschränken. Die Meinungsverschiedenheit Rosa Luxemburgs

mit Lenin in der Organisationsfrage 1904 ist von den Urhebern der Luxemburg-Legende bewußt aufgebläht worden. Aber selbst der leninistischer Sympathien gewiß unverdächtige bürgerliche Luxemburg-Biograph Peter Nettel muß eingestehen, daß sie ganz untergeordnete Bedeutung besitzt. Rosa Luxemburg schrieb 1904 einen Artikel „Die Organisationsfrage der russischen Sozialdemokratie“, veröffentlicht in der „Neuen Zeit“. Sie verfaßte ihn auf unmittelbare Bitte der damals bereits auf menschewistische Positionen übergegangenen russischen Sozialdemokraten Potressow und Axelrod und ohne Kenntnis der wahren politischen Hintergründe dieser Auseinandersetzung zwischen Bolschewiki und Menschewiki. Rosa Luxemburg führte in ihrem Artikel eine von den konkreten Bedingungen der illegalen russischen Organisation weit entfernte Polemik mit Interpretationen, die nichts mit dem Standpunkt Lenins zu tun hatten, und sie wandte sich gegen Auffassungen, die er nie vertreten hatte. Die wahre politische Rolle der sogenannten „marxistischen Autoritäten“ unter den Menschewiki lernte sie erst während der ersten russischen Revolution 1905 kennen, und da wandte sie sich entschieden gegen den Menschewismus. Einer der Kernpunkte der damaligen Auseinandersetzung war bekanntlich, daß Lenin sich gegen eine Verwischung zwischen Parteimitgliedern und Nichtmitgliedern wandte und daß er die statutarische Verpflichtung des Mitglieds zur Mitarbeit in einer Parteiorganisation forderte. In dieser Richtung aber hatte Rosa Luxemburg 1903 selbst gegen revisionistische Organisationsauffassungen polemisiert. Sie schrieb damals: „... Dieser Verwischung der Grenzen zwischen der zielbewußten proletarischen Kerntruppe und der unorganisierten Volksmasse unten entspricht harmonisch die Verwischung der Grenzen zwischen der ‚Führerschaft‘ und dem bürgerlichen Milieu oben. ...“¹ Die Luxemburg-Legende sucht auch einen Gegensatz zu Lenin in der Frage der Rolle der proletarischen Partei und ihrem Verhältnis zu den werktätigen Massen zu konstruieren. Man will die Dinge so darstellen, als ob Rosa Luxemburg die führende Rolle der revolutionären Arbeiterpartei im Klassenkampf geleugnet habe. Aber auch das ist

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

eine glatte Geschichtsklitterung. Gerade in ihren Schriften zur ersten russischen Revolution von 1905 bis 1907, in denen sie die bis dahin bedeutendsten Massenkämpfe des europäischen Proletariats analysierte, um aus ihnen praktische Lehren für die deutsche Arbeiterbewegung zu ziehen, kam Rosa Luxemburg zu einer sehr klaren und eindeutigen Einschätzung der marxistischen Arbeiterpartei als des klassenbewußten Vortrupps der Arbeitermassen. In ihrer 1906 verfaßten Arbeit „Massenstreik, Partei und Gewerkschaft“ schrieb sie, unmittelbar auf die Rolle der revolutionären Arbeiterpartei bezogen: „Die Sozialdemokratie ist die aufgeklärteste, klassenbewußteste Vorhut des Proletariats. Sie kann und darf nicht mit verschränkten Armen fatalistisch auf den Eintritt der revolutionären Situation warten, darauf warten, daß jene spontane Volksbewegung vom Himmel fällt. Im Gegenteil, sie muß, wie immer, der Entwicklung der Dinge voraussehen, sie zu beschleunigen suchen.“² Sie wandte sich nur dagegen, und zwar in voller Übereinstimmung mit Lenin, Organisierte und Unorganisierte zu trennen. Dazu schrieb sie: „Ist auch die Sozialdemokratie als organisierter Kern der Arbeiterklasse die führende Vordertuppe des gesamten arbeitenden Volkes und fließt auch die politische Klarheit, die Kraft, die Einheit der Arbeiterbewegung gerade aus dieser Organisation, so darf doch die Klassenbewegung des Proletariats niemals als Bewegung der organisierten Minderheit aufgefaßt werden. Jeder wirkliche große Klassenkampf muß auf Unterstützung und Mitwirkung der breitesten Massen beruhen.“³

Der Unterschied in den Auffassungen zu Lenin liegt also nicht, wie die Luxemburg-Legende es darzustellen sucht, in der Leugnung der führenden Rolle der revolutionären Arbeiterpartei; er liegt in einer gewissen Unterschätzung der organisierenden, koordinierenden, die Massenbewegung vereinigenden Tätigkeit der proletarischen Partei. In ihrer berechtigten Gegnerschaft zu einer borniert-bürokratischen Organisationsauffassung, die charakteristisch war für den rechten revisionistischen Flügel der deutschen Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsführung, verfiel Rosa Luxemburg in gewissem Maße in die entgegengesetzte Einseitigkeit. Sie faßte die leitende, inspirierende Rolle der revolutionären Partei nahezu ausschließlich im Sinne der bewußtseinsbildenden, Weg und Ziel weisenden Kraft auf und unterschätzte die unmittelbar die Massenbewegung und Massenaktion organisierende Arbeit. Diese Unterschätzung der organisatorischen Rolle der Partei wirkte sich bekanntlich auch auf die späte Trennung der deutschen Linken von der offiziellen Sozialdemokratie aus.

Das dritte Steckenpferd, auf dem die Propagandisten der Luxemburg-Legende reiten, sind – wie erwähnt – Rosa Luxemburgs Gefängniszeichnungen über die

Oktoberrevolution. Dabei stört es die bürgerlichen Propagandisten nicht im mindesten, daß Rosa Luxemburgs engste Kampfgefährten – Leo Jogiches, Clara Zetkin, Adolf Warski – bekundet haben, daß diese Aufzeichnungen niemals zur Veröffentlichung bestimmt waren, daß sowohl Clara Zetkin als auch Adolf Warski in ihrer Abrechnung mit dem Vertrauensbruch Paul Levis bezeugt haben, daß Rosa Luxemburg die in ihren Aufzeichnungen geäußerten Bedenken gegen einige Maßnahmen der Bolschewiki aufgegeben hat. Was aber die Verlogenheit dieses Vorgehens vollends kennzeichnet, ist, daß die Verbreiter der Luxemburg-Legende absolut nicht bereit sind, zur Kenntnis zu nehmen, wie Rosa Luxemburg, als sie sich durch die geschichtliche Entwicklung in der deutschen Novemberrevolution vor ähnliche Aufgaben gestellt sah wie die Bolschewiki unter Lenins Führung in der russischen Revolution, praktisch gehandelt hat. Das aber ist aktenkundig in ihren Artikeln in der „Roten Fahne“ zwischen November 1918 und Januar 1919, und jeder, der bereit ist, die Wahrheit über ihre Haltung zu den meisten Fragen, in denen sie in ihren Gefängniszeichnungen noch Kritik an den Bolschewiki übte, zu ergründen, kann sie in den „Gesammelten Werken“ Luxemburgs nachlesen. Obendrein wird von bürgerlicher Seite das eigene Zeugnis Rosa Luxemburgs in einem Brief an Adolf Warski vom Dezember 1918 unterschlagen, in dem sie schrieb: „Alle Deine Vorbehalte und Bedenken“ (gegenüber der Taktik der Bolschewiki) „habe ich auch geteilt, habe sie aber in den wichtigsten Fragen fallenlassen, und in manchem bin ich nicht so weit gegangen wie Du.“⁴

Hier kann nur auf zwei Aspekte ihrer revidierten Auffassung verwiesen werden, die als Beispiel stehen mögen. Rosa Luxemburg hatte in ihren Aufzeichnungen im Gefängnis die Auflösung der Konstituante durch die Sowjetmacht kritisiert. Belehrt durch den Gang der deutschen Novemberrevolution, schreibt sie am 20. November 1918 in der „Roten Fahne“: „Wer heute zur Nationalversammlung greift, schraubt die Revolution bewußt oder unbewußt auf das Stadium bürgerlicher Revolutionen zurück; er ist ein verkappter Agent der Bourgeoisie oder ein unbewußter Ideologe des Kleinbürgertums. Unter dem Feldgeschrei: Demokratie oder Diktatur! wird der Kampf um die Nationalversammlung geführt. Auch diese Parole der gegenrevolutionären Demagogie übernehmen gehorsam sozialistische Führer, ohne zu merken, daß die Alternative eine demagogische Fälschung ist. Nicht darum handelt es sich heute, ob Demokratie oder Diktatur. Die von der Geschichte auf die Tagesordnung gestellte Frage lautet: bürgerliche oder sozialistische Demokratie.“⁵

Und in genau dem gleichen Sinne wie Lenin und die Bolschewiki beantwortete Rosa Luxemburg jetzt die Frage nach dem Charakter der Staatsmacht, die die deutsche

Arbeiterklasse in der Revolution anstreben müsse, wenn sie die Konterrevolution überwinden und den Übergang zum Sozialismus einleiten wolle. In dem von Rosa Luxemburg entworfenen Programm des Gründungsparteitages der KPD hieß es: „Eine solche Ausrüstung der kompakten arbeitenden Volksmasse mit der ganzen politischen Macht für die Aufgaben der Revolution, das ist die Diktatur des Proletariats und deshalb die wahre Demokratie. Nicht wo der Lohnsklave neben dem Kapitalisten, der Landproletarier neben dem Junker in verlogener Gleichheit sitzen, um über ihre Lebensfragen parlamentarisch zu debattieren: dort, wo die millionenköpfige Proletariermasse die ganze Staatsgewalt mit ihrer schwieligen Faust ergreift, um sie, wie der Gott Thor seinen Hammer, der herrschenden Klasse aufs Haupt zu schmettern: dort allein ist die Demokratie, die kein Volksbetrug ist.“⁶

Das gesamte Lebenswerk Rosa Luxemburgs, vor allem aber ihre theoretische und praktische Stellung während des ersten imperialistischen Weltkriegs und in der Novemberrevolution, ist ein einziger Beweis gegen die geistigen Urheber der Luxemburg-Legende. Zeitweilige Meinungsverschiedenheiten mit Lenin in einzelnen Fragen, in denen Rosa Luxemburg irrte, geschuldet hauptsächlich ihrer Gefängnisolation, können nicht verdunkeln, daß sie mehr als zwei Jahrzehnte lang in der Grundrichtung ihres Handelns in allen entscheidenden Fragen des Kampfes gegen Imperialismus und Militarismus, gegen den Opportunismus in der II. Internationale, gegen den imperialistischen Krieg und für die proletarische Revolution, für die Arbeiter- und Bauern-Macht und die Räte den Standpunkt Lenins und der Bolschewiki teilte. Sie hat es selbst bekundet in dem bekannten Ausspruch, die Oktoberrevolution sei „eine weltgeschichtliche Tat, deren Spur in Äonen nicht untergehen wird“⁷.

Anmerkungen

1) Rosa Luxemburg: *Geknickte Hoffnungen*, in: *Gesammelte Werke*, Band 1, 2. Halbband, S. 399

2) Rosa Luxemburg: *Massenstreik, Partei und Gewerkschaften*, in: *Gesammelte Werke*, Band 2, S. 146

3) ebenda, S. 143

4) A. Warski: *Rosa Luxemburgs Stellung zu den taktischen Problemen der Revolution*, S. 7, Hamburg 1922

5) Rosa Luxemburg: *Die Nationalversammlung, „Rote Fahne“ vom 20. November 1918*, in: *Gesammelte Werke*, Band 4, S. 409

6) *Protokoll des Gründungsparteitages der KPD*, Dietz-Verlag, Berlin/DDR 1972, S. 319

7) Rosa Luxemburg: *Briefe an Karl und Luise Kautsky*, S. 193. Berlin 1923

Darf ein Limerick politisch sein?

Da saßen wir in den Sechzigern mit spitzen Ohren in Peter Hacks' literarischem Zirkel, der regelmäßig in der Wohnung der Berliner Arbeiterschriftsteller Emmi und Bruno Jacob tagte. Hacks, einzig durch sein Anrecht auf einen bequemen Jacobschen Sessel honoriert, sah sich inmitten von uns jungen Leuten, die aus einfachen Verhältnissen kamen, nach literarischer Bildung strebten und Verse zum geistigen Inventar ihrer Lebensweise erkoren hatten, ausreichend entlohnt. Er beurteilte unsere Schreibversuche mit einer kritischen Milde, die er Berufskollegen selten angedeihen ließ. Schließlich waren wir auf dem Bittergeldweg. Scharfsinnig beantwortete er unsere Fragen zum Metier – am liebsten jene, die ihm die Chance für ein Bonmot boten. Das tat meine Frage nicht. Ich erkundigte mich nach einer Dichtform, die Hacks gar nicht bediente: dem Limerick. Ich war damals Oberschüler, und unser Englischlehrer, ein witziger Typ, hatte uns mit Lachfältchen im Gesicht die berühmten Limerick-Zeilen rezitiert: *There once was a lady of Niger / Who went for a ride on a tiger. / They came back from the ride / With the lady inside / And a smile on the face of the tiger.* Und er bedauerte, daß sein angelsächsischer Lieblingsfünfzeiler keine adäquate deutsche Nachdichtung erfuhr. Das hatte ich im Ohr, als ich Peter Hacks nach Sinn und Form der Limerick-Herstellung fragte. Er sprach von der enormen Anstrengung, mit der man in nur fünf Zeilen nach strengem Versmaß und Reimschema zur Pointe gelangen muß. Ich dachte, das packst du nie, und ließ es erstmal sein. Später habe ich diese Schwierigkeiten so beschrieben:

*Fünf Zeilen erfordern mit Strenge
Der Geschichte kürzeste Länge.
Hat das Wort festen Sitz,
Schießt es Pfeile mir Witz.
Wenn das nur öfter den Rednern gelänge!*

Daß ich nach Jahren der Skepsis dann doch die Verse von jener den Tiger reitenden und in seinem Magen heimkehrenden Lady nachdichtete und dazu noch etliche eigene Limericks aufschrieb, hing mit meinem ambivalenten Verhältnis zu Sitzungen zusammen. Ich war inzwischen Funktionär geworden, und da erlebte man ja viele Sitzungen. Neben anregenden die tödlich langweiligen. In letzteren widmete ich mich gern der Limerick-Produktion. Eine Win-Win-Situation. Das Präsidium denkt, du pinselst fleißig mit. Dein Geist indes dankt dir die gnädige Ablenkung. Das Ergebnis: mein kleiner Band „Ein bildhübscher Schneider in Crossen“ mit dem Untertitel: „Limericks aus tausendundeiner Sitzung“. Je mehr ich Gefallen an der eigenen Limerickerei fand, desto mehr interessierte mich, was bei wem über das Genre zu erfahren war.

Zu DDR-Zeiten brachte die Satirezeitschrift „Eulenspiegel“ hübsche Beispiele. Helmut Preißler veröffentlichte seine „Postleitzahlen-Limericks“. Hans Petersen stellte bei „Volk und Welt“ Limericks aus der englischen Abteilungs vor, die Horst Hüssel mit prägnantem

Strich illustrierte. Aus London brachte mir ein Freund die vorzüglich kommentierte Sammlung „The Lure of the Limerick“ (Die Verlockung des Limericks) vorbei, aus der ich viel lernte. Später las ich „Edward Lears kompletten Nonsens“, den kein Geringerer als Hans Magnus Enzensberger „ins Deutsche geschmuggelt“ hatte. Jenes Insel-Taschenbuch 1119 enthält u.a. dreimal 70 plus 7 paßgenau übertragene Limericks sowie in Enzensbergers Nachwort die literarisch brillant nachgezeichnete Vita Learns, des Meisters der berühmt gewordenen Dichtform. Sie erklärt viel über den Erzählton des am 12. Mai 1812 in London Geborenen, von dem Enzensberger schreibt: „Mit allem, was ein Mensch braucht, um wahnsinnig zu werden, war Edward Lear zeit seines Lebens wohlversehen.“ In zumeist widrigen Lebensumständen bedichtete und illustrierte er unglaubliche Vorgänge. Enzensberger schreibt, man könne die Kunst Learns „ohne den Gram, auf dem sie gewachsen ist, kaum verstehen“. Und er preist die „virtuose und scheinbar mühelose Komik, die purzelbaumschlagende Munterkeit“, mit denen sich Learns Verse von seinem „Zeit- und Lebenshintergrund“ abheben. Wie immer man Edward Learns Verdienste sieht, einen aufklärerischen, den Horizont feinsinnigen Unsinn überscheidenden Impetus hat er sich nicht gegeben. Aber muntere Purzelbäume, dachte ich, sind ja auch was, und ich unternahm entsprechende Ausflüge:

In die Erotik ...

*Es trifft ein betrunken Matrose
Eine einsame Damenhose.
„Frei heraus, altes Haus,
Sag mir, wer zog dich aus?
„Fritz der Kleine, dann Friedrich der Große.“*

... oder in Sphären menschlichen Auftretens ...

*Am FKK, wo ich sonnenbade,
Trifft mich eine weibliche Wade.
Ich sage: „So geht das nicht.
Warum ins Gesicht?“
„Alles andre war mir zu schade.“*

... oder in die ertappte Gastronomie ...

*Ein Ober, er will nicht genannt sein,
Hat ständig zwei Finger im Branntwein,
Die dann nach dem Servieren
Auch die Rechnung addiern.
Und die schreiben im Suff allerhand rein.*

War beim betrügenden Kellner schon eine Moralnote beigemischt, erreichte die folgende Pointe aus dem Munde einer roten Lady im Scheidungskrieg die Ufer des Politischen:

*Erst ersann wohl die Lady von Plymouth,
Als der Lord sie erpreßte, was Schlimmes.
Doch dann sprach sie: „Gemahl,
Du willst mein Kapital?
Nun, es steht im Regal, Liebbling, nimm es!“*

Und da war sie, die Frage, ob dem Limerick auch politische Aussagen zugemutet werden dürften. Bot die Stringenz des Genres nicht die Chance, in Zeitfragen heiter pointierte Schlaglichter zu setzen? Gelesen hatte ich sowas noch nie, aber ich versuchte es mal. Hier ein paar Beispiele:

Eberswalder / Ecke Bernauer

*Steht im Prenzlauer Berg eine Mauer.
Ich hab zugeschaut,
Wie Ulbricht sie baut
Nach den Plänen von Adenauer.*

*Als der Westen sich übergeschoben,
Mußte ich wegen guten Geschmacks loben
Unsern Hund, der – nicht fein –
Am Importgelumpe sein Bein
Zu einem kräftigen Bannstrahl gehoben.*

*Der Osten erlebte zur Wende
Eine Ordnung der untreuen Hände.
Karl der Bärtige klagt:
„Hab ich euch doch gesagt.
Studiert ihr nicht meine Bände?“*

Ich las das in meinen Veranstaltungen und sah, daß es funktionierte. Ja! Ein Limerick darf politisch sein. Ich empfinde ihn als Bereicherung des Genres. Gut für spitze linke Federn. Gut für unser Lachen in sehr ernsten Kämpfen. Und – ich hab's bedacht – gut auch für meine künftigen Auftritte in „RotFuchs“-Runden.

Hartmut König



Hartmut König

Ein bildhübscher Schneider in Crossen

Limericks aus tausendundeiner Sitzung

verlag am park

Heuchelei entlarven!

Deutschlands Politiker übertreffen sich in Verlogenheit und Heuchelei, die nur als ekelhaft empfunden werden kann. Ein Schmierentheater soll uns weismachen, daß der seit Jahrzehnten hervortretende braune, faschistische Sumpf, Erstarren, Zuwachs von AfD samt zahlloser faschistischer Kleinstparteien, deren Tun und Handeln rein gar nichts mit regierender Politik und Parteien im Lande zu tun haben. Aber jeder kann und muß wissen, unter welchem oft wundersamem Schutz, Nahrung und Nachsicht sich das entfalten konnte, was heute heuchlerisch beklagt, angeblich verboten werden soll. Verbindende ideologische Netzwerke melden sich seit langem zu Wort.

Ein Gauland führte vor Jahren die Partei dahin, wo sie heute ihre Naziideologie kaum gehindert ausleben kann. Er verkündete schon die Jagd der Seinen auf die regierende Politik. Diese lenkt ein und kommt Stück für Stück den rechten Forderungen nach. Migrations- und Asylpolitik zeigen das anschaulich. Von Menschenrechten und Asylrecht ist längst keine Rede mehr. Es geht im Grunde fast nur noch um eine Kosten-Nutzen-Rechnung auf Menschen. „Unwertes Leben“ wird uns längst in allen Facetten beschrieben. Rassismus geht um in Deutschland, das sich weltweit gerade als Vorkämpfer gegen Antisemitismus gibt. Auch Nazis wußten einst, daß mit einem Ruf

„Ausländer raus!“ Haß und Stimmung zu machen waren. Millionenfach haben sie vorgeführt, was sie unter lebenswert oder -unwert verstanden. Bei der inzwischen vorherrschenden Diskussion im Land verwundert es nicht, wenn eine radikalere „Auswahl“ angedacht ist und das Gegenhalten „freiheitlich-demokratischer“ Politik eher verstummen wird. Nur folgerichtig, wenn sich eine AfD auf's Regieren vorbereitet, klar, deutlich, deutsch einfach. Es darf ernstzunehmen sein. Einmal, weil die jetzige Koalition „demokratisch“ kein Problem zu lösen vermag und zum anderen, weil sich bereits Vertreter der Wirtschaft mit AfD und Co zu liieren scheinen.

Roland Winkler, Aue

„RotFuchs“-Veranstaltungen im Februar

■ Regionalgruppe Schwerin

Am 15. Februar um 16 Uhr spricht Harri Grünberg zum Thema: **Ist Frieden zwischen Israel und den Palästinensern noch möglich? Wie könnte der Nahost-Konflikt gelöst werden?**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität „Quartier Friedrichs“, Friedrich-Engels-Straße 38, 19061 Schwerin

■ Regionalgruppe Strausberg

Am 15. Februar um 15 Uhr Diskussionsnachmittag mit Wolfgang Dockhorn, stell. Vorsitzender des RF-Fördervereins, zum Thema **„Was wollen Sahra Wagenknecht und die BSW?“**

Ort: Mehrgenerationenhaus Strausberg, Wirtschaftsweg 71, 15344 Strausberg

■ Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

Am 16. Februar um 15 Uhr spricht Wilfried Handwerk (Osteuropa-Berater) zum Thema: **Zur Entwicklung in der Ukraine**

Ort: Klub der Volkssolidarität, Logenstraße 1, 15230 Frankfurt (Oder)

■ Regionalgruppe Dresden

Am 17. Februar um 10 Uhr spricht der letzte Betriebsdirektor des VEB Elektromotorenwerk Wernigerode Dr. Wolfgang Beck zu seinem Buch **„Alles hat ein Ende, auch die Marktwirtschaft“**.

Ort: „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

■ Regionalgruppe Halle

Am 20. Februar um 15 Uhr spricht Harri Grünberg zum Thema: **Ist Frieden zwischen Israel und den Palästinensern noch möglich? Wie könnte der Nahost-Konflikt gelöst werden?**

Ort: Sportgaststätte „Motor“, Ottostraße 27, 06130 Halle

■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

Am 20. Februar um 18 Uhr spricht Dr. Alexander King, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, zum Thema: **Was bringt die Politik der CDU- und SPD-Koalition den Berliner Bürgern?“**

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ „RotFuchs“-Gruppe Plauen

Am 21. Februar um 15 Uhr spricht Wolfgang Dockhorn, stellv. Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins, zum Thema: **Die Linke in der Krise – Wie konnte es geschehen?**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Karlstraße 14, 08523 Plauen

■ Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau

Am 22. Februar um 17 Uhr wollen wir mit dem Co-Vorsitzenden des Landesvorstandes der PdL Sachsen, Stefan Hartmann, zum Thema: **Wähler entscheiden alles, auch die Landtagswahl 2024!** diskutieren.

Ort: Soziokulturelles Zentrum QUERBEET, Rosenplatz 4, 09126 Chemnitz

■ Regionalgruppe Potsdam

Am 22. Februar um 18 Uhr Thema der Veranstaltung: **Die Linke in der Krise – Was will das BSW?**

Ort: Bürgertreff in der Waldstadt (am Waldstadtcenter), Saarmunder Straße 44, 14478 Potsdam

■ Regionalgruppe Harz

Am 23. Februar um 14 Uhr spricht die ehemalige Bundestagsabgeordnete der Partei die LINKE, Sabine Zimmermann zum **Aufbau und den Zielen der Partei „Bündnis Sahra Wagenknecht“**.

Ort: Burchadikloster, Am Kloster 1, 38820 Halberstadt

■ Regionalgruppe Neubrandenburg

Am 24. Februar um 10 Uhr spricht Harri Grünberg zum Thema: **Die historische Einordnung des Israel-Palästina-Konfliktes und die besondere Verantwortung Israels für Lösungen.**

Ort: Mehrgenerationenhaus Seniorenbüro e.V., Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

■ Regionalgruppe Rostock

Am 24. Februar um 10 Uhr spricht der letzte Betriebsdirektor des VEB Elektromotorenwerk Wernigerode Dr. Wolfgang Beck zu seinem Buch **„Alles hat ein Ende, auch die Marktwirtschaft“**.

Ort: Mehrgenerationenhaus Evershagen, Maxim-Gorki-Straße 52, 18106 Rostock

■ Regionalgruppe Gera

Am 24. Februar um 14 Uhr Veranstaltung des „RotFuchs“-Fördervereins in Kooperation mit der „Initiative für soziale Gerechtigkeit Gera“

Es spricht Dieter Bauke (Gera) zum Thema: **Inflation – Na und? Wem nützt sie? Was steckt dahinter?**

Ort: Gaststätte „Geraer Höherfest“, Steinweg 1, 07545 Gera

■ Regionalgruppe Teterow

Am 27. Februar um 15 Uhr spricht Harri Grünberg zum Thema: **Ist Frieden zwischen Israel und den Palästinensern noch möglich? Wie könnte der Nahost-Konflikt gelöst werden?**

Ort: Regenbogenhaus, Straße der Freundschaft 2, 17166 Teterow

■ Regionalgruppe Leipzig

Am 28. Februar um 18 Uhr sprechen Herbert Münchow und Edmund Peltzer anlässlich des 100. Todestages von W. I. Lenin: **Lenin – Revolutionär und Wissenschaftler**

Ort: Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Straße 77, 04105 Leipzig

Sein Grabstein soll verschwinden

Am 7. November 1951 starb der Reichsbahner Ernst Kamieth nach dem Schlag eines Westberliner Polizisten

Der Marxist, Bibliothekar, Germanist und antifaschistische Widerstandskämpfer Bruno Kaiser (1911–1982) gab 1953 im Verlag Volk und Welt einen Band mit dem Titel „Deutsches Vermächtnis. Anthologie eines Jahrhunderts“ heraus. Im Vorwort vom August 1952 erwähnte Kaiser neben den Kämpfern aus der Zeit des Vormärz, der Revolution von 1848 und denen, die in der Zeit des Faschismus den Tod gefunden hatten, Ernst Kamieth. Heute ist der Name kein Begriff mehr, hier soll an ihn erinnert werden.

Vorweg aber einige Bemerkungen zu Kaiser. In seiner Funktion als Leiter der Bibliothek des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED war er federführend beim Auffinden wesentlicher Teile der Handbibliothek von Karl Marx und Friedrich Engels. Zeit seines Lebens beschäftigte er sich mit den „Achtundvierzigern“. Als Mitglied der Bewegung Freies Deutschland in der Schweiz suchte er während seiner Exilzeit den Nachlaß von Emma (1817–1904) und Georg Herwegh (1817–1875) im Stadtarchiv von Liestal, Kanton Baselland. Er ordnete ihn und bereitete ihn für spätere wissenschaftliche Forschungen auf. 1946 wurde auf der Grundlage seiner Arbeit im dortigen Rathaus das heutige Dichter- und Stadtmuseum Liestal eröffnet. Es war kein Zufall, daß er 1952 Kamieth erwähnte. Dieser war am 34. Jahrestag der Oktoberrevolution, am 7. November 1951, in Westberlin ums Leben gekommen. Auf dem alten St. Matthäus-Friedhof in Schöneberg kündigt heute noch ein einsamer Grabstein, daß dort Ernst Kamieth und seine Frau Martha ihre letzte Ruhe gefunden haben. Nach einer aktuellen Information der zuständigen Kirchhofverwaltung existiert die Grabstelle aber nicht mehr, weswegen die Zukunft des Grabsteines ungewiß ist und eine Entfernung in absehbarer Zeit möglich sei. Auf dem Friedhof befinden sich zahlreiche Ehrengräber der Stadt Berlin, zum Beispiel die für die Gebrüder Grimm oder für Männer des 20. Juli 1944. Dem Grab der Kamieths wurde solch eine Würdigung nicht zuteil. Selbst in der Grabstellübersicht am Friedhofseingang fehlt ein Hinweis. Kamieth war Eisenbahner, genauer gesagt Oberwagenwerkmeister der Deutschen Reichsbahn und Dienststellenleiter des Bahnbetriebswagenwerks Potsdamer Güterbahnhof in Westberlin. Da die Alliierten das gesamte Eisenbahnwesen in Westberlin 1945 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) zugewiesen hatten, unterstanden später der DDR das Fernbahnnetz, die Bahnhöfe, die Bahnbetriebswerke und die entsprechenden Verwaltungseinrichtungen der Reichsbahn, inklusive der Berliner S-Bahn. Damit waren Tausende Beschäftigte, Millionen Quadratmeter Fläche, 300 Kilometer Schienenwege, ein Netz von Anlagen und milliardenschwere Vermögenswerte mitten in Westberlin dem sozialistischen Volkseigenen

Transportunternehmen Deutsche Reichsbahn, deren Eisenbahner fast alle aus Westberlin kamen, zugeordnet. Politische Boykottaufrufe, Diffamierungen des Personals und Sachbeschädigungen waren politischer Alltag, wobei es die Reichsbahner dennoch schafften, einen geregelten Betrieb zu gewährleisten. Sie ließen sich auch nicht davon abbringen, politische Ereignisse wie den Jahrestag der Groß-



en Sozialistischen Oktoberrevolution würdig zu begehen. Das ging nicht immer ohne Auseinandersetzungen vonstatten.

So durchsuchten auch am 7. November 1951 Westberliner Polizisten unter Führung des Polizeiinspektors Hermann Zunker die Aufenthaltsräume des Potsdamer Güterbahnhofs. Sie wollten die Feierlichkeiten zur Oktoberrevolution unterbinden, denn die dem Senat unterstehende Polizei maßte sich rechtswidrig Befugnisse und die Durchführung von Amtshandlungen auf dem Gelände der Reichsbahn an. Kamieth kam dazu und wurde nach einer kurzen Diskussion von dem Vorsteher des Reviers 103 tötlich angegriffen. Zunker schlug Kamieth ins Gesicht. Dieser konnte seinen Dienst noch fortsetzen, brach aber vier Stunden später zusammen und verstarb auf dem Weg in die Charité. Dort fand eine Obduktion statt, die als Todesursache einen Hirnschlag ergab. Zunkers Schlag und die damit ursächlich verbundene Hirnblutung waren die Todesursache. Das wurde lange Zeit von den Westberliner Behörden in Frage gestellt.

Kamieth wurde am 26. September 1896 in Salzwedel geboren. Er erlernte das Schlosserhandwerk und arbeitete seit 1914 bei der Reichsbahn im Wagenwerk des Berliner Potsdamer Bahnhofs in diesem Beruf. 1925 wurde er Wagenmeisteranwärter, 1934 Wagenmeister und 1943 Wagenwerkmeister. Während des Zweiten Weltkrieges arbeitete er auf einem Lazarettzug. Seit dem 1. September 1946 war Kamieth als Oberwagenwerkmeister und Dienstvorsteher auf dem Potsdamer Güterbahnhof tätig.

Sein gewaltsamer Tod wurde zu einem Politikum. Empörung und Proteste kamen nicht nur von Angehörigen der Reichsbahn und aus der ganzen DDR. Die Trauerfeier fand am 13. November 1951 statt. Die Trauerreden hielten der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn, Dr. Erwin Kramer, der erste stellvertretende Vorsitzende der IG Eisenbahn, Otto Seeger, sowie der Präsident der Reichsbahndirektion Berlin, Max Barth. Über 30 000 Berliner und Eisenbahnerdelegationen aus der DDR nahmen an der Trauerkundgebung vor der Ruine des Potsdamer Bahnhofs teil, Tausende Kränze wurden dort niedergelegt. Nach der Kundgebung wurde der Sarg in einem S-Bahn-Sonderzug zum Bahnhof Großgörschenstraße gebracht und von dort von acht Kollegen zum Friedhof getragen. Ein riesiges Aufgebot der Westberliner Bereitschaftspolizei konnte nicht verhindern, daß etwa 10 000 Menschen mit zahllosen Kränzen zum Friedhof zogen. Die Grabrede hielt Pfarrer Heichen von der St. Matthäus-Gemeinde, der sich von Drohungen nicht abhalten ließ. Selbst einige der eingesetzten Westberliner Polizisten zeigten ihre Anteilnahme, indem sie vor dem Sarg salutierten. Zum Tag des Eisenbahners 1952 wurde Kamieth posthum als „Verdienter Eisenbahner“ geehrt.

Die Westberliner Justiz verschleppte die Ermittlungen wegen Mordes. Auf Anweisung US-amerikanischer Dienststellen wurden die Akten lange nicht freigegeben, der Sachbearbeiter des Falles auf „Erholungsurlaub“ geschickt. Nach mehr als fünf Monaten erhob die politische Abteilung der Westberliner Staatsanwaltschaft endlich Anklage. Sie hatte bereits widerrechtlich den Leichnam exhumiert, weil sie dem Obduktionsergebnis der Charité nicht traute. Am 17. November 1952 verurteilte das Schwurgericht Moabit schließlich Zunker zu zwei Jahren und drei Monaten Gefängnis. Das Urteil wurde vom Bundesgerichtshof aufgehoben und das Berliner Landgericht verurteilte Zunker im Berufungsverfahren am 10. Mai 1954 „wegen sechs, teilweise gefährlichen Körperverletzungen im Amt zu einer Strafe von 22 Monaten Gefängnis“. 1955 begnadigte ihn aber der zuständige Ausschuß des Westberliner Abgeordnetenhauses. Zunker hatte sich bis dahin ohnehin in Freiheit befunden, obwohl das gegen ihn ergangene Urteil seit Januar 1955 rechtskräftig war. Bis dahin hatte der vom Dienst Suspendierte ein „Ruhegehalt“ von 350 D-Mark monatlich erhalten. Zur Begründung des Gnadenerlasses erklärte der Westberliner Justizsenator Valentin Kielinger (CDU), Zunker habe sich „zwar zur Anwendung unzureichender Mittel hinreißen lassen“, als er Kamieth erschlug, das sei jedoch „aus der gespannten politischen Atmosphäre zu erklären“. Jetzt ist absehbar, daß der Grabstein verschwindet und Ernst Kamieth endgültig in Vergessen gerät.

Dr. Michael Polster
Berlin

Auf Abschiedstournee

So könnte man meine Kurzreise im vergangenen Jahr nennen. Besser vielleicht: ein Kurztrip zu drei geografischen Punkten, die mein Leben prägten. Denn wie soll man eine Zeit von weit über 80 Jahren in vier Tagen Revue passieren lassen? Wir gingen also auf Reisen, meine Tochter, ihr Mann und ich. Ihr kleiner Hund war auch mit dabei.

Die Ziele waren Nordböhmen mit Liberec, die Niederlausitz mit Sedlitz und Senftenberg und Berlin. Zuerst besuchten wir Liberec, damals Reichenberg, in Tschechien. In einem Vorort, in Ruppertsdorf, begann alles. Damals mein Leben, jetzt meine Erinnerungsreise. Das Haus, in dem ich 12 Jahre lebte, steht, ist frisch verputzt und bewohnt. Damals wohnten dort drei Familien, heute eine. Ringsum die Wiesen und Felder, auf denen wir spielten, sind heute bebaut. Der Wald unverändert. Aus vielen kleinen Steinbrüchen ist ein großer geworden. Im nicht weit entfernten Tal der Schwarzen Neiße, wo sich früher Textilfabrik an Textilfabrik reihte, ist es still geworden. Ich sah auch meine Schule wieder und auch die Kurven der Landstraße ins Isergebirge, wo wir 1945 Panzersperren bauten gegen die anrückende Sowjetarmee. Abenteuer für uns Kinder, danach bitterer Ernst. Ein Jahr später ging es auf „Transport“, ohne zu wissen wohin. Wir kamen durch Dresden. In Nordböhmen hatten wir keine Bombenangriffe erlebt. Nun der Blick vom Hauptbahnhof bis zur Elbe, ein einziges Trümmerfeld. Das vergißt man nicht. Nach Tagen, Nächten und Quarantänelager strandeten wir in Sedlitz in der Niederlausitz, heute ein Ortsteil von Senftenberg. Ein Bergarbeiterdorf mit 3000 Einwohnern. Wir waren 300 Umsiedler. Nach einigen Nächten auf der harten Tanzfläche des Gasthofs wurde wir in Häuser eingewiesen. Endlich wieder ein Dach über dem Kopf, die Erwachsenen bekamen schnell Arbeit, meist in den Braunkohletagebauen oder den Brikettfabriken. Mein Vater wurde vom Textilarbeiter zum Kohlekumpel, mein Bruder vom Katografen zum technischen Zeichner und später zum Bergbauingenieur. Der Begriff Integration spielte damals keine Rolle, auftauchende Probleme wurden im Alltag gelöst. Wir waren nicht lange „fremd“. Jetzt also wieder in Sedlitz. Daß es diesen Ort heute immer noch gibt, ist gar nicht so selbstverständlich. Hier mußten viele Orte der Kohle weichen. Auch das Haus, in dem uns damals ein Zimmer zugewiesen wurde, ist verschwunden. Das Land hat sich total verändert.

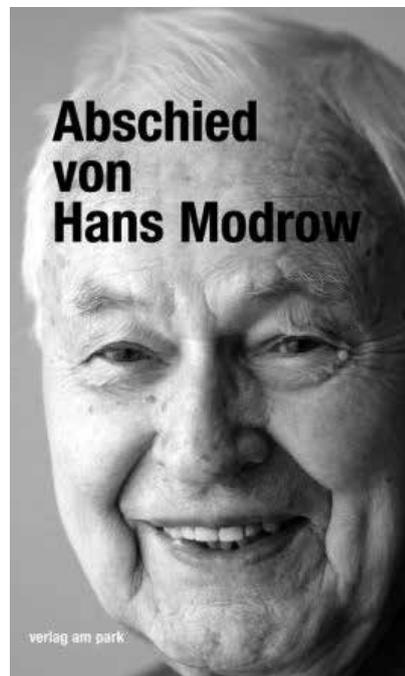
Gruben und Kippen sind einer herrlichen Seenlandschaft gewichen, tausende Arbeitsplätze aber gingen verloren. Es ist eine für mich unbekannte Stille eingezogen. Deutlich wurde das besonders in Senftenberg. Neben schönen Fassaden und der Idylle des Senftenberger Sees der große Bahnhof, grau und ohne Leben. Kein Fahrkartenschalter, kein offener Warteraum, kein Restaurant, sogar die Bahnhofstoiletten geschlossen. Wo ist das Leben geblieben? Aber in meiner Erinnerung sind sie lebendig – die Jahre des Neuanfangs in einem anderen Land. Hier

begann auch fast unbewußt das Interesse und die Auseinandersetzung an und mit den politischen Problemen der Zeit. Ob Kirchentag, Deutschlandtreffen und Weltfestspiele der Jugend, ich war dabei. Im gleichen Ort lernte ich Tischler. Danach bekam ich als Sohn einer Arbeiterfamilie die Chance, das Abitur an einer Arbeiter- und Bauernfakultät nachzuholen. 1953 dann der Abschied von Sedlitz, Studium in Greifswald und Potsdam. Jetzt also wieder ein Abschied von den dort verbliebenen Verwandten und Freunden. Auf der A 14-Autobahn ging es nach Berlin, am Spreewald und an Königs Wusterhausen vorbei. 1960 – ich war inzwischen verheiratet – hatten wir dort eine erste Unterkunft gefunden. Die Wohnungsnot in Berlin war unbeschreiblich, der Zuzug von außerhalb nur mit Arbeitsnachweis möglich. Eine WG in Pankow in der Grabbeallee, dann die erste Wohnung 1963 in Berlin-Friedrichsfelde, danach Grünau und schließlich Berlin-Marzahn folgten. Mit dem Aufbau des Stadtteils Marzahn auf den ehemaligen Riesefeldern war es Ende der 70er Jahre endlich gelungen, das Wohnungsproblem in Berlin weitgehend zu lösen. Es waren gute Jahre in Marzahn. In den meist 10-stöckigen Häusern, pro Eingang 30 Wohnungen, wohnten Leute aller Berufe, Busfahrer, Postboten, Professoren oder Diplomaten in einem Aufgang. Auch Schule, Kindergarten, Kaufhalle, Poliklinik und S-Bahn gab es vor der Haustür. Wir wohnten dort über 10 Jahre und haben beste Erinnerungen an Nachbarn und Freunde. Auf der A 10 zwischen Marzahn und Altlandsberg stehen wir im Stau. Zeit zum Nachdenken und Erinnern: Unsere Tochter machte in

Berlin ihre ersten Schritte ins Leben und in ihren Beruf. Die Enkelkinder wuchsen heran, besuchten Schulen und Sportvereine und hatten ihre Freunde. Aber auch das politische Leben ging nicht an uns vorüber. Im Gegenteil, wir standen mitten drin: vom 13. August 1961, als die Grenze zu Westberlin geschlossen wurde, bis zur Rückwende 1989/90. Wir hatten das Ausbluten der DDR bis 1961 gespürt und jetzt das Zerreißen vieler Familien. Der Kalte Krieg hinterließ in Berlin besonders tiefe Spuren, die dann auch bis zum Ende des Landes führten. 1990 dann die Euphorie der „Wiedervereinigung“ bei vielen Berlinern. Der neuen Fülle des unüberschaubaren Warenangebots und der grenzenlosen Reisemöglichkeiten in alle Welt stand jedoch bald bei vielen Arbeitsverlust, Zukunftsangst und soziales Auseinanderleben gegenüber. Auch mein Arbeitsplatz ging verloren. Als diplomatischer Mitarbeiter hatte ich viele Jahre auch im Ausland verbracht. Eine der Hauptaufgaben bestand darin, nach den Verbrechen des 2. Weltkriegs Vertrauen in diesen anderen deutschen Staat, die DDR, zu entwickeln. Nie wieder sollte von deutschem Boden ein Krieg ausgehen, nie wieder sollte es deutsche Soldaten im Ausland geben. Vorbei! Was ist jetzt daraus geworden? Welches Resümee ziehe ich? Ich habe komplizierte Lebensphasen gemeistert, am Versuch, ein anderes Deutschland aufzubauen, teilgenommen, in 40 Jahren gesehen, daß das möglich ist, Familie und Freunde gefunden. Natürlich habe ich auch Fehler gemacht, aber nie aufgegeben.

Franz Tallowitz
Saterland

BUCHTIPP



Gabriele Lindner (Hrsg.)
Abschied von Hans Modrow
Reden, Nachrufe und Kondolenzten

Wenige Tage nach seinem 95. Geburtstag starb Hans Modrow. Am 15. März 2023 nahmen viele Freunde und Weggefährten von ihm Abschied. Zeitgenossen erinnerten an einen einzigartigen Politiker, an den möglicherweise am meisten unterschätzten Staatsmann in der deutschen Geschichte. Im Foyer häuften sich die Blumen, darunter ein Gebinde des 1. FC Union Berlin, den Modrow in den 60er Jahren mitbegründet hatte. In diesem Band sind Reden sowie Kondolenzten und Nachrufe versammelt, die den Verstorbenen würdigen. Sie erscheinen zum Weltfriedenstag. Denn dies war das Credo von Hans Modrow: Nie wieder Krieg, nirgends!

Mit Texten von Dietmar Bartsch, Heinz Bierbaum, Daniela Dahn, Torsten Hochmuth, Wolfgang Hübner, Gabriele Lindner, Christa Luft, Vera Rüttimann, Frank Schumann und Maritta Tkalec

verlag am park, 140 Seiten, 10 €
ISBN 978-3-89793-374-3

Zum Bündnis Sahara Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit

Endlich widmet sich der „RotFuchs“, wenn auch sehr verhalten, der seit Monaten medial lebhaft geführten Diskussion über die Gründung einer neuen Partei durch Sahara Wagenknecht. Nicht der Chef unserer Zeitschrift eröffnet die Debatte, sondern die beiden Mitglieder des Autorenkreises Hans Schoenefeldt und Uli Jeschke tasten sich vorsichtig an das Thema heran, mit gefühlter Sympathie für die Neue. Begleitet werden die Beiträge durch et was widersprüchliche Darlegungen „Zur Krise der Partei Die Linke“ von Jöran Klatt und Constantin Braun.

Uli Jeschke schreibt in seinem interessanten Beitrag über die Frage, was denn eigentlich Links sei. Auch Sahara Wagenknecht hat auf der Pressekonferenz zu diesem Thema gesprochen, aber nach meinem Eindruck nur zu dem Zweck, der Frage nach der Richtung ihrer Partei auszuweichen. Schoenefeldt macht in seinem Beitrag „Das ‚Bündnis Sahara Wagenknecht‘ vor großen Aufgaben“ die Vorsicht und gebotene Unsicherheit deutlich, wenn er schreibt: „Für die ‚RotFuchs‘-Redaktion, die dem Projekt gespannt entgegenseht, ist es noch zu früh, Partei zu ergreifen, abgesehen von der Hoffnung, daß es eine Partei sein wird, die sich dem Sturm der Bellizisten entgegensetzt.“

Eine Zuschrift von Peter Truppel aus Cottbus findet sich als Beweis, daß die Leser offenbar schon vor der Redaktion die Neugründung mit Spannung begleiten.

Im Beitrag „Zur Krise der Partei Die Linke“ ist davon die Rede, daß „der Niedergang der Partei vor allem das Ergebnis einer bewußten Entscheidung (ist), die durch interne Machtkämpfe um die Ausrichtung der Partei herbeigeführt wurde. Durchgesetzt haben sich dabei jene Kräfte“, heißt es weiter, „die aus der Partei eine ‚moderne Gerechtigkeitspartei‘ machen wollen ...“

An anderer Stelle wird sogar sehr harsch formuliert, die Linke sei „über die Jahre von einer

Partei, die sich etablierte, zu einer Partei der Etablierten“ geworden.

Dagegen heißt es im selben Artikel: „Aber es ist Selbsttäuschung, wenn man den Befund ignoriert, daß das überzogen progressive Auftreten der Linken sie für große Teile der Beschäftigten unwählbar gemacht hat.“

Damit stehen sich zwei völlig entgegengesetzte Gründe als Erklärung für den gegenwärtigen Zustand der Partei Die Linke gegenüber: Partei der Etablierten vs. überzogen progressives Auftreten.

Die beiden Autoren gehen dann mit einem Satz auf die Neugründung der BSW ein, wenn sie schreiben, daß die Linkspartei derzeit zerbreche „und Sahara Wagenknecht wird versuchen, die Repräsentationslücke selbst zu füllen“.

Also ihre Pressekonferenz hat diese Hoffnung wohl nicht nähren können. Auf entsprechende Fragen klang ihre Erklärung doch ein wenig verschwurbelt. Auch sie wollte wohl niemanden verprellen mit einer deutlichen Richtungsvorgabe. Erkennbar wurde für mich nur, daß auch sie eine „moderne Gerechtigkeitspartei“ werden wolle, was Jöran Klatt und Constantin Braun der Partei Die Linke gerade als eine der Ursachen für ihren desolaten Zustand vorwerfen.

Man wird auf das Programm der neuen Partei gespannt sein dürfen. Offenbar ist die Gründung der neuen Partei der Versuch eines Auswegs aus der Zerstrittenheit der Linken über ihren Kurs, aber zugleich eben auch eine Spaltung der linksorientierten Kräfte. Aus der Geschichte wissen wir, daß Spaltung noch nie eine glückliche Lösung auf Dauer war. Und ich habe auch so meine Zweifel, daß Sahara Wagenknecht dieser ihrer Aufgabe gewachsen ist. Die Erfahrungen mit „Aufstehen“ sind noch in frischer Erinnerung. Scharfe Kritik an der Ampel und Verdeutlichung ihres Unvermögens reichen nicht aus für eine optimale Akzeptanz der BSW bei den Wählern. Zu

befürchten ist, daß sich am Ende beide zerstrittenen Schwestern den Mißerfolg teilen. Wenn ich lese, daß sich Linke-Fraktionen in Kommunen geschlossen zum Übertritt entschließen, könnte so mancher Wähler auf den Gedanken kommen: Es sind dieselben Leute, die sich nur neu eingekleidet haben.

Das wäre fatal für alle, denen Linkssein mehr bedeutet als die Sitzordnung im Parlament, und vor allem wäre es verhängnisvoll für das Land sowie für das Ringen um eine konstruktive, friedliche Außenpolitik.

Rudolf Krause
Berlin



**„RotFuchs“ abonnieren
einfach gemacht**

**Für den Bezug des RF
als Printausgabe
genügt ein Anruf bei**

**Rainer Behr: 030-98 38 98 30
Wolfgang Dockhorn: 030-241 26 73**

**oder die formlose Bestellung
per E-Mail:**

vertrieb@rotfuchs.net

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Februar!

Zum 96. Geburtstag

Karl Dlugosch (Strausberg) am 8. Februar

Zum 95. Geburtstag

Armin Lufer (Oranienburg) am 11. Februar

Zum 94. Geburtstag

Hans Seliger (Schwarzenberg) am 18. Februar

Zum 93. Geburtstag

Marga Ranga (Zwickau) am 4. Februar

Rudolf Krause (Berlin) am 8. Februar

Dr. Helga Lange (Rostock) am 9. Februar

Joachim Herfurth (Raguhn-Jeßnitz) am 17. Februar

Dr. Gerhard Ferchland (Ahrensfelde) am 24. Februar

Zum 92. Geburtstag

Heinz Gaida (Erfurt) am 7. Februar

Charlotte Koch (Rostock) am 26. Februar

Zum 91. Geburtstag

Herbert Steinbrecher (Leipzig) am 3. Februar

Horst Haufschild (Neubrandenburg) am 9. Februar

Arno Feige (Berlin) am 13. Februar

Zum 90. Geburtstag

Eberhardt Steinhäuser (Görlitz) am 17. Februar

Zum 85. Geburtstag

Dr. Dieter Hetsch (Halle) am 3. Februar

Helmut Matthes (Gera) am 17. Februar

Zum 80. Geburtstag

Eugen Hanauer (Reimershagen) am 8. Februar

Peter-Siegfried Bock (Am Großen Bruch) am 15. Februar

Karl-Heinz Eilenberger (Leipzig) am 17. Februar

Zum 75. Geburtstag

Hans-Reiner Bergmann (Suhl) am 2. Februar

Zum 70. Geburtstag

Dr. Harald Wachowitz (Wandlitz) am 4. Februar

Zum 65. Geburtstag

Kornau Bernd (Dresden) am 12. Februar

Reiner Bielicke (Gelsenkirchen) am 27. Februar

WIE IMMER GILT UNSERE GRATULATION AUCH ALLEN ANDEREN GEBURTSTAGSKINDERN DES MONATS.



Zitat aus dem Jahr 1967

Nach der Lektüre der Beiträge im „RotFuchs“-Heft vom Dezember 2023 über die Geschichte und Hintergründe des Nahostkonflikts möchte ich an ein Zitat aus dem Jahr 1967 erinnern: „Unser Recht, uns gegen Zerstörung zu verteidigen, gibt uns nicht das Recht, andere zu unterdrücken; Besatzung bringt ausländische Herrschaft, ausländische Herrschaft hat Widerstand zur Folge; Widerstand bringt Unterdrückung; Unterdrückung verursacht Terror und Gegenterror; die Opfer des Terrors sind gewöhnlich unschuldige Menschen. Das Festhalten an den besetzten Gebieten macht uns zu einer Nation von Mördern und Mordopfern. Verlassen wir die besetzten Gebiete so schnell wie möglich.“ (Der Schriftsteller Shimon Tzabar und der Journalist Haim Hanegbi, beide Israel, in der sogenannten Matzpen-Erklärung, veröffentlicht in der israelischen Tageszeitung „Haaretz“ am 22. September 1967) Wie recht sie doch hatten.

Jörg Eisenträger, Strausberg

Krieg in Nahost

In vielen Medienberichten wird in letzter Zeit die Frage aufgeworfen, ob Israel die islamistische Hamas zerstören kann. Um besser zu verstehen, was hier verhandelt wird, muß man sich die Hamas mit ihren zahlreichen Sozialeinrichtungen im Gaza-Streifen in Friedenszeiten als eine Art Caritas mit bewaffneter Miliz vorstellen. Sie vertritt etwa 40% der palästinensischen Bevölkerung in der von Israel besetzten Westbank und im hermetisch abgeriegelten Gaza-Streifen. Als palästinensischer Teil der weltweiten Muslim-Bruderschaft und gewichtiger Akteur innerhalb der palästinensischen Gesellschaft wird sie vermutlich politisch nicht liquidierbar sein, militärisch möglicherweise schon. Über den Tag hinausblickende internationale Diplomaten halten es deshalb für notwendig, die politische Organisation Hamas in eine vermutlich entmilitarisierte Nachkriegsordnung der Palästinenser (mit allen ihren Differenzierungen) in weitestgehender Selbstverwaltung einzubinden. Das erscheint sinnvoll für die Gewinnung eines dauerhaften Friedens mit einem eigenständigen Staat Palästina neben Israel in Nahost und ist im Sinne der überwältigenden Mehrheit der Völker und Staaten in der UNO.

R. Deissler, Norderney

UN-Resolution 181/I und die Staatenteilung

Vielen Dank für die informative Dezember-Ausgabe zum israelisch-palästinensischen Krieg. Zur UN-Resolution 181/I vom 29.11.1947 möchte ich folgende Anmerkungen machen: Nach Art. 13 Abs. 1 Satz 1 der UN-Charta gibt die UN-Generalversammlung Empfehlungen ab. Im äußersten Konfliktfall wäre eine Resolution formal-rechtlich unverbindlich. Der Plan, Palästina in einen jüdischen und palästinensischen Staat zu teilen, wäre rechtlich nicht statthaft gewesen.

Norman Paech/Gerhard Stuby zitieren in „Völkerrecht und Machtpolitik in internationalen Beziehungen“, Ausgabe 2001, auf Seite 483 Walter Hollstein (1984) in „Kein Frieden um Israel. Zur Sozialgeschichte des Palästina-Konflikts“ (S. 85) wie folgt: „Um die kolonialistische Ungeheuerlichkeit dieses Sachverhalts zu begreifen, muß man wissen, daß bei der Verabschiedung des Mandats 91 % der palästinensischen Bevölkerung Araber waren, denen 97 % allen Bodens gehörten.“

Ich möchte noch auf das Buch von Kurt O. Wyss „Die gewaltsame amerikanisch-israelische ‚Neuordnung‘ des Vorderen Orients“ mit einem Vorwort von Karin Leukefeld hinweisen, das 2022 im Berner Léry-Verlag erschienen ist.

Günter Finke, Bramsche

Des Kanzlers „Wahrheiten“

Kanzlers „Wahrheiten“ um Cum-Ex und Warburgbank werden uns verschwiegen. Die Worthülsen der Neujahrsansprache, wen erfüllt das mit Vertrauen? Darf auch von Lügen gesprochen werden, wenn er sagt, Rußland habe den Gashahn zugekehrt und einen unerbittlichen Krieg vom Zaune gebrochen? Daß der Krieg 2014 begann und nicht von Putin oder Rußland gewollt war, könnte sich langsam als Wahrheit auch im Kanzleramt herumgesprochen haben. Die Welt jedenfalls weiß das, sogar der NATO-Generalsekretär kann es nicht leugnen. Die Morde in Odessa kann der Kanzler vergessen haben wie ihm auch seine Rolle im Bankenskandal nicht mehr Erinnerung ist. Wer den Gashahn zugekehrt haben wollte, da könnte er sich an Sanktionen gegen Rußland erinnern und die Wahrheit sagen. Was die Geschichte der Hamas und den Krieg Israels betrifft, könnte er wissen, wer wen in Nahost besetzt hält, das Lebensrecht verweigert, in Lagern hält und im Moment Völkermord begeht? Vertrauen in des Kanzlers „Wahrheitsverkündungen“?

Wenn alles das noch wertegeleitet genannt wird, Wertepolitik sein soll, stets neue Werte erfunden und proklamiert werden, wird die Sache immer dubioser. Eine Demokratie ohne Verstand und Vernunft, ohne sie dem Volke erlebbar zu machen, landet dort, wo sie gerade ankommt. Krise wohin wir auch schauen, von Gesundheit, Wohnen, Energie, Finanzen, Bildung, Migration, Medien bis zum menschlichen Umgang miteinander, um nur einige Bereiche zu nennen. Übertrieben? Zu pessimistisch?

Wenn wir jedoch anfangen, selbst zu denken, erweist sich nichts als übertrieben. Was bleibt, ist ein politisches Tun und Handeln, bei dem jede Gerechtigkeit verschwunden ist,

eine Doppelmoral, die nicht mehr hinterfragt werden darf.

Alles das soll in der Bevölkerung Zuversicht und Vertrauen erwecken? Offenbar glauben nur noch wenige, daß die Herrschenden mit etwas Ehrlichkeit, Offenheit, Selbstkritik und weniger Haß und Feindbildern den Kurs noch ändern könnte. Eine gelähmte Ampelpolitik und lahme Opposition, machtbesessene Politiker, die ihre Pfründe in Gefahr sehen, sitzen selbstgerecht auf der Brücke und sehen nichts hinter oder unter sich, nicht einmal das, worauf sie hinsteuern. Wer vermag das Ruder noch herumreißen? Erfrischenden Verstand und Vernunft hat zumindest die Pressekonferenz Sahara Wagenknechts neuer Partei verströmt, was längst im Politikbetrieb Seltenheitswert hat. Klare, überzeugende Antworten, wenn auch manche Konkretheit politisch noch besser gewesen wäre.

Roland Winkler, Aue

Die Russen und die Deutschen

Wer weiß heute noch oder anerkennt, welch ungeheure, übermenschliche Leistung die Rote Armee und das Sowjetvolk im Großen Vaterländischen Krieg erbrachten, als sie die gewaltige deutsche Kriegsmaschinerie im vierjährigen Kampf unter unvorstellbaren Opfern bezwangen, den Faschismus besiegten und Europa befreiten? Wer weiß heute noch oder anerkennt, daß Rußland bis heute das Trauma nicht verwunden kann, einem an seiner Westgrenze vertragswidrig aufmarschierten gewaltigen Heer überraschend und ungenügend vorbereitet entgegentreten zu müssen? Wer das vergißt oder nicht anerkennt, kann das Verhalten Rußlands heute nicht verstehen. Keiner heißt einen Krieg gut. Aber ist es ein Wunder, daß Rußland sich heute so verhält, wie es sich verhält? Deutschland sollte die damaligen gewaltigen Opfer Russlands, die auch im Interesse eines freien und demokratischen Deutschland erbracht wurden, nicht vergessen und seine Staatsräson auf Dankbarkeit und Respekt gegenüber dem russischen Volk ausrichten. Es ist ahistorisch, Rußland als Feind zu betrachten. Es ist verheerend, den Krieg der USA gegen Rußland in der Ukraine bedingungslos zu unterstützen. Es ist unmenschlich, das Sterben und die Zerstörungen in der Ukraine durch Waffenlieferungen und anderweitige „Unterstützungen“ zu verlängern und auszuweiten. Es ist hohe Zeit, diplomatische Aktivitäten anzustrengen, den Krieg zu beenden. Er kann nur durch Verhandlungen beendet werden. Deutschland muß hier seine internationale Verantwortung wahrnehmen. Nicht Aufrüstung und Profitstreben sind das Gebot der Stunde, nicht „Kriegstüchtigkeit“, sondern Menschlichkeit und Friedenswille.

Bernd Gnant, Kühlungsborn

Deutsche „Ertüchtigungshilfe“

Am 1. Dezember 2023 veröffentlichte die Bundesregierung eine Liste über den Umfang der „Ertüchtigungshilfen“ für die Ukraine. Man kann auch Waffenlieferungen zur Verlängerung des Krieges dazu sagen. Das bisher

Gelieferte und noch Vorgesehene ergibt eine stattliche Summe von 5,4 Mrd. Euro. Aber das reicht noch nicht. Die Bundeswehr ist dabei, sich mit Waffen und Personal ständig in Litauen festzusetzen, da sich der „Russe“ anschickt, ein NATO-Mitglied zu überfallen. Nach Aussagen des Kriegsministers will man nur abschrecken. Wozu aber abschrecken, wenn dieser gar nicht angreifen will? Der „Russe“ hat auch 1941 nicht angegriffen. Die Überfallenden kamen immer aus dem Westen. Was also soll die seit 30 Jahren forcierte Osterweiterung der NATO?

In der EU scheint es nur den ungarischen und den slowakischen Ministerpräsidenten zu geben, die diesen Eiertanz bzgl. der Ukraine nicht mitmachen und nationale Interessen ihrer Bevölkerung im Vordergrund sehen. So viel ungebremste und linkische Unterwürfigkeit unter USA-Interessen hat es in Deutschland und der EU noch nicht gegeben.

Ein immer größer werdender Teil der Bevölkerung merkt inzwischen, daß Sand im Getriebe ist und sie regierungs- und medienseitig in hemmungsloser Art und Weise belogen werden. Nicht genug, daß im Inneren des Landes chaotische Zustände bewußt geschaffen werden und nichts mehr richtig funktioniert und zusammenpaßt, wird auch außenpolitisch ein desaströser, verheerender Kurs gefahren, für den es keinerlei Anlaß und Grund gibt. Deutschland rüstet, vorangetrieben von einem SPD-Kanzler und einem SPD-Kriegsminister, wieder gen Osten auf, so, als ob es die deutsche Vergangenheit nicht gegeben hätte.

Gleichlaufend wittern hierzulande rechte Kräfte und faschistoide Elemente mit dem Rückenwind der nie gänzlich überwundenen deutschen Vergangenheit kräftigen Aufwind. Wie sollte auch nach 1945 mit Richtern, Staatsanwälten, Polizisten, Wehrmachtsgeneraltitäten, die schwere Schuld auf sich geladen hatten, an deren Händen Blut klebte, etwas völlig Neues aufgebaut werden? Die Entnazifizierung im Westen war eine Farce. Dafür sorgten allein schon die „Schutzmächte“ USA, England und Frankreich, um einen Wall gegen die Sowjetunion zu errichten. Man bezichtigte die DDR der Nichtaufarbeitung des Nazi-Reiches und warf ihr „verordnen Antifaschismus“ vor.

Aber gerade darauf, daß es ein Deutschland gab, in dem Antifaschismus Staatsräson war, können wir stolz sein. Daran wird man sich noch in vielen Jahren erinnern.

Reiner Neubert, Berlin

„Dem Westen immer eine Länge voraus“

Der Geheimdienst-Offizier, Analyst für den strategischen Nachrichtendienst, Spezialist für internationale Sicherheit und internationale Beziehungen sowie beteiligt an den NATO-Missionen in der Ukraine, Jacques Baud, hat mit dem Buch „Putin, Herr des Geschehens?“ einen lesenswerten Bestseller zu den aktuellen Problemen in und um die Ukraine vorgelegt (Westend-Verlag Frankfurt/Main 2023, ISBN 978-3-86489-426-8).

Das Verhalten der Führungsriege im „Wertewesten“ ist symptomatisch für das geistige Elend von Politikern und Journalisten.

„Schnappatmung im Westen: Emotionen gehen vor Vernunft, Russophobie ersetzt den gesunden Menschenverstand. Putin ist Herr des Geschehens, weil er den Westen besser kennt als unsere ‚Politiker‘ ihr Land und Volk. Putin ist ein kühler, emotionsloser Analyst und besonnen im Regierungshandeln. Er hat kein irrationales Bild von der Lage – so ist er dem Westen immer eine Länge voraus.“

Die Widerstandsfähigkeit der Russen wird im „Wertewesten“ aus Arroganz und Überheblichkeit schwer unterschätzt. Die Rangordnung der Wirtschaftsstärke ist durch Nutzung des inflationsbereinigten Brutto-Inlandproduktes (also reale Wertschöpfung) möglich. Die Weltbank hat Ende 2023 eine Korrektur der Reihenfolge der Volkswirtschaften vorgenommen: Rußland auf Platz 5 vor der BRD und kurz hinter Japan, 30 % höher als Frankreich und 65 % höher als Italien.

Durch die Umorientierung des Ex- und Importes auf Asien mit besonders engen Beziehungen zu China konnte die Abhängigkeit Rußlands vom ausländischen Kapital entscheidend verringert werden.

Dr. Gerd Machalet, Siedenbolletin

Krieg und Rüstungsindustrie sind die größten Klimakiller!

Im Golfemirat Dubai fand Ende des vergangenen Jahres die UN-Klimakonferenz, mit 90 000 registrierten Teilnehmern aus ca. 200 Staaten, statt. Die größten Klimakiller – Kriege und Rüstungsindustrie – waren leider kein Thema!

Einig ist man sich, wenn auch zögerlich und mit Hintertürchen, aus den fossilen Brennstoffen auszusteigen. Deutschland, weltweit an 7. Stelle beim CO₂-Ausstoß, setzt trotzdem weiter auf fossile Brennstoffe in Form von LNG (verflüssigtes Erdgas), dessen Nutzung umweltschädlicher und kostenaufwendiger als Erdgas ist. Bis 2026 sollen 11 Terminals an Nord- und Ostsee entstehen, die vordergründig LNG aus den USA (auf „Umwegen“ auch russisches), verarbeiten.

Sanktionen gegen Rußland und die Sprengung von Nord Stream 2 machten den Bezug von russischem Erdgas (bis dato 55 % des Bedarfes) durch Deutschland zunichte. Gleichzeitig haben sich damit die Beziehungen zwischen beiden Staaten, sehr zum Schaden Deutschlands, verschlechtert.

Wilfried Schubert, Güstrow

Was uns 2024 erwartet

Die Sorge vor einem Rechtsrutsch in Europa ist angesichts der vielen Krisen mehr als berechtigt. Die Bürger fürchten sich und leben in Unsicherheit. Mit gelenkten Schuldzuweisungen an Weltmächte wie China und Rußland wird eine vergiftete Nebelwand erzeugt. Dahinter verbirgt sich, außer einer provokativen Osterweiterung der NATO, eine unerträgliche Kostenbelastung für Strom, Gas, Inflation und eine weitere Mehrwertsteuererhöhung, steigende Sondersteuer auf Energieträger, die als CO₂-Abgabe getarnt ist, zusätzlich noch eine Extrasteuer für die Ukraine. Ja, dann noch die Kriegsteuer zur Finanzierung von noch mehr Waffen für die

Vernichtung von „Menschenmaterial“ und gewinnbringend für Rüstungskonzerne Rheinmetall und Lockheed. Dieses „Spielchen“ geht 2024 weiter, eine Politik, die gegen des Volkes Interessen gerichtet ist, wenn man es sich gefallen läßt.

Ernst Jager, Panketal

Schuß ins eigene Bein

Man mag morgens schon gar nicht mehr in die Zeitung sehen, jeden Tag jagt eine Hiobsbotschaft die nächste. Am 22.12.23 z.B.: Die Krankenkassen erhöhen 2024 die Beiträge erheblich, Strom, Gas und Öl inklusive Sprit werden teurer. Immer mehr auch große Unternehmen verlassen das Land, andere geben auf oder gehen in die Insolvenz. Gleichzeitig wird gesagt, daß die Zuwanderung einen neuen Höchststand erreicht hat. Als Begründung für all diese Probleme müssen Corona-Krise, die Energiekrise und der Krieg in der Ukraine und jetzt der Krieg im Nahen Osten herhalten. Nicht der normale Bürger ist dafür verantwortlich, es sind Politiker, die meinen, nur unser Bestes zu wollen und das Gegenteil tun. Nehmen wir die Energiekrise. Man hat auf das Pferd der erneuerbaren Energien gesetzt und Atomenergie, Kohle und Gas als Energieträger immer weiter reduziert. Dabei hat man nicht berücksichtigt, daß Sonne und Wind nicht lückenlos zu Verfügung stehen und daß die erforderliche Infrastruktur, z.B. Stromleitungen von Nord nach Süd, noch nicht vorhanden sind. Eines der dümmsten Argumente ist es, Rußland die Schuld dafür zuzuschreiben, Deutschland das Gas abgedreht zu haben. Wer hat denn bei der Sprengung von Nordstraem I und II einfach zugesehen? Wem nutzt diese Entwicklung am meisten und wer hat schon vorher verkündet, daß man diese Pipeline verhindern wird? Inzwischen wurde das 12. Sanktionspaket gegen Rußland verabschiedet und es wird, wie bei den vorhergehenden, ein Schuß ins eigene Bein sein. Selbst wenn die internationale Unterstützung für die Ukraine immer weiter zurückgeht, Deutschland hält dagegen, will liefern und zahlen.

Ralf Kaestner, Bützow

Mann der Arbeit aufgewacht!

Die Stornierung entsprechender Vergünstigungen in der Landwirtschaft durch die Ampelkoalition hat das Faß zum Überlaufen gebracht. Die Bauern haben mit harten Protesten reagiert, und die Regierung sah sich gezwungen einzulenken. Da das nur ein Kompromiß war/ist, bleiben die Bauern hart. Auch wenn das unliebsame Folgen auf andere Bereiche hat, so sind doch die Landwirte zu verstehen, daß sie mit halben Sachen nicht zufrieden sind. Der Löwe läßt nach einem zaghaften Biß seine Beute auch nicht wieder laufen. Wenn die Demonstrationsfreiheit ein grundgesetzliches Recht ist – wo steht geschrieben, daß ich damit nur drohen darf? Wenn sie, die Demonstrationsfreiheit, nicht zur Durchsetzung meiner Rechte und Interessen genutzt werden darf, braucht sie auch nicht im GG zu stehen. Also werden die Bauern hart bleiben, bis der Ausgangszustand wiederhergestellt ist.

Ist die Regierung nach wie vor so ignorant, daß sie die tiefe Verzweigung und Unzufriedenheit der Bevölkerung einfach nicht sieht oder sehen will? 1863 entstand in der Arbeiterschaft der Text: „Mann der Arbeit aufgewacht und erkenne deine Macht. Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will!“ Momentan haben wir eine solche Situation, daß die Bundesregierung in allen Bereichen, ob in Politik, Finanzen, Wirtschaft, Gesundheit, Bildung, Verkehr und vor allem Außenpolitik (Deutschland hat wesentlichen Anteil am Entstehen des Ukraine-Krieges, das hat selbst Frau Merkel zugegeben), eine äußerst miese Arbeit leistet, die neben der dadurch verursachten Inflation, die wie immer nur die Kleinen trifft, absolut nicht zur Zufriedenheit in der Bevölkerung beiträgt. Nicht zu verstehen ist in diesem Zusammenhang die Reaktion einer Reihe von Journalisten (z.B. „heute“ – oder „Tagesschau“-Sprecher), die in Interviews ob des Teilerfolgs der Bauern fragen, ob die Regierung nicht zu „weich“ reagiert hätte?

Ebenso abgehoben reagieren Ampel und etablierte Parteien bezüglich des Zulaufs vieler Wähler zur AfD, ohne zu fragen, ob die Ursache dafür nicht bei ihnen selbst liegt. Mein Sohn sagte in diesem Zusammenhang, daß er Menschen mit einem (Wahl-)Schritt zur AfD verstehen könne, meinte aber, ob sie dabei auch an ihre Enkel gedacht hätten.

Wolfgang Mengel, Stralsund

Danke, daß es den „RotFuchs“ gibt!

Ihr seid die beste Zeitung, die man noch lesen kann, die meisten anderen Medien lügen! Diese Lügen beziehen sich besonders auf Rußland, China und die DDR nach dem Motto: „Wessen Brot ich esse, dessen Lied ich singe.“

Ich bin 82 Jahre alt und links und bin 2022 nach über 60 Jahren Mitgliedschaft aus der Linkspartei ausgetreten, weil sie nach meiner Einschätzung keine sozialistische Partei mehr ist, sich nicht scheut, Kriegseinsätzen und Waffenlieferungen zuzustimmen, ohne mit der Wimper zu zucken.

Ich kann in dieser kapitalistischen Welt schlecht leben. Die Menschen gehen auf die Straße, aber leider sind das noch viel zu wenig. Die Krisen werden mehr und mehr. Der Kapitalismus ist nicht in der Lage, die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Und die Linke steht dabei und schaut nur zu! Für mich ist es unerträglich, die Hetze gegen Rußland jeden Tag in den Medien zu erleben. Für mich ist Selenskij ein von den USA ausgehaltener Faschist. Es wird vergessen, daß uns die Sowjetunion vom Faschismus in ganz Europa befreit hat, mit unermeßlichen Verlusten für das eigene Land.

Die SPD will Vertreter der Arbeiterklasse sein? Sie spielt sich als große Volkspartei und als Retter der Welt auf, stimmt aber Kriegseinsätzen und Waffenlieferungen zu und rüstet selbst wieder zum Krieg. Die Menschen sollen all dem „kriegsbereit“ zustimmen.

Mein Vater war Kommunist, er hat mit 18 Jahren gegen Hitler im Arbeitersportverein gekämpft. Er wurde verhaftet und kam ins

KZ. Damals übte die SPD-Spitze Verrat an den Interessen der Werktätigen und tut es heute wieder.

Ich freue mich jedenfalls auf die neue Partei von Sahra Wagenknecht. Dem „RotFuchs“ und allen seinen Lesern wünsche ich für 2024 alles Gute. Macht weiter so!

Mira Runkel, Schwarzenberg

Freie Medien?

Die ständig gebetsmühlenartig vorgetragenen westlichen „Werte“ wie Meinungsfreiheit, Toleranz, Unabhängigkeit usw. erweisen sich beim näheren Hinsehen als Schimären mit bösen Folgen. Wer besitzt den Mut in den öffentlich-rechtlichen Medien, die nach eigener Aussage frei von politischen Zwängen sind, z.B. nach Edgar Snowden oder Julian Assange zu fragen? Der Mainstream sorgt sich um Alexej Nawalny, der fünf Tage keine feste Adresse hatte, und berichtet absolut nichts übers zehnjährige Exil von Snowden infolge seines „Vergehens“, die totale globale NSA-Überwachung aufgedeckt zu haben, informiert nicht über die Inhaftierung Assanges, die lt. UNO-Menschenrechtlern einer Folter gleichkommt, der u.a. Videos über mörderische Taten von Kriegsverbrechen der US Army im Irak der Öffentlichkeit zugänglich machte.

Was für eine Moral hat sich in Medien und politischen Wahlämtern verbreitet ...

Richard Jawurek, Markkleeberg

Dr. Günter Stubenrauch – mein Vorbild und Großvater

Dr. Günter Stubenrauch – viele Jahre Leser des „RotFuchs“ – verstarb am 17.11.2023. Als überzeugter Kommunist, Volkssportler, Vater, Opa prägte er über 95 Jahre unsere Familie und das politische und volkssportliche Leben in der DDR.

Als Sohn der linken Sozialdemokraten Paul und Emmy Nicolaus wurde er am 27.2.1928 in Gera geboren. Paul war Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund – das heimische Wohnzimmer war stets gefüllt mit Vertretern der deutschen Sozialdemokratie. Nach Günter Stubenrauchs Ausbildung zum Feinmechaniker in einem Zweigbetrieb der Carl Zeiss-Werke wurde er in die faschistische Wehrmacht eingezogen, um wenig später in berüchtigte Massenlager amerikanischer Kriegsgefangenschaft zu kommen.

Am 16. September 1946 trat er voller Hoffnung auf eine friedvolle Gesellschaft in die SED ein und übernahm politische Verantwortung im Kreis Jena-Land als Instrukteur und Sekretär der GST, später als Parteiarbeiter im Großbetrieb und im Kreisleitungsbüro. Bis Mitte der 60er Jahre widmete er sich als Teil der Spezialkräfte der Militäraufklärung. Erfahrungen in der Kommunalpolitik, den bewaffneten Organen und seiner Dissertation in Ökonomie (Humboldt-Universität Berlin) befähigten ihn schließlich, in den zentralen Staatsapparat zu wechseln und in der SZS für die Berichterstattung zur Produktion militärischer Erzeugnisse an das Politbüro verantwortlich zu sein.

Nach 1989/90 füllte er das Loch, das die Rückwende in sein Leben riß, mit Arbeit in seinem Garten bei Berlin und nahm als Köpenicker Rennsteigtiger leidenschaftlich an 31 GutsMuths-Rennsteigläufen teil, was auch in der Arbeit „Laufen um zu leben“ sowie im Buch „Sportlich laufen – Gesund leben: Ein Laufbuch für Einsteiger und ‘alte Hasen‘“ dokumentiert ist. Seinen letzten Halbmarathon absolvierte er 2011 im stolzen Alter von 83 Jahren.

Bis zuletzt zeichnete ihn sein ruhiges und überlegtes Wesen aus, die Dinge nach ihrem Wahrheitsgehalt zu beurteilen. Noch in seinen letzten Jahren schrieb er eine Autobiografie: „Trilogie: Ich war, bin und bleibe Kommunist“. Und selbst als ihm das Morphium die Sinne zu trüben versuchte, wehrte er sich und kämpfte sich wieder in die Realität. So blieb – trotz alledem – die DDR bis an sein Lebensende sein Vaterland.

Günter Stubenrauch wurde auf dem Waldfriedhof Freising beigesetzt, in dessen Nähe er zuletzt mit seiner Frau Gisela nach 63 glücklichen Jahren der Ehe in einer Pflegeeinrichtung lebte.

Im Namen seiner Familie

Paul Kaplick

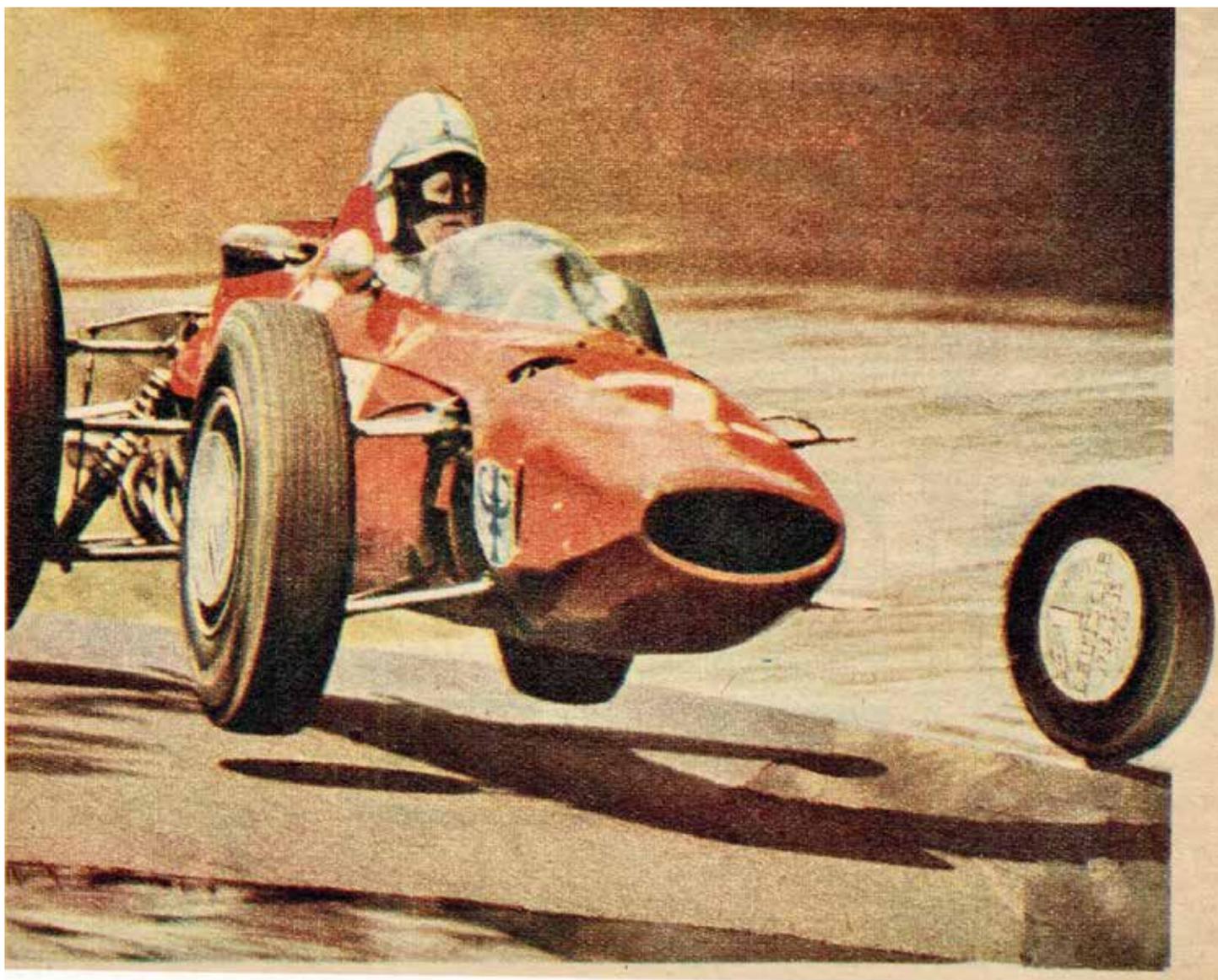
Geteiltes Geschichtsbild

Die Sächsische Zeitung brachte am 28. Dezember 2023 ein Interview mit Bundesstaatsministerin für Kultur, Claudia Roth, unter dem Titel: „Wie haben in einem vereinten Land eine geteilte Geschichte“. Es geht um den Krieg in der Ukraine, um Antisemitismus, Kolonialismus und allgemein um Erinnerungskultur. Oh, dachte ich, das klingt nach einem großen Wurf, und ließ den Berg kreißen. Doch leider gebar er zum Thema kein nennenswertes Mäuschen.

Auf die Rückfrage des Interviewers, ob es „über drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall (...) keine gemeinsame Geschichtsbetrachtung“ gäbe, antwortete Roth: „Zwischen Ost und West gibt es blinde Flecken. Das Wissen über das Unrecht in der DDR, über Gewalt, Unterdrückung und Ausgrenzung in diesem Teil Deutschlands ist in der Gesamtgesellschaft nicht wirklich durchgedrungen.“ Und weiter: „Wir brauchen ein neues Verständnis von einer Erinnerungskultur, die beide Teile unserer Geschichte umfaßt und der Realität unserer Einwanderungsgesellschaft gerecht wird.“ Einem „eher verständnisvollen Rußlandbild“ in Ostdeutschland setzte sie entgegen: „Es gibt zunehmend einen merkwürdig nostalgischen Blick auf das, was die DDR eigentlich war. War sie vor allem das vermeintliche sozialistische Modell einer gerechten Gesellschaft oder war es eine Gewaltherrschaft, gegen die die Menschen dort 1989 mutig auf die Straße gegangen sind?“ Genug davon.

Auf der gleichen Zeitungsseite wird mitgeteilt, daß die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Jahre 2024 allein in Sachsen 25 Projekte mit mehr als 540 000 Euro fördern will, darunter eine Tagung zur Migrationsgeschichte der DDR und Ostdeutschlands. Also wieder einmal, außer Spesen nichts gewesen.

Manfred Thiemann, Bautzen



Das letzte von der Inflation: „Keine Angst! Die Bundesregierung hat das Steuer fest in der Hand!“
 „Eulenspiegel“ 22/1974
 Fotomontage: Klaus Georg

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.
 Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
 Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
 Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
 Tel. 0160 - 238 30 85
 E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout:

Hinkelsteindruck, soz. GmbH

Herstellung:

Druckerei Gottschalk

Internet:

www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für die übernächste

Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900

ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
 Dr. Martin Baraki
 Ralph Dobrawa
 Dr. Peter Elz
 Peter Franz
 Dr. h.c. Gerhard Giese
 Georges Hallermayer
 Helmuth Hellge
 Wolfgang Herrmann (Dreesch)
 Dr. Ralf Hohmann
 Lutz Jahoda
 Rico Jalowietzki

Uli Jeschke
 Dr. Hans-Jürgen Joseph
 Dr. Kurt Laser
 Prof. Dr. Anton Latzo
 Dr. Holger Michael
 Horst Neumann
 Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)
 Hans Schoenefeldt
 Johann Weber
 Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)
 Edda Winkel

Künstlerische Mitarbeit:

Renate Aulfes
 Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
 12504 Berlin, Tel. 030 - 983 898 30
 vertrieb@rotfuchs.net

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
 10123 Berlin, Tel. 030 - 241 26 73
 WDockhorn@t-online.de

Finanzen:

RotFuchs-Förderverein e.V.
 c/o Gabriele Parakeninks
 Postfach 520 223, 12592 Berlin
 Mail: parakeninks@rotfuchs.net
 Tel. 0151/68 51 51 56

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
 IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
 BIC: BELADEBEXXXc

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.